

immigon

**immigon
portfolioabbau ag**

JAHRES FINANZBERICHT 2016

KENNZAHLEN DER immigon portfolioabbau ag

Werte in EUR Mio. 31.12.2016 31.12.2015 31.12.2014

Bilanz

Bilanzsumme	2.355	3.840	15.125
Forderungen an Kunden	565	1.109	4.134
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	308	446	1.825
Verbriefte Verbindlichkeiten	786	1.175	3.296
Nachrangkapital	169	509	493

Ergebnisse

	2016	2015	2014
Zinsüberschuss	20,0	92,5	203,0
Risikovorsorge	6,3	-9,3	-37,6
Provisionsüberschuss	-6,6	9,6	20,3
Handelsergebnis	8,3	4,2	26,7
Verwaltungsaufwand	-51,2	-157,3	-247,1
Restrukturierungsaufwand	1,7	-9,9	-35,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-26,6	337,6	-82,4
Ergebnis Finanzinvestitionen	-3,9	-65,2	-45,9
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	4,6	12,3	8,0
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0,0	-11,6	-275,2
Ergebnis vor Steuern	-47,5	202,8	-465,7
Ertragsteuern	-3,7	-7,2	-13,3
Ergebnis nach Steuern	-51,2	195,6	-479,0
Fremdanteile	-3,1	0,4	-20,6
Konzernergebnis	-54,3	196,1	-499,6

Ratios¹⁾

Operative Cost-Income-Ratio	235,4 %	147,9 %	98,9 %
ROE vor Steuern	-6,1 %	30,0 %	-20,5 %
ROE nach Steuern	-6,5 %	29,0 %	-21,9 %
ROE Konzern	-7,5 %	33,3 %	-28,4 %

Ressourcen¹⁾

	2016	2015	2014
Ø-Anzahl Mitarbeiter	235	891	1.675
hievon Inland	141	664	1.073
hievon Ausland	94	227	602
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	193	377	1.317
hievon Inland	111	215	1.035
hievon Ausland	82	162	282
Anzahl Vertriebsstellen	0	1	1
hievon Inland	0	1	1
hievon Ausland	0	0	0

1) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle Kennzahlen wurden ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche bzw. der Veräußerungsgruppe dargestellt.

INHALT

immigon portfolioabbau ag

KONZERNLAGEBERICHT

-
- | | |
|---------------------------------------|--|
| 4 Vorwort des Generaldirektors | 18 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage |
| 5 Bericht des Aufsichtsrates | 18 Wirtschaftliches Umfeld 2016 |
| 6 Der Vorstand | 19 Geschäftsausrichtung |
| 8 Corporate Governance-Bericht | 19 Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres |
| 8 Corporate Governance Kodex | 20 Geschäftsverlauf |
| 10 Der Vorstand | 22 Bericht über Zweigniederlassungen |
| 11 Der Aufsichtsrat | 22 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren |
| 14 Vergütungsbericht | 23 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag |
| | 23 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens |
| | 23 Wirtschaftliches Umfeld 2017 |
| | 23 Voraussichtliche Entwicklung |
| | 24 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten |
| | 24 Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile |
| | 25 Bericht über Forschung und Entwicklung |
| | 25 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess |
| | 25 Kontrollumfeld |
| | 25 Risikobeurteilung |
| | 26 Kontrollmaßnahmen |
| | 26 Information und Kommunikation |
| | 26 Überwachung |
-

KONZERNABSCHLUSS

- 30** Konzerngesamtergebnisrechnung
- 31** Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016
- 32** Entwicklung des Konzerneigenkapitals
- 33** Konzerngeldflussrechnung
- 34** Inhaltsverzeichnis Notes
- 36** Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
- 122** Bilanzzeit
- 123** Bestätigungsvermerk

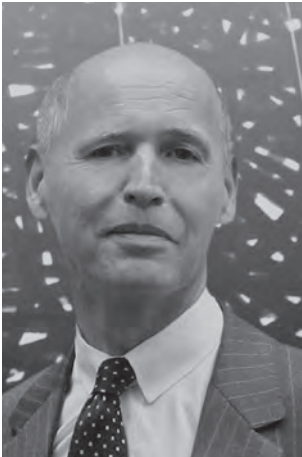
EINZELABSCHLUSS

- 130** Bilanz zum 31. Dezember 2016
- 132** Gewinn- und Verlustrechnung
- 134** Anhang
- 160** Lagebericht
- 176** Bilanzzeit
- 177** Bestätigungsvermerk

PERSONEN UND ADRESSEN

- 186** immigon portfolioabbau ag
- 187** Tochtergesellschaften
- 188** Impressum

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

Das Jahr 2016 war das erste volle Geschäftsjahr der immigon portfolioabbau ag nach der Spaltung des Vorgängerunternehmens Österreichische Volksbanken Aktiengesellschaft im Juli 2015. Die immigon hat als Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG den Zweck und Auftrag, ihre Vermögenswerte proaktiv und bestmöglich zu veräußern und mit den erzielten Erlösen ihre Verbindlichkeiten planmäßig abzubauen. Dieser Abbauprozess wurde bereits im Jahr 2015 mit großem Nachdruck vorangetrieben. Wie der vorliegende Bericht zeigt, hat immigon ihren Arbeitsauftrag im abgelaufenen Geschäftsjahr fokussiert, konsequent und erfolgreich fortgesetzt.

Die Bilanzsumme der immigon-Gruppe hat sich von EUR 3,8 Mrd. zum Jahresende 2015 um rund 39 % auf EUR 2,4 Mrd. im abgelaufenen Geschäftsjahr verringert. Im Einzelabschluss der nach den österreichischen unternehmens- und (soweit anwendbar) bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt wird fiel die Reduktion mit rd. 42 % auf eine Bilanzsumme von bereits weniger als EUR 2,0 Mrd. sogar noch deutlicher aus. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass darin seitens immigon EUR 1,1 Mrd. Barreserven bei der Oesterreichische Nationalbank und weitere hochliquide Mittel im Ausmaß von EUR 0,1 Mrd. bei diversen Banken bzw. in Form von Wertpapieren gehalten werden.

Dieser massive weitere Abbau von Vermögenswerten wurde in über 60 Einzeltransaktionen umgesetzt. Dies betraf insbesondere Veräußerungen von Immobilien bzw. Immobilienportfolien, den Verkauf bzw. die vorzeitige Rücklösung von Finanzierungen, den weiteren Abbau des Leasing-Portfolios, aber auch Beteiligungsverkäufe wie etwa jenen der VB Factoring Bank AG. Weiters wurde der Großteil der derivativen Finanzgeschäfte aufgelöst und das Handelsbuch eingestellt. Entsprechend wurde auch auf der Passivseite der Bilanz der Abbauauftrag konsequent fortgesetzt. Dies vor allem durch die Abwicklung von einigen Programmen zum freiwilligen Rückkauf verschiedener Verbindlichkeiten sowie der vorzeitigen Kündigung einer Anleihe.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der immigon ist klarerweise nicht von operativen Erträgen und Aufwendungen, sondern maßgeblich von abbaubedingten Sondererträgen bestimmt. Der Jahresüberschuss des UGB-Einzelabschlusses der immigon portfolioabbau ag nach Steuern beläuft sich auf EUR 90 Mio. Dieses gute Ergebnis ist im Wesentlichen den Abbauerfolgen geschuldet. Die Verkaufserlöse lagen vielfach über den Buchwerten. Auch die im Zuge der Spaltung zusätzlich zu den EWBs dotierte pauschale Wertberichtigung im Einzelabschluss nach UGB konnte dank eines guten Marktumfeldes zum Teil aufgelöst werden. Im IFRS-Konzernabschluss durften pauschale Vorsorgen nicht gebildet werden. Dies erklärt über weite Strecken, warum das IFRS-Konzernergebnis nach Steuern mit EUR -51 Mio. deutlich abweicht.

Entscheidend für den Erfolg einer Abbaugesellschaft aber ist, ob es nach vollständiger Bedienung aller Verbindlichkeiten auch gelingt, ausreichend Eigenkapital zu erhalten. Das Eigenkapital der immigon portfolioabbau ag beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 2016 EUR 420 Mio. und liegt damit um 90 Mio. höher als zum Jahresultimo 2015. Die IFRS-Konzernbilanz weist nach Fremdanteilen ein Eigenkapital in Höhe von EUR 713 Mio. aus, nach EUR 726 Mio. Ende 2015.

Ich bedanke mich im Namen des Vorstands bei allen Kolleginnen und Kollegen, die im schwierigen Umfeld einer Abbaugesellschaft hochprofessionelle Arbeit leisten und dadurch die erfolgreiche Umsetzung des Abbauplans ermöglichen. Durch den stetigen Abbau von Aktiva und Verbindlichkeiten musste parallel zum Geschäftsabbau auch der Mitarbeiterstand deutlich reduziert werden. Auch wenn dies überwiegend im Einvernehmen und im Rahmen eines mit der Belegschaftsvertretung vereinbarten Sozialplans geschieht, bedeutet eine solche Situation auch immer eine hohe Belastung für die Betroffenen.

Ziel für das Geschäftsjahr 2017 ist es, den Abbau der Aktiva weitestgehend abzuschließen. Mit dem erfolgreichen Verkauf der RBI Aktien im März 2017 ist ein bedeutender Schritt dazu bereits gelungen. Zusätzlich werden Vorbereitungen und Planungen für einen zeitnahen Start der formalen Liquidation der immigon portfolioabbau ag im laufenden Geschäftsjahr an Bedeutung gewinnen.

Wien, im April 2017

Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

der immigon portfolioabbau ag gemäß § 96 Aktiengesetz für das Geschäftsjahr 2016

Der Aufsichtsrat der immigon portfolioabbau ag und seine Ausschüsse haben sich im Geschäftsjahr 2016 in Sitzungen sowie über schriftliche Berichte und persönlichen Kontakt vom Vorstand zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen, die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik informiert. Auf dieser Basis konnten die Mitglieder des Aufsichtsrates die ihnen nach Gesetz, Satzung und Corporate Governance-Kodex obliegenden Überwachungsaufgaben umfassend wahrnehmen, sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen und zu den ihnen vorgelegten Anträgen, die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, Entscheidungen begründet treffen. Themen in den sechs Aufsichtsratssitzungen waren neben den regelmäßigen Berichten gemäß § 81 AktG, den Berichten der Internen Revision und des Risikomanagements insbesondere die Erfüllung des behördlich genehmigten Abbauplans, der Abbau der Assets und der Rückkauf von Verbindlichkeiten, die Rückgabe der Ausfallsbürgschaft der Republik Österreich, die Liquiditätssituation und Vorbereitung der Liquidation sowie damit verbundene unternehmensspezifische Themen einer Abbaueinheit gemäß BaSAG (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken) unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebs. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen.



Mag. Franz Zwickl
Vorsitzender
des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der immigon hatte folgende Ausschüsse gebildet: Prüfungsausschuss und Personalausschuss. Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2016 zwei Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagementsystem behandelt. Der Personalausschuss hielt im Jahr 2016 drei Sitzungen ab, in denen er sich jeweils mit der Ausschreibung und Besetzung eines Vorstandsmandates befasste und dem Aufsichtsrat in Anerkennung des erfolgreichen Abbaus die Wiederbestellung von Herrn Dkfm. Michael Mendel empfahl. Der Aufsichtsrat hat auch 2016 eine Effizienzprüfung mittels Selbstevaluierung zur Überprüfung seiner Organisation und Arbeitsweise vorgenommen. Die Auswertung der Selbstevaluierung und Effizienzprüfung wurde von einer externen Stelle durchgeführt. Die Ergebnisse der Selbstevaluierung wurden diskutiert und Verbesserungsvorschläge werden entsprechend umgesetzt.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss der immigon zum 31. Dezember 2016 samt Lagebericht und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 samt Konzernlagebericht wurden jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (die „KPMG“) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vertreter der KPMG haben in den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates, in denen die Jahresabschlüsse behandelt wurden, teilgenommen und die Prüfungen erläutert.

Mit der Prüfung des Corporate Governance-Berichts wurde die LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer beauftragt. Diese Prüfung hat in ihrem abschließenden Ergebnis zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zum Jahresabschluss zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss samt Lagebericht sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und den Corporate Governance-Bericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz eingehend geprüft und erörtert. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung konform. Der Aufsichtsrat billigte daher den Jahresabschluss samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist. Der Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und der Corporate Governance-Bericht wurden zur Kenntnis genommen. Da im Jahresabschluss kein Bilanzgewinn ausgewiesen ist, entfällt ein Vorschlag für die Gewinnverwendung.

Unser besonderer Dank für seine umsichtige Tätigkeit und wesentliche Beiträge zur Umstrukturierung der immigon gilt Herrn Dr. Klaus Liebscher, der sein Mandat mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2016 zurücklegt hat. Er war Mitglied des Aufsichtsrates seit 2012 und Vorsitzender seit 25.9.2014. An seiner Stelle wurde Frau Mag. Birgit Noggler per 1.6.2016 in den Aufsichtsrat entsandt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr persönliches Engagement und den Erfolg beim Portfolioabbau aus.

Wien, im März 2017

Für den Aufsichtsrat der immigon portfolioabbau ag:

Mag. Franz Zwickl, geb. 11.11.1953

Vorsitzender des Aufsichtsrats

DER VORSTAND



Vorsitzender:

Mag. Dr. Stephan Koren

geb. am 14.12.1957,
bestellt seit 3.9.2012 bis längstens 30.6.2019*

Zuständigkeitsbereich:

- Gremialbetreuung und Beteiligungen
- Interne Revision
- Compliance und Geldwäscheprävention
- Personal
- Legal und Credit Services
- Finanzen
- Treasury
- Organisation / IT / Services

Aufsichtsratsmandate:

- Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH (Mitglied)
- Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H., bis 31.3.2016 (Mitglied)
- KA Finanz AG, ab 18.5.2016 (Vorsitzender)

* Das verlängerte Mandat läuft bis 30.6.2019, längstens jedoch bis zur Hauptversammlung im Jahr 2019, wenn diese die Auflösung der immigon portfolioabbau ag beschließt.

Vorsitzender-Stellvertreter:

Dkfm. Michael Mendel

geb. am 13.6.1957,
bestellt seit 1.1.2009 bis 31.12.2018

Zuständigkeitsbereich:

- Non Core Business
 - Non Core Business Corporates
 - Immobilienfinanzierung
 - Workout Immobilien
- Non Core Beteiligungen
- Risikomanagement



Aufsichtsratsmandate:

- HETA Asset Resolution AG (Vorsitzender)
- VB-Leasing International Holding GmbH (Vorsitzender)

CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT der immigon portfolioabbau ag

gemäß § 243b Unternehmensgesetzbuch sowie Regel 60 und 61 des Österreichischen Corporate Governance Kodex

Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex (im Folgenden auch „ÖCGK“ genannt) stellt österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Die Regeln des ÖCGK basieren auf den Vorschriften des österreichischen Aktien-, Börse- und Kapitalmarktrechts, den EU-Empfehlungen zu den Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zu der Vergütung von Direktoren sowie auf den OECD-Richtlinien für Corporate Governance und gehen über die rein gesetzlichen Anforderungen an Aktiengesellschaften hinaus.

Die im Kodex enthaltenen Regeln sind in

- „L“-Regeln, die auf zwingenden Rechtsvorschriften beruhen,
- „C“-Regeln, bei denen ein Abweichen zulässig, aber zu begründen ist, und
- „R“-Regeln, die Empfehlungscharakter besitzen,

untergliedert.

Für nicht-börsennotierte Gesellschaften wie die immigon portfolioabbau ag (immigon) sind gemäß Präambel des ÖCGK alle nicht zwingend anwendbaren L-Regeln als C-Regeln zu interpretieren.

Geltung erlangt der ÖCGK durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Der ÖCGK ist unter www.corporate-governance.at abrufbar.

Bekanntnis zur Einhaltung der ÖCGK-Regeln

Die immigon portfolioabbau ag („immigon“; vormals Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft) verpflichtet sich seit 2013 zur Einhaltung der Regeln des ÖCGK mit dem Ziel, Transparenz über eine verantwortungsvolle, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der sonstigen Stakeholder sowie der Öffentlichkeit herzustellen.

Die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung der einzelnen Regelungen des Kodex wird regelmäßig, mindestens alle drei Jahre durch eine externe Institution vorgenommen.

Diese Evaluierung erfolgte zuletzt für das Geschäftsjahr 2013 und wird für das Geschäftsjahr 2016 von LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer durchgeführt.

Im Jahr 2016 hat die immigon sämtliche L-Regeln und C-Regeln – bis auf die folgenden genannten C-Regeln bzw. als C-Regeln zu interpretierenden L-Regeln – eingehalten, wobei es betreffend der Begründung der Abweichungen zu berücksichtigen gilt, dass die immigon seit 4.7.2015 eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG ist.

Regel 2:

Das Prinzip „One Share - One Vote“ wird, solange die Republik Österreich (Bund) Namensaktien an der Gesellschaft hält, nicht angewendet als dieser das (ausschließlich an die FIMBAG-Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragbare) Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) eingeräumt wird. Im Falle der Übertragung der bisher vom Bund an der Gesellschaft gehaltenen Namensaktien an die FIMBAG geht das diesbezügliche Entsendungsrecht von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf diese über. Sobald die FIMBAG diese an der immigon gehaltenen Namensaktien wieder an die Republik Österreich (Bund) rückübertragen sollte, wird auch das ihr eingeräumte Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Republik Österreich (Bund) (rück)übertragen.

Regel 27:

Im Hinblick auf die strategische Ausrichtung „Abbau“ wurde von der Gesellschaft beschlossen, dass die Kriterien der Regel 27 hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile des Vorstands bei allen Vorstandsmitgliedern der immigon nicht angewendet werden.

Regel 65:

Die Immigon ist eine Abbaugesellschaft iS des § 162 BaSAG und tätigt den Abbau entlang eines behördlich genehmigten und veröffentlichten Abbauplanes. Oberstes Gebot für einen erfolgreichen Abbau und auch für eine Prüfung der Geschäftstätigkeit durch den Rechnungshof ist Effizienz, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. In diesem Sinne und aufgrund des geringen Mehrwertes an Information aus den Zwischenberichten hat die Gesellschaft beschlossen, keine Zwischenberichte zu veröffentlichen.

Regel 83:

Die Gesellschaft hat beschlossen, 2016 keine externe Prüfung durchführen zu lassen. Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der Abbaugesellschaft für das Geschäftsjahr 2015 wurde extern geprüft und im März 2016 dem Aufsichtsrat darüber berichtet. Die Prüfung im Vorjahr führte zu keinen Feststellungen oder Empfehlungen. Die wesentlichen Risiken einer Abbaugesellschaft mit eingeschränkter Geschäftstätigkeit ergeben sich aus der Umsetzung des Abbauplans. In diesem sind Risikomanagementmaßnahmen darzulegen, wobei als wesentliche Risiken insbesondere das Kreditrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko zu berücksichtigen sind. Die Risikolage gegenüber dem Vorjahr ist, mit Ausnahme der Effekte aus der Verringerung des Geschäftsvolumens entsprechend dem Abbauauftrag im Wesentlichen unverändert. Der Vorstand setzt sich regelmäßig über Risikomanagementberichte mit den wesentlichen Risikofeldern detailliert auseinander. Der Aufsichtsrat verschafft sich durch die quartalsweisen Berichte ein ausreichendes Bild über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements. Die Abschlussprüfung und die Prüfungen durch die interne Revision gehen in angemessener Weise auf die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems ein.

INFORMATIONEN ZUM VORSTAND

Zusammensetzung des Vorstands sowie Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Vorstandsmitglieder in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften [C-Regel 16 ÖCGK]

Vorstandsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften
Dr. Stephan Koren Vorsitzender geb. 14.12.1957	3.9.2012	31.8.2017	<ul style="list-style-type: none"> – Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH, Mitglied – Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H., bis 31.3.2016, Mitglied – KA Finanz AG, ab 18.5.2016, Vorsitzender
Dkfm. Michael Mendel Stv. Vorsitzender geb. 13.6.1957	1.1.2009	31.12.2018	<ul style="list-style-type: none"> – HETA Asset Resolution AG, Vorsitzender

Arbeitsweise des Vorstands

Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstands ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Die vom Gesamtvorstand beschlossene Geschäftsverteilung wird vom Aufsichtsrat genehmigt. Die Geschäftsordnung regelt die Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen der Vorstandsmitglieder untereinander und in einem Zustimmungskatalog die Angelegenheiten, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Die Vorstandsmitglieder haben beim Portfolioabbau ehrlich, redlich und professionell im Interesse einer bestmöglichen Vermögensverwertung vorzugehen. Interessenkonflikte im Rahmen der Maßnahmen der Geschäftsführung sind zu vermeiden. Ist ein Interessenkonflikt unvermeidbar, ist dies unverzüglich an den Aufsichtsrat zu berichten. Eine Maßnahme der Geschäftsführung, die mit einem Interessenkonflikt behaftet ist, darf nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats erfolgen.

Die Vorstandssitzungen, in welchen die Mitglieder des Vorstands über den aktuellen Geschäftsverlauf berichten, Beschlüsse fassen und unternehmensstrategische Entscheidungen treffen, finden regelmäßig (wöchentlich) statt. Darüber hinaus erfolgt auch außerhalb der Vorstandssitzungen ein kontinuierlicher Informationsaustausch über relevante Geschehnisse zwischen den Vorstandsmitgliedern.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements im Konzern. Darüber hinaus hält der Vorsitzende des Aufsichtsrates regelmäßig Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens.

Kompetenzverteilung im Vorstand

[C-Regel 16 ÖCGK]

Dr. Stephan Koren, Vorstandsvorsitzender

- Gremialbetreuung und Beteiligungen
- Interne Revision
- Compliance und Geldwäscheprävention
- Personal
- Legal und Credit Services
- Finanzen
- Treasury
- Organisation / IT / Services
- Services Investment Produkte

Dkfm. Michael Mendel, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

- Non Core Business
 - Non Core Business Corporate
 - Immobilienfinanzierung
 - Workout Immobilien
- Non Core Beteiligungen
- Risikomanagement

INFORMATIONEN ZUM AUFSICHTSRAT

Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie andere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften [C-Regel 58]

Während des Geschäftsjahres waren folgende Personen Mitglieder des Aufsichtsrates:

Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode	Funktion	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Dr. Klaus Liebscher geb. 12.7.1939	28.12.2012	1.6.2016	Vorsitzender bis 1.6.2016	keine
Mag. Franz Zwickl geb. 11.11.1953	25.8.2015	b.a.w. (entsandt)	Vorsitzender-Stellvertreter bis 1.6.2016, Vorsitzender ab 1.6.2016	keine
Mag. Birgit Nogler geb. 10.9.1974	1.6.2016	b.a.w. (entsandt)	Stellvertreterin des Vorsitzenden	keine
Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA geb. 9.5.1962	25.8.2015	b.a.w. (entsandt)	Mitglied	keine
Edwin Reiter geb. 6.5.1962	24.5.2006	HV 2017	Mitglied	keine
Vom Betriebsrat delegiert:				
DI Wolfgang Agler geb. 11.5.1957	24.9.2015	b.a.w.	Mitglied	keine
Sabine Römer geb. 27.3.1966	24.9.2015	b.a.w.	Mitglied	keine

Kein Aufsichtsratsmitglied gehört dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft an.

Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Aufsichtsrats inkl. Angabe der (stellvertretenden) Vorsitzenden [C-Regel 39 ÖCGK]

Name	Prüfungsausschuss ¹⁾	Personalausschuss
Dr. Klaus Liebscher	Mitglied bis 1.6.2016	Vorsitzender bis 1.6.2016
Mag. Franz Zwickl	Vorsitzender bis 1.6.2016 Mitglied ab 1.6.2016	Vorsitzender-Stellvertreter bis 1.6.2016 Vorsitzender ab 1.6.2016
Mag. Birgit Nogler	Vorsitzende ab 1.6.2016	Stellvertreterin des Vorsitzenden ab 1.6.2016
Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA	Vorsitzende-Stellvertreterin	–
Edwin Reiter	Mitglied	–
DI Wolfgang Agler	Mitglied	–
Sabine Römer	Mitglied	–

1) Alle Aufsichtsratsmitglieder gehören auch dem Prüfungsausschuss an.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

(C-Regel 53 ÖCGK)

Im Zuge der Einführung des ÖCGK hat der Aufsichtsrat der immigon Kriterien für die Unabhängigkeit seiner Mitglieder in Anlehnung an Anhang 1 des ÖCGK festgelegt:

Leitlinien für die Unabhängigkeit

Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenkonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Darstellung, welche Mitglieder als unabhängig anzusehen sind

(C-Regel 53 ÖCGK)

Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien haben sämtliche gewählte bzw. von einem Aktionär entsandte Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Unabhängigkeit erklärt.

Information zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat im November 2016 mit externer Begleitung durch die LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer die Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere seine Organisation und Arbeitsweise, evaluiert und das Ergebnis dieser Selbstevaluierung in seiner Sitzung am 15.12.2016 behandelt. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2017 einfließen lassen.

Arbeitsweise und Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2016 und Bericht über seine Tätigkeit

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der **Aufsichtsrat** hat seine Tätigkeit nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung auszuüben. Er hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen, insbesondere ob durch die Tätigkeit des Vorstands der Gesellschaftszweck, die Vermögenswerte mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen, (Portfolioabbau) verwirklicht wird.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2016 sechs Sitzungen abgehalten. Ein Mitglied blieb einer Sitzung, ein Mitglied zwei Sitzungen fern.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung und die Lage des Unternehmens, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements informiert. Der Aufsichtsrat hat sich in den Sitzungen sowie im Rahmen seiner Ausschüsse mit den mündlich und schriftlich erstatteten Berichten des Vorstands befasst. Aufgrund der

erhaltenen Informationen konnte der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrnehmen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Themen in den sechs Aufsichtsratssitzungen waren neben den regelmäßigen Berichten gemäß § 81 AktG, den Berichten der Internen Revision und des Risikomanagements insbesondere die Erfüllung des behördlich genehmigten Abbauplans, der Abbau der Assets und der Rückkauf von Verbindlichkeiten, die Rückgabe der Ausfallsbürgschaft der Republik Österreich, die Liquiditätssituation und Vorbereitung der Liquidation, sowie damit verbundene unternehmensspezifische Themen einer Abbaueinheit gemäß BaSAG (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken) unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebs. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen. Der Aufsichtsrat fasste zwei Umlaufbeschlüsse. Einer betraf die Zustimmung zu einem Portfolioverkauf, der andere die externe Unterstützung zur Selbstevaluierung.

Anzahl und Art der eingerichteten Ausschüsse und deren Entscheidungsbefugnisse (C-Regel 34 ÖCGK)
sowie Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse im Geschäftsjahr 2016 und Bericht über ihre Tätigkeit (C-Regel 39 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hatte zwei Ausschüsse gebildet: den Prüfungsausschuss und den Personalausschuss. Den Ausschüssen kommt innerhalb ihres zugewiesenen Kompetenzbereiches jeweils Entscheidungsbefugnis zu.

Der **Prüfungsausschuss** ist zuständig für

- a) die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie die Erteilung von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Gewährleistung seiner Zuverlässigkeit;
- b) die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionsystems und des Risikomanagementsystems;
- c) die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung unter Einbeziehung von Erkenntnissen und Schlussfolgerungen in Berichten, die von der Abschlussprüferaufsichtsbehörde veröffentlicht werden;
- d) die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die Gesellschaft bzw. ihren Konzern erbrachten zusätzlichen Leistungen;
- e) die Erstattung des Berichtes über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat und die Darlegung, wie die Abschlussprüfung zur Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung beigetragen hat, sowie die Rolle des Prüfungsausschusses dabei;
- f) die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und des Corporate Governance-Berichts sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
- g) gegebenenfalls die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts, des konsolidierten Corporate Governance-Berichtes sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
- h) die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers) unter Bedachtnahme auf die Angemessenheit des Honorars sowie die Empfehlung für seine Bestellung an den Aufsichtsrat;
- i) Genehmigung von Nichtprüfungsergebnissen des Abschlussprüfers;
- j) Vorbereitung aller im Aufsichtsrat zu behandelnden Controlling- und Budgetierungsthemen.

und erörterte diese Belange im Jahr 2016 in zwei Sitzungen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

Der **Personalausschuss** ist zuständig für die Behandlung aller Personalbelange der Vorstandsmitglieder in gesellschaftsrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht sowie für die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem. Der Personalausschuss befasste sich in drei Sitzungen im Jahr 2016 mit der Ausschreibung von Vorstandsmandaten, einer Besetzungsempfehlung an den Aufsichtsrat sowie dem Abschluss eines Dienstvertrages und fasste einen schriftlichen Beschluss, mit welchem Protokolle von Sitzungen genehmigt wurden.

Zu Informationen über Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wird auch auf den Bericht des Aufsichtsrates verwiesen.

Bekanntnis zur Förderung von Frauen in Organ- und Leitungsfunktionen

Im Hinblick auf die Abwicklung der immigon innerhalb der nächsten Jahre wird Personal entsprechend den Fortschritten des Portfolioabbaus ausschließlich reduziert, sodass sich die Festlegung bzw. Weiterverfolgung einer zukünftig zu erreichenden Quote für das unterrepräsentierte Geschlecht im Vorstand, im Aufsichtsrat und den sonstigen Führungsebenen erübrigt.

Die Anzahl der weiblichen Aufsichtsrätinnen zum 31.12.2016 beträgt 50 %. Die Relation im Vorstand blieb konstant (100 % männlich).

Auf der ersten und zweiten Berichtsebene (Bereichs- und Stabstellenleitungen und Abteilungsleitungen) blieb der weibliche Führungskräfteanteil im Jahr 2016 mit über 20 % konstant.

Bekenntnis zur Bekämpfung von Korruption

Der Vorstand der immigon bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen korrupte Handlungen und berichtet dem Aufsichtsrat jährlich über Vorkehrungen der immigon zur Bekämpfung von Korruption im Unternehmen. Aufgrund der festgestellten Prüfkompetenz des Rechnungshofes wurde im März 2016 für die immigon und Konzerngesellschaften eine Arbeitsrichtlinie "Verhaltenskodex der immigon" in Kraft gesetzt. Darin behandelte Themen sind u.a. Prüfständigkeit des Rechnungshofes, Amtsträgereigenschaft der Mitarbeiter und Organe, Korruptionsprävention, Anti-Korruptionsbestimmungen, Gewährung und Annahme von Zuwendungen, Interessenkonflikte, Nebenbeschäftigungen, Umgang mit Lieferanten, Dienstleistern und Werkvertragspartnern als Geschäftspartner. Die Mitarbeiter wurden hierzu auch abteilungsbezogen geschult. In allen Zweifelsfragen bzw. für Grenzfälle (Prävention) steht das Compliance Office der immigon zur Verfügung. In der VB Leasing Gruppe wurde im Juni 2016 eine eigene, den Erfordernissen angepasste, Arbeitsrichtlinie "Verhaltenskodex der VB LI" implementiert, die auch für die Tochtergesellschaften in Slowenien, Kroatien, Bosnien und Serbien gilt. In der immigon ist ein strukturiertes und umfassendes Internes Kontrollsystem implementiert. Seit Februar 2014 haben die Mitarbeiter der immigon auch die Möglichkeit, über eine Internetplattform rechtlich relevante Auffälligkeiten (z.B. korrupte oder betrügerische Handlungen) anonym zu melden (Whistleblowing-System).

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung der Vorstandsmitglieder

(C-Regel 30 und 31 ÖCGK)

Bezüge für das Geschäftsjahr 2016 in EUR:

	Fixe Bezüge	Sonstige Bezüge	Variable Bezüge	Gesamtbezüge
Dr. Stephan Koren	549.999,94	63.591,96	0	613.591,90
Dkfm. Michael Mendel²⁾	475.000,12	148.384,62	0	623.384,74

2) Angaben beziehen sich auf die Funktionsperiode bis 31.12.2016

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen.

In der Position „Sonstige Bezüge“ sind Pensionskassenbeiträge bzw. Rentenversicherungsbeiträge, Beiträge zur Vorsorgekasse (Abfertigung Neu) und div. Sachbezüge enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der immigon.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Bei Dkfm. Mendel wurde aus den Altverträgen die Regelung übernommen, dass bei Beendigung in definierten Fällen (Krankheit, Tod bzw. bei Nichtverlängerung) eine freiwillige Abfertigung in der Höhe von 3 Monatsbruttogehältern gebührt. Die Verpflichtungen und Vorgaben der Regel 27a des Corporate Governance Kodex sowie die Anlage zu § 39b BWG werden eingehalten. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages.

Veröffentlichung der im Geschäftsjahr 2016 gewährten Vergütungen für jedes Aufsichtsratsmitglied einzeln in EUR

(C-Regel 51 ÖCGK)

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 24.05.2006 wurde für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ein Gesamtbetrag von EUR 101.000,- (exkl. Sitzungs- und Taggeld) festgelegt. Dieser Betrag wurde seitdem – auch in Berücksichtigung der Restrukturierung der immigon – nicht mehr erhöht.

Das Vergütungsschema für den Aufsichtsrat gestaltet sich wie folgt:

Vorsitzender	EUR 25.000,-
Stellvertretende Vorsitzende	EUR 12.500,-
Ausschussvorsitzende	EUR 7.000,-
Einfache Mitglieder	EUR 6.000,-

Die Vergütungen werden an die Aufsichtsratsmitglieder jeweils nach der ordentlichen Hauptversammlung rückwirkend für das vorige Geschäftsjahr (aliquotiert nach Mandatsdauer) ausbezahlt.

Für das Jahr 2016 fallen für die Aufsichtsratsmitglieder folgende Sitzungs- und Tagelder sowie Vergütungen an:

	Sitzungs- und Taggeld ³⁾	AR-Vergütung 2016 ⁴⁾	Gesamtsumme
Liebscher	450,56	10.450,82	10.901,38
Zwickl	973,79	19.774,59	20.748,38
Noggler	552,30	7.274,59	7.826,89
Oberndorfer	552,30	6.000,00	6.552,30
Reiter	552,30	6.000,00	6.552,30
DI Wolfgang Agler	–	–	–
Sabine Römer	–	–	–
Summe	3.081,25	49.500,00	52.581,25

3) Sitzungs- und Taggeld wurde 2016 ausbezahlt.

4) AR-Vergütung wird nach der Hauptversammlung 2017 ausbezahlt.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind grundsätzlich keine Stock-Option-Pläne vorgesehen.

D&O-Versicherung

Es wird auf das Bestehen einer derartigen Versicherung für Vorstand, Geschäftsführer, Aufsichtsrat und leitende Angestellte der immigon sowie der Tochtergesellschaften, an denen die immigon direkt oder indirekt die Mehrheit der Kapitalanteile hält oder bei denen der immigon direkt oder indirekt die Leitung oder Kontrolle zusteht, hingewiesen. Die Kosten werden von der immigon getragen.

Wien, im März 2017

Der Vorstand



Dr. Stephan Koren
Vorsitzender



Dkfm. Michael Mendel
Stv. Vorsitzender

KONZERNLAGEBERICHT

-
- 18** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 18** Wirtschaftliches Umfeld 2016
 - 19** Geschäftsausrichtung
 - 19** Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 20** Geschäftsverlauf
 - 22** Bericht über Zweigniederlassungen
 - 22** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 23** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

 - 23** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 23** Wirtschaftliches Umfeld 2017
 - 23** Voraussichtliche Entwicklung
 - 24** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
 - 24** Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

 - 25** Bericht über Forschung und Entwicklung

 - 25** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
 - 25** Kontrollumfeld
 - 25** Risikobeurteilung
 - 26** Kontrollmaßnahmen
 - 26** Information und Kommunikation
 - 26** Überwachung
-

KONZERNLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Wirtschaftliches Umfeld 2016

Die Vermögenswerte der immigon Gruppe bestehen im Wesentlichen in Veranlagungen in den folgend angeführten Ländern. Die allgemeine Markt-, Wirtschafts- und Zinsentwicklung in diesen Ländern hat einen Einfluss auf die Wertentwicklung und Veräußerbarkeit dieser Vermögenswerte und damit auch auf die Abbauziele.

Österreichs Bruttoinlandsprodukt ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2016 um 1,5 % im Jahresvergleich gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Wachstumsdynamik gegenüber dem Jahr 2015 dar. Die Wachstumslücke gegenüber der Eurozone, die im Jahr 2015 noch einen Prozentpunkt betragen hatte, sollte damit auf ein bis zwei Zehntel Prozentpunkte geschrumpft sein. Das Wachstum war vor allem von der Inlandsnachfrage durch privaten Konsum und Investitionen getragen.

Die österreichische Arbeitslosenquote ist trotz der Wachstumsbeschleunigung im vergangenen Jahr leicht gestiegen, während sie in der Eurozone insgesamt – von wesentlich höheren Werten ausgehend – sich kontinuierlich verbesserte und von 10,4 % zu Jahresbeginn auf 9,8 % im November zurück ging. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich 2016 zwischen 0,6 % und 1,6 %. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum war die Teuerungsrate in der ersten Jahreshälfte zum Teil noch negativ und hat erst gegen Jahresende (Dezember: 1,1 %) spürbar angezogen. Hauptgrund für den Preisanstieg 2016 war der Ölpreis.

Noch während der Phase fallender Inflationsraten hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz im März 2016 von 0,05 % auf 0,00 % gesenkt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität fiel von 0,30 % auf 0,25 %, während der Einlagensatz um 10 Basispunkte auf -0,40 % gesenkt wurde. Im März entschied die EZB auch, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR zu erhöhen, und eine zweite Tranche ihrer gezielten Langfristrefinanzierungsgeschäfte (TLTRO2) aufzulegen. Sowohl die Geldmarktzinsen als auch die Renditen am Kapitalmarkt gingen zurück. Im vierten Quartal wurde – den höheren europäischen Inflationsraten und der geldpolitischen Straffung in den USA entsprechend – bei den Renditen ein Teil dieser Entwicklung wieder ausgeglichen. In Summe nahm die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich 2016 von 0,85 % auf 0,43 % ab. Der Dreimonats-Euribor fiel das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich und sank von -0,13 % zu Jahresbeginn auf -0,31 % zu Jahresende.

In **Ungarn** ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr laut Schätzung der Europäischen Kommission vom November vor dem Hintergrund eines boomenden privaten Konsums (+5 %) und eines starken Beitrags des Außenhandels (Exporte: +7 %) um 2,1 % gewachsen. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg damit auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts. Dem für die Region hohen Schuldenstand stand 2016 eine relativ geringe Neuverschuldung von voraussichtlich 1,5 % gegenüber. Die Abhängigkeit von Kapitalimporten ist gesunken und der Forint hat zum Euro etwas aufgewertet.

In **Tschechien** ist trotz rückläufiger Investitionen die Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 gemäß Schätzung der Europäischen Kommission um 2,2 % gestiegen. Dies war auf die gute Entwicklung der beiden anderen binnenwirtschaftlichen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts – des öffentlichen und privaten Konsums – zurückzuführen. Aber auch der Außenhandel erzielte einen deutlichen Wachstumsbeitrag. Dies reichte aus um das Leistungsbilanzdefizit auf unter 1 % des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Die Währung war 2016 stabil beim von der Zentralbank angestrebten Kurs von rund 27 CZK je EUR.

Rumänien erzielte letztes Jahr das höchste Wachstum seit dem Ende der Finanzkrise. Die Europäische Kommission schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 5,2 % gewachsen ist. Sehr starke Zuwächse bei der Binnennachfrage – der private Konsum ist um 9 % gestiegen, der staatliche Konsum und die Investitionen um 5 % beziehungsweise 6 % – waren dafür verantwortlich. Dennoch blieb die Inflationsrate negativ. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war negativ. Das Haushaltsdefizit erreichte im vergangenen Jahr 2,8 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft **Polens** ist laut Europäischer Kommission im vergangenen Jahr um 3,1 % gewachsen. Der private Konsum und der staatliche Konsum legten um jeweils etwa 4 % zu. Der Außenhandel zeigte sehr hohe Dynamik und einen positiven Wachstumsbeitrag. Exporte und Importe wuchsen um jeweils etwa 8 %. Im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft sind dagegen die Bruttoinvestitionen. Das Haushaltsdefizit Polens lag im Jahr 2016 bei 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Mit einer Wachstumsrate von 2,6 % konnte **Kroatien** laut Schätzung der EU-Kommission die im Vorjahr begonnene Erholung fortsetzen. Die binnenwirtschaftlichen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts lieferten positive Wachstumsbeiträge, das

Budgetdefizit betrug 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Nach langjähriger Schwächephase hat sich die Kuna zum Euro wieder etwas gefestigt.

Eine kräftige Binnennachfrage und die gute Entwicklung der Nettoexporte ließen **Sloweniens** Wirtschaft laut Schätzung der Europäischen Kommission vergangenes Jahr um 2,2 % wachsen. Das Haushaltsdefizit betrug 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft in **Serbien** ist 2016 laut Schätzung der Europäischen Kommission um 2,7 % gewachsen. Das Wachstum ruhte größtenteils auf gestiegener Binnennachfrage, besonders stark entwickelten sich die Investitionen und der staatliche Konsum. Das Haushaltsdefizit betrug 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Dinar wertete nur marginal zum Euro ab.

Laut Schätzung des Internationalen Währungsfonds vom Oktober ist das Bruttoinlandsprodukt **Bosnien-Herzegowinas** im Jahr 2016 um 3,0 % gewachsen.

Steigende Nachfrage ist in den **Immobilienmärkten** Zentral- und Osteuropas zu verzeichnen. Nach Berichten von CBRE wurden in der Region (inklusive Russland) im Jahr 2016 rund EUR 17,9 Mrd. investiert, um EUR 4 Mrd. mehr als im Jahr davor und auch mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Wie schon in den Jahren zuvor war Polen mit einem Investmentvolumen von EUR 4,7 Mrd. der stärkste Markt. In Tschechien wurden 2016 EUR 3,8 Mrd. in Immobilien investiert. Der Immobilienmarkt in Ungarn hat sich seit 2012 kontinuierlich gesteigert und weist 2016 Transaktionsvolumina von rund EUR 1,7 Mrd. auf. Die Nachfrage am Büromarkt in den Hauptstädten der CEE Region ist allerdings leicht gesunken. Das Niveau der Bürospitzenmieten ist in Warschau mit EUR 23,00/m²/Monat das höchste in der Region, wobei auch hier Budapest wieder aufgeholt hat und nur knapp hinter der polnischen Hauptstadt liegt.

Geschäftsausrichtung

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) ist eine Abbaugesellschaft gemäß §162 Abs 1 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernmuttergesellschaft von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Die webpage der immigon lautet www.immigon.com. Neben der Veröffentlichung von Ad-Hoc-Meldungen und Berichten zum jeweiligen Geschäftsjahr findet sich auf der Webpage im Bereich Investor Relations in einem gesonderten Menüpunkt „Corporate Governance“ eine Entsprechungserklärung zum Österreichischen Corporate Governance Kodex durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der immigon vom Dezember 2016.

Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schon seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde schließlich die Abspaltung zur Aufnahme des „Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion“ Teilbetriebes der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seither ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsieht.

Die Gesellschaft wird von Moody's Investors Service geratet, allerdings auf einer „Non-participating“ Basis. Die immigon sieht auch das seit 28. Juni 2016 hinaufgesetzte Issuer Rating von B1 als zu pessimistisch. Dieses Rating wurde am 20. Februar 2017 von Moody's Investors Service bestätigt. Fitch Ratings hat das Rating bereits per 26. August 2015 entzogen.

Geschäftsverlauf

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2016

Die Ertragslage der immigon-Gruppe ist aufgrund der Eigenschaft der immigon portfolioabbau ag als Abbaugesellschaft nicht mit der einer Bank vergleichbar. Die wesentlichsten Ergebnistreiber sind Sondereffekte aus dem Abbau, die das Ergebnis des Jahres 2015 stärker belastet haben als jenes des abgelaufenen Geschäftsjahres 2016. Das Konzernergebnis der immigon Gruppe vor Steuern beträgt EUR -47 Mio., nach Steuern und Minderheiten ergibt sich ein Ergebnis in Höhe von EUR -54 Mio.

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2016 EUR 20 Mio. und liegt damit um EUR 72 Mio. unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode 2015 von EUR 93 Mio. Der Rückgang des Zinsüberschusses resultiert vor allem aus dem Abbau von zinstragenden Aktiva sowie den Verkäufen von Tochterunternehmen in den Geschäftsjahren 2015 und 2016. Zum Rückgang des Zinsüberschusses hat auch wesentlich die Veranlagung der Liquidität zu Negativzinssätzen beigetragen.

Das Ergebnis aus der Risikoversorge zeigt für das Geschäftsjahr 2016 einen Ertrag in Höhe von EUR 6 Mio. Im Vergleich zum Aufwand aus dem Vorjahr von EUR 9 Mio. ist das eine Verbesserung um EUR 16 Mio. und zeigt, dass wertberichtigte Engagements zum überwiegenden Teil über dem Buchwert veräußert werden konnten.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR -7 Mio. und verminderte sich im Vergleich zur Vorperiode abbaubedingt um EUR 16 Mio. Der Großteil der Provisionsaufwendungen 2016 ist auf die Entgeltzahlungen für die per Ende August 2016 gekündigte Asset Garantie der Republik Österreich zurückzuführen.

Das Handelsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr 2016 auf EUR 8 Mio. Damit wurde im Vergleich zur Vorperiode (2015: EUR 4 Mio.) ein besseres Ergebnis verzeichnet.

Der Verwaltungsaufwand liegt mit EUR 51 Mio. um EUR 106 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert von EUR 157 Mio. Darin spiegelt sich der weiter voranschreitende Personalabbau ebenso wider, wie ein dem geringeren Geschäftsumfang entsprechender rückläufiger Sachaufwand. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2015 von 377 Mitarbeiter auf 193 vollzeitäquivalente Mitarbeiter. Davon sind 82 nicht in Österreich beschäftigt. Der Personalrückgang ist auch auf den Verkauf der VB Factoring Bank AG (nunmehr A.B.S. Factoring AG) zurückzuführen.

Aufgrund der laufenden Umstrukturierungen wurde im Geschäftsjahr 2016 ein Restrukturierungsertrag in Höhe von EUR 2 Mio. aus der Auflösung von Rückstellungen lukriert. Dieser betrifft fast zur Gänze Maßnahmen im Personalbereich. Im Vorjahr war ein Restrukturierungsaufwand in Höhe von EUR 10 Mio. erfasst.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2016 auf EUR -27 Mio. Der Vorjahresvergleichswert in Höhe von EUR 338 Mio. war hauptsächlich durch die Erträge aus dem Rückkaufprogramm für nicht nachrangige Verbindlichkeiten geprägt. Die im Jahr 2016 durchgeführten Rückkaufprogramme umfassten sowohl nicht nachrangige Verbindlichkeiten als auch nachrangige Emissionen der immigon. Der Erfolg aus diesen Rückkaufprogrammen liegt für 2016 deutlich unter dem Vorjahresvergleichswert. Die Rückkäufe von nachrangigen Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital erfolgten auch mit Verlusten gegenüber dem Buchwert der Verbindlichkeiten, der gemäß IAS 39 teilweise Werte unter dem Rückzahlungskurs vorsieht. Für Details zum Rückkaufprogramm verweisen wir auf den Risikobericht in den Notes. Ein weiterer Sondereffekt, nämlich die im Jahr 2015 aufgrund der geänderten Bedingungen für die Inanspruchnahme ausgebuchte Forderung und bis dahin erfasste Rückzahlungsverpflichtung zur Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) der Republik Österreich ist 2016 ausgeblieben. Aus der Anpassung der Buchwerte von verlusttragenden Verbindlichkeiten gemäß IAS 39 AG 8 wurde in der Berichtsperiode ein Ergebnis von EUR -16 Mio. (2015: EUR -12 Mio.) erfasst.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR -4 Mio. Es hat sich damit um EUR 61 Mio. gegenüber der Vergleichsperiode verbessert (2015: EUR -65 Mio.). Am deutlichsten erhöhte sich das Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von Wertpapieren, welches mit EUR 3 Mio. um EUR 26 Mio. über dem Vorjahresvergleichswert liegt. Die Bewertungen von investment property Vermögenswerten entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 8 Mio. (2015: EUR 4 Mio.) ebenfalls positiv. Die Bewertung von Derivaten im Bankbuch sowie der Überhang von effektiven hedge Beziehungen wird in der Berichtsperiode mit EUR -9 Mio. (2015: EUR -10 Mio.) erfasst. Belastend auf das Ergebnis der aktuellen Berichtsperiode wirken sich Wertberichtigungen von Beteiligungen in Höhe von EUR -7 Mio. aus (2015: EUR -62 Mio.), während die Verkaufsergebnisse von Beteiligungen einen Ertrag von EUR 4 Mio. aufweisen (2015: EUR 28 Mio.).

Das Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen betrug in der Berichtsperiode EUR 5 Mio. (2015: EUR 12 Mio.). Die in diesen Unternehmen gehaltenen Vermögenswerte – eine Beteiligung an der VB Romania S.A. bzw. eine Immobilie in Wien – wurden im Geschäftsjahr 2016 verkauft, sodass letztlich die anteilig zurechenbaren Ergebnisse hier enthalten sind.

Im Gegensatz zum Vorjahr ist kein Ergebnis aus einem aufgegebenen Geschäftsbereich angefallen. Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt damit EUR -47 Mio.

Aufgrund des steuerlichen Gewinns im Einzelabschluss der immigon wurde ein entsprechender Steueraufwand erfasst. Da für die Folgejahre keine steuerlichen Gewinne erwartet werden, wurden in der immigon weiterhin keine aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge angesetzt. Die Steuern vom Einkommen betragen damit EUR -4 Mio. (2015: EUR -7 Mio.) und führen zu einem Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von EUR 51 Mio. (2015: EUR 196 Mio.).

Vermögenslage und Abbaumaßnahmen

Entsprechend der Abbauziele der immigon Gruppe konnte das Geschäftsvolumen im Jahr 2016 weiter signifikant reduziert werden. Die Konzernbilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 2,4 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2015 um EUR 1,5 Mrd. oder 39 % verringert.

Die Barreserve besteht wie im Vorjahr fast ausschließlich aus Veranlagungen bei der Oesterreichische Nationalbank und konnte mit EUR 1.203 Mio. auf dem Vorjahresniveau von EUR 1.270 Mio. gehalten werden.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 182 Mio. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 453 Mio.) um EUR 271 Mio. gesunken. Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte ebenso vermindert werden wie – bedingt durch den Abbau von Derivaten – die diesbezüglichen Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit anderen Banken.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. Dezember 2016 EUR 565 Mio. und sind im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 1.109 Mio.) um EUR 545 Mio. zurückgegangen. Mit den Abbautransaktionen wurden Kreditengagements sowie Leasingfinanzierungen abgebaut. Wesentliche Transaktionen umfassten Immobilienfinanzierungen in Ungarn, ein Hotelprojekt in Kroatien sowie den Verkauf des zweiten Teils eines Portfolios von Windkraftfinanzierungen. Unter den Leasingfinanzierungen sind neben der Reduktion des Mobilienleasinggeschäfts der VB Leasing International auch Verkäufe von Immobilienleasingfinanzierungen in Kroatien und Österreich zu erwähnen. Die Konzentration des verbleibenden Portfolios an Kundenforderungen liegt in Österreich, CEE und SEE.

Durch die Auflösung von derivativen Finanzgeschäften und der Einstellung des Handelsbuchs konnten die Handelsaktiva um EUR 528 Mio. auf EUR 39 Mio. vermindert werden. Demgegenüber stiegen die Finanzinvestitionen um EUR 25 Mio. auf EUR 212 Mio. im Vergleich zum Ultimo 2015 an.

Auch bei den Investment property Vermögenswerten zeigt sich der Erfolg der Abbaumaßnahmen: Verkäufe von 7 Objekten bzw. Objektgesellschaften haben den Bestand von EUR 94 Mio. auf EUR 28 Mio. vermindert. Drei weitere Objekte, die im Jahr 2016 verkauft wurden, waren 2015 unter den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, erfasst.

Unter den sonstigen Aktiva in Höhe von EUR 135 Mio. (2015: EUR 155 Mio.) sind positive Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten von EUR 98 Mio. enthalten. In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem Kredite erfasst, deren Verkauf zum 31. Dezember 2016 vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 348 Mio.) um EUR 242 Mio. auf EUR 105 Mio. gesunken. Auch hier hat der Abbau von Derivaten zu einer Verminderung der Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit anderen Banken geführt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 308 Mio. sind im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 446 Mio.) um EUR 138 Mio. gesunken, was u.a. mit dem Rückkauf von Schuldscheindarlehen begründet werden kann.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2016 EUR 786 Mio. und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2015 (EUR 1.175 Mio.) um EUR 388 Mio. zurückgegangen. Für Details zum Rückkaufprogramm verweisen wir auf den Risikobericht in den Notes.

Die Rückkäufe von nachrangigen Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital der immigon portfolioabbau ag und einer Hybridemission haben zu der Reduktion des Nachrangkapitals um EUR 340 Mio. auf EUR 169 Mio. geführt.

Das Eigenkapital hat sich im Wesentlichen durch den Verlust des Geschäftsjahres 2016 im Vergleich zum Vorjahresresultat um EUR 10 Mio. vermindert und beträgt per 31.12.2016 EUR 772 Mio.

Bericht über Zweigniederlassungen

Der Konzern der immigon verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Für eine Abbaugesellschaft wie die immigon portfolioabbau ag sind finanzielle Leistungsindikatoren, wie sie typischerweise für die Beurteilung von Banken herangezogen werden, nur bedingt aussagekräftig. Im Fokus steht nunmehr die Abbauleistung unter Schonung des Eigenkapitals.

Der Rückgang der Konzernbilanzsumme im Ausmaß von EUR 1,5 Mrd. ist im Wesentlichen abbaubedingt. Durch aktive Abbaumaßnahmen konnten die Aktiva um rund EUR 1,0 Mrd. vermindert werden, die weitere Bilanzsummenreduktion ist im Wesentlichen bedingt durch laufende Tilgungen.

Für die immigon als Abbaugesellschaft ist die verfügbare Liquidität von besonderer Bedeutung, da neue Mittelaufnahmen am Geld- oder Kapitalmarkt nicht vorgesehen sind. Aufgrund der Guthaben bei der Oesterreichische Nationalbank und kurzfristiger Bankveranlagungen ergibt sich eine rasch verfügbare Liquidität in Höhe von EUR 1,2 Mrd. Aus hoch liquiden kurzfristig verwertbaren Anleihen stehen weitere EUR 12,6 Mio. zur Verfügung.

Die Eigenkapitalquote der immigon Gruppe beträgt 32,8 % (2015: 20,4 %). Die Eigenkapitalquote errechnet sich als Quotient von Eigenkapital und Bilanzsumme. Der Return on Equity (ROE) vor Steuern der immigon Gruppe für das Jahr 2016 beträgt -6,1 % (2015: 30,0 %). Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses vor Steuern (bereinigt um die Ergebnisse eines aufgegebenen Geschäftsbereiches) und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres (Eigenkapital 1.1.2015 nach Abspaltung). Der ROE nach Steuern betrug -6,6 % (2015: 29,0 %). Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses nach Steuern (bereinigt um die Ergebnisse eines aufgegebenen Geschäftsbereiches) und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio der immigon Gruppe liegt in der Berichtsperiode bei 235,4 % (im Vorjahr 147,9 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Bereich **Human Resources** stand auch 2016 der geordnete Abbau von MitarbeiterInnen im Fokus der Anstrengungen. Der notwendige rapide Personalabbau wird, wo immer das geht, von gelebter sozialer Verantwortung begleitet. Ein mit den Belegschaftsvertretern verhandelter Sozialplan ist dabei ein wesentlicher Baustein. Die massive Verringerung des Personalstandes wird großteils durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan erreicht. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. Auch natürliche Abgänge tragen zur Personalreduktion bei. Die Erhaltung einer funktionsfähigen Organisationsstruktur trotz der laufenden Personalreduktion war für die immigon auch im Jahr 2016 eine besondere Herausforderung.

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte der immigon Konzern 193 MitarbeiterInnen (Vollzeitäquivalente), davon 82 im Ausland und 111 im Inland. Die Anzahl hat sich im Jahr 2016 damit um 184 Personen vermindert, davon 33 durch Verkauf der VB Factoring Bank AG. Ausländische Standorte existieren nur mehr in der VB Leasing International – Gruppe, nachdem die VB Real Estate das letzte ausländische Büro 2016 geschlossen hat.

Aufgrund des vorhersehbaren Endes der Beschäftigungsmöglichkeiten in der immigon Gruppe kommt der Erhaltung der Motivation der MitarbeiterInnen besondere Bedeutung zu. Die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches sind zentrale Anliegen in der Personalentwicklung. Situationsbedingt liegt daher ein besonderer Schwerpunkt des Personalmanagements in der Erhöhung der Vermittelbarkeit der MitarbeiterInnen, um sie für die Anforderungen am Arbeitsmarkt nach ihrer Beschäftigung in der immigon optimal vorzubereiten. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklung von neuen beruflichen Perspektiven für die Erhaltung der Motivation und Leistungsfähigkeit ein wesentlicher Faktor ist.

Die Abbaugesellschaft stellt sich auch den Herausforderungen hinsichtlich der **Nachhaltigkeit** ihrer Handlungen. Dies betrifft – neben den Bestrebungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, Motivation und Gesundheit im Personalbereich auch Aspekte des Umweltschutzes, wo Druckerpools als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben haben. Es wird auch seit vielen Jahren Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Die Zentrale der immigon ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Die Nachhaltigkeit der Aktivitäten in der Abbaugesellschaft dokumentieren sich auch an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Compliance Bestimmungen. Insbesondere beim Verkauf von Vermögenswerten muss auf die Standards der Bietersuche, der Preisfindung sowie der sorgfältigen und sparsamen Abwicklung besondere Aufmerksamkeit gelegt werden.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Hinsichtlich der Angaben über Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld 2017

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,5 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2017 auf 1,7 % gesetzt, die EU-Kommission ging in ihrer Herbstprognose noch von einer Jahreswachstumsrate von 1,5 % aus. Das Wachstum Österreichs sollte damit jenem der Eurozone entsprechen, während die zentral- und südosteuropäischen Länder dieses zum Teil übertreffen sollten. Die Prognose für Ungarn und die Tschechische Republik lautet jeweils 2,6 %, für Polen 3,4 %, für Rumänien 3,9 %, für Kroatien 2,5 %, für Slowenien 2,6 % und für Serbien 3,0 %. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Bosnien-Herzegowina für 2017 eine Wachstumsrate von 3,2 %.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate in 2017 beträgt im Mittel 1,3 %. Damit sollte die Teuerungsrate also im Jahr 2017 noch nicht ganz an das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % heranreichen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank spricht für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich bereits im Gange befindlichen geldpolitischen Straffung in den USA ein leichter Aufwärtstrend ausgehen kann. Diese könnte die Währungen belasten, die früher vielfach von einer positiven Zinsdifferenz unterstützt waren. Diese dürfte angesichts der in den meisten Ländern anhaltend niedrigen Inflation 2017 tendenziell schrumpfen.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA. Insbesondere die Länder mit hohen Wertschöpfungsanteilen des Automobilsektors (insbesondere Tschechien und Ungarn) könnten von Handelsbeschränkungen negativ betroffen sein. Auch potenzielle Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den ab dem zweiten Quartal zu erwartenden Austrittsverhandlungen mit Großbritannien und/oder möglichen Regierungswechseln in einigen Mitgliedsländern stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Auch die noch immer unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung einiger großer Schwellenländer wie China, Brasilien und Russland, die zu erhöhter Finanzmarktvolatilität und negativen Auswirkungen auf die internationale Nachfrage führen könnten, gehören zu den Risikofaktoren.

Voraussichtliche Entwicklung

Die immigon Gruppe wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nutzen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben. Unverändert ist geplant, dass der Abbau der Aktiva im Wesentlichen bis Ende 2017 abgeschlossen sein soll. Der Vorstand geht davon aus, dass die wesentlichsten Kredite und Wertpapiere mit vertraglichem Laufzeitende nach diesem Datum durch aktive Abbaumaßnahmen aus dem Portfolio entfernt werden können. Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt im Kreditgeschäft einerseits durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer, andererseits den Verkauf von Einzelengagements oder den Verkauf von Portfolien. Im Bereich der Tochtergesellschaften sind Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Hierunter fallen insbesondere die über die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehaltene RZB-Beteiligung und die indirekt über die Investkredit-IC Holding alpha GmbH gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn.

Im Einklang mit der Reduktion der Vermögenswerte sind für die Zukunft seitens immigon auch weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, um auch die Passivseite zu reduzieren und damit den hohen Liquiditätsbestand abzubauen. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität kann dabei nur insofern erfolgen, als der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer (für den Fall eines verzögerten Abbaus der Aktivseite) nicht unterschritten wird.

Im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2017 steht die Fortführung des Abbaus unter weitgehender Schonung der bilanziellen Abbauvorsorgen ebenso wie die Personalreduzierung, aber auch die Vorbereitung auf die Phase der Liquidation der immigon. Ein entsprechendes Projekt mit dem Ziel der Erstellung eines Stufenplans für die Liquidation der immigon unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebs des Unternehmens wurde aufgesetzt.

Der Beginn der formalen und rechtlichen Liquidation erfordert eine weitere Komplexitätsreduktion der immigon und wird voraussichtlich nicht unmittelbar mit Ende 2017 erfolgen können. Die aktuelle Arbeitshypothese geht von einem Termin aus, der mindestens ein Jahr später sein wird. Der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma im Firmenbuch wird mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Im Rahmen der Abbaugesellschaft ergeben sich wesentliche Risiken aus der Umsetzung des Abbauauftrags, insbesondere in Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögensgegenstände. Das Risikomanagement orientiert sich daher an den spezifischen Anforderungen einer Abbaugesellschaft hinsichtlich der Bonitäts- und Marktrisiken, allfälliger Bewertungsabschläge bei Verkaufsprozessen und der Liquiditätssteuerung. Auch wenn der bisherige Abbau der immigon plankonform gelungen ist, zeigt die nationale und internationale Erfahrung, dass Abbauprozesse mitunter mit höheren Aufwendungen verbunden sind, als dies ex ante erkennbar war.

Ein weiteres Risiko liegt im aktuellen Zinsniveau, welches derzeit eine kurz- und mittelfristige Veranlagung nur unter Inkaufnahme von Negativzinsen zulässt. Aus der Veranlagung von Liquidität ergeben sich daher derzeit laufende Verluste. Die Entwicklung des Zinsniveaus in den kommenden Jahren stellt daher aus der Sicht der Profitabilität der immigon ein Risiko dar.

Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung von anderen Vermögensgegenständen bzw. dem Schließen von Derivaten Abschläge erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen allgemeine branchen- bzw. geschäftstypische Gewährleistungsrisiken aus den bereits erfolgten und noch geplanten Beteiligungsverkäufen und Abbaumaßnahmen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden und drohenden Passivprozessen.

Ein weiteres Risiko entsteht aus der notwendigen Personalreduktion der Abbaugesellschaft und den dadurch bedingten Prozessanpassungen, den zunehmenden Outsourcinganforderungen sowie den Anforderungen an das Wissensmanagement. Aus dem deutlich kleiner werdenden Personalstand ist die immigon verstärkt auch den allgemeinen Personalrisiken wie Fluktuation oder Krankheit, sowie mit diesen einhergehenden operationellen Risiken ausgesetzt.

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash-flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 50).

Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

Die folgenden eigenen Aktien und Partizipationsscheine werden mit dem Gezeichneten Kapital saldiert.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
Eigene Stammaktien	16.816	16.816
Eigene Partizipationsscheine	2.655	2.655
Summe	19.470	19.470

Entwicklung der eigenen Aktien:

	Anzahl Stk.	Nennwert TEUR	Buchwert TEUR
Stand am 31.12.2015	49.819	51	16.816
Veränderung			0
Stand am 31.12.2016	49.819	51	16.816

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der immigon stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl Stk.	Nennwert TEUR	Buchwert TEUR
Stand am 31.12.2015	18.296	13	2.655
Veränderung			0
Stand am 31.12.2016	18.296	13	2.655

Zu- und Abgänge eigener Aktien

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine Zu- und Abgänge eigener Aktien.

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2016 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der Konzern der immigon betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). In der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) wird ein konzernweiter Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vorgegeben. Das Management von Tochtergesellschaften ist für die Implementierung der Konzernanweisungen verantwortlich. Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt.

Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Risikobeurteilung

Das wesentliche Risiko im Rechnungslegungsprozess besteht in einer unrichtigen Abbildung von Sachverhalten in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage. Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungsprozesse und -abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken der Abwicklung des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und zeitnahe korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des Internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Managementkontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Managementkontrollen) erfolgt automationsunterstützt durch das Risikomanagement.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert. Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können. Die Erstellung von Berichten wie Tages- und Monatsbilanz oder Risikobericht erfolgt automatisiert mit Schnittstellen zu Vorsystemen.

Ein Managementreport über interne Kontrollen wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Das Management erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. monatliche Berichte über den Abbaufortschritt, halbjährliche Berichte über die Entwicklung der Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Der Informationsfluss beinhaltet neben der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auch das Budget sowie Kommentierungen der wesentlichen Entwicklungen, einen vierteljährlichen Risikobericht sowie die Darstellung der Liquiditätssituation. An den Aufsichtsrat berichten darüber hinaus die Interne Revision sowie der Compliance Officer.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Abteilungsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Management-reports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden. Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Die interne Revision überprüft unabhängig und gemäß einem jährlich zu erstellenden und vom Vorstand genehmigten Revisionsplan und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet, die Leistungserbringung wurde aufgrund der vorgenommenen Personalabbaumaßnahmen im Jahre 2016 zur Gänze outgesourct. Die zuständige Leitung des Dienstleisters berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Wien, am 24. März 2017

Der Vorstand



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

KONZERNABSCHLUSS

-
- 30** Konzerngesamtergebnisrechnung
 - 31** Konzernbilanz zum
31. Dezember 2016
 - 32** Entwicklung des
Konzerneigenkapitals
 - 33** Konzerngeldflussrechnung
 - 34** Inhaltsverzeichnis Notes
 - 36** Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss
 - 122** Bilanzzeit
 - 123** Bestätigungsvermerk
-

Konzerngesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2016 EUR Tsd.	1-12/2015 EUR Tsd.	Veränderung	
				EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		71.255	238.479	-167.225	-70,12 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-51.223	-145.942	94.719	-64,90 %
Zinsüberschuss	4	20.031	92.537	-72.506	-78,35 %
Risikovorsorge	5	6.251	-9.347	15.598	-166,88 %
Provisionserträge		3.549	44.069	-40.520	-91,95 %
Provisionsaufwendungen		-10.168	-34.465	24.297	-70,50 %
Provisionsüberschuss	6	-6.619	9.604	-16.222	-168,92 %
Handelsergebnis	7	8.347	4.193	4.154	99,08 %
Verwaltungsaufwand	8	-51.216	-157.286	106.070	-67,44 %
Restrukturierungsaufwand		1.658	-9.912	11.570	-116,73 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	-26.634	337.563	-364.197	-107,89 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	-3.920	-65.199	61.280	-93,99 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		4.603	12.289	-7.685	-62,54 %
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	2	0	-11.639	11.639	-100,00 %
Jahresergebnis vor Steuern		-47.497	202.803	-250.300	-123,42 %
Steuern vom Einkommen	11	-3.674	-7.175	3.501	-48,80 %
Jahresergebnis nach Steuern		-51.171	195.628	-246.799	-126,16 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		-54.304	196.057	-250.360	-127,70 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-54.304	207.695	-261.999	-126,15 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	-11.639	11.639	-100,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		3.133	-428	3.562	< -200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		3.133	-428	3.562	< -200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2016 EUR Tsd.	1-12/2015 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		-51.171	195.628	-246.799	-126,16 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		4.061	6.923	-2.862	-41,34 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		-1.034	-1.748	715	-40,87 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		3.027	5.175	-2.147	-41,50 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Währungsrücklage		101	-4.429	4.530	-102,29 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		43.312	2.398	40.913	> 200,00 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-3.967	-19.283	15.317	-79,43 %
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung (effektiver hedge)		12	207	-195	-94,37 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		4	257	-253	-98,43 %
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		6	13.540	-13.534	-99,95 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		-689	12.512	-13.201	-105,50 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		38.780	5.202	33.577	> 200,00 %
Summe sonstiges Ergebnis		41.807	10.377	31.430	> 200,00 %
Gesamtergebnis		-9.363	206.005	-215.369	-104,55 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		-12.453	206.608	-219.061	-106,03 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-12.453	205.504	-217.958	-106,06 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	1.103	-1.103	-100,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		3.090	-602	3.692	< -200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		3.090	-602	3.692	< -200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

	Anhang (Notes)	31.12.2016 EUR Tsd.	31.12.2015 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	1.203.409	1.269.829	-66.420	-5,23 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	182.028	453.253	-271.225	-59,84 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	564.511	1.109.225	-544.715	-49,11 %
Risikovorsorge (-)	15	-112.496	-213.947	101.451	-47,42 %
Handelsaktiva	16	39.454	528.384	-488.930	-92,53 %
Finanzinvestitionen	17	211.355	185.877	25.477	13,71 %
Investment property Vermögenswerte	18	28.041	93.650	-65.609	-70,06 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	22.753	62.693	-39.940	-63,71 %
Anteile und Beteiligungen	20	19.088	74.210	-55.122	-74,28 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	102	175	-73	-41,69 %
Sachanlagen	22	25.596	40.999	-15.403	-37,57 %
Ertragsteueransprüche	23	13.806	16.618	-2.812	-16,92 %
laufende Ertragsteueransprüche		13.362	15.432	-2.069	-13,41 %
latente Ertragsteueransprüche		444	1.187	-743	-62,57 %
Sonstige Aktiva	24	135.141	154.761	-19.620	-12,68 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	22.245	64.118	-41.873	-65,31 %
Summe Aktiva		2.355.033	3.839.847	-1.484.814	-38,67 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	105.461	347.708	-242.247	-69,67 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	307.798	445.585	-137.787	-30,92 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	786.280	1.174.610	-388.330	-33,06 %
Handelspassiva	29	0	274.191	-274.191	-100,00 %
Rückstellungen	30, 31	134.283	167.811	-33.528	-19,98 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	8.005	15.425	-7.420	-48,10 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		5.048	10.841	-5.794	-53,44 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		2.957	4.584	-1.626	-35,48 %
Sonstige Passiva	32	72.503	115.299	-42.796	-37,12 %
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	33	0	8.860	-8.860	-100,00 %
Nachrangkapital	34	168.643	508.745	-340.102	-66,85 %
Eigenkapital	36	772.061	781.614	-9.553	-1,22 %
Eigenanteil		713.182	725.700	-12.518	-1,72 %
Nicht beherrschende Anteile		58.879	55.913	2.966	5,30 %
Summe Passiva		2.355.033	3.839.847	-1.484.814	-38,67 %

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Gewinnrücklage	Währungsrücklage	Bewertungsrücklagen gem. IAS 39 ²⁾		Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Available for sale Rücklage	Hedging Rücklage			
EUR Tsd.								
Stand 1. Jänner 2015	885.632	-376.727	-1.376	22.487	-10.926	519.090	128.352	647.443
Konzernjahresergebnis ³⁾		196.057				196.057	-428	195.628
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		13.540				13.540		13.540
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		5.162				5.162	13	5.175
Währungsrücklage			-4.008			-4.008	-421	-4.429
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				-16.887		-16.887	2	-16.885
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					232	232	232	464
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		-71	3.977	-2.078	10.685	12.512		12.512
Gesamtergebnis	0	214.687	-31	-18.965	10.916	206.608	-602	206.005
Kapitalherabsetzung	-857.826	857.826				0		0
Ausschüttung						0	-65.233	-65.233
Veränderung eigene Anteile	1.856	-1.856				0		0
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		2				2	-6.604	-6.602
Stand 31. Dezember 2015	29.662	693.932	-1.406	3.522	-9	725.700	55.913	781.614
Konzernjahresergebnis ³⁾		-54.304				-54.304	3.133	-51.171
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		6				6		6
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		3.093				3.093	-66	3.027
Währungsrücklage			85			85	17	101
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				39.345		39.345		39.345
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					9	9	6	16
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		0	-689	0	0	-689		-689
Gesamtergebnis	0	-51.204	-604	39.345	9	-12.453	3.090	-9.363
Ausschüttung						0	-124	-124
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		-65				-65	-1	-65
Stand 31. Dezember 2016	29.662	642.664	-2.010	42.867	0	713.182	58.879	772.061

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der immigon portfolioabbau ag.

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2016 EUR -775 Tsd. (31.12.2015: EUR -724 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.
Bei der hedging Rücklage wurden zum 31.12.2016 EUR 0 Tsd. (31.12.2015: EUR 2 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Die Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen betragen für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile EUR -10 Tsd. (1-12/2015: EUR 49 Tsd.) und für die nicht beherrschende Anteile EUR -1 Tsd. (1-12/2015: EUR 6 Tsd.).

Konzerngeldflussrechnung

EUR Tsd.	1-12/2016	1-12/2015
Jahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)	-51.171	195.628
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten		
Zinsüberschuss	-10.762	-78.804
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	32.023	112.607
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	-2.857	24.630
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-10.389	-83.673
Steuern vom Einkommen	3.674	7.175
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	254.230	565.609
Forderungen an Kunden	477.317	672.838
Handelsaktiva	80.334	-125.536
Finanzinvestitionen	-27.416	903.545
Investment property Vermögenswerte	62.438	111.965
Sonstiges Umlaufvermögen	-14.539	-124.557
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-246.009	718.098
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-103.898	-445.782
Verbriefte Verbindlichkeiten	-388.930	-1.283.442
Derivate	151.238	392.152
Andere Passiva	-100.790	-100.304
Erhaltene Zinsen	64.074	216.336
Gezahlte Zinsen	-45.416	-172.042
Erhaltene Dividenden	44.480	1.788
Gezahlte Ertragsteuern	-8.952	-12.408
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	158.680	1.495.825
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von		
held to maturity Wertpapieren	0	6.967
Beteiligungen	94.158	88.709
Sachanlagen	6.292	8.899
Abgang von Tochterunternehmen (abzüglich abgegangener Zahlungsmittel)	752	-1.590.344
Mittelabfluss durch Investitionen in		
held to maturity Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	-952	-984
Sachanlagen	-208	-16.193
Cash flow aus Investitionstätigkeit	100.044	-1.502.946
Dividendenzahlungen	-124	-65.233
Veränderungen Nachrangkapital	-324.542	-142
Auszahlung für den Rückkauf Genussrechte	0	-2.907
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-324.666	-68.281
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	1.269.830	1.351.246
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	158.680	1.495.825
Cash flow aus Investitionstätigkeit	100.044	-1.502.946
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-324.666	-68.281
Effekte aus Wechselkursänderungen	-479	-6.013
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	1.203.409	1.269.830

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.

Details zu der Berechnung des Abgangs von Tochterunternehmen sind im Kapitel 2) enthalten.

ANHANG (NOTES)	36
1) Allgemeine Angaben	36
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	38
3) Rechnungslegungsgrundsätze	40
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	40
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften	44
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	46
d) Konsolidierungsgrundsätze	47
e) Währungsumrechnung	48
f) Zinsüberschuss	48
g) Risikovorsorge.....	49
h) Provisionsüberschuss	49
i) Handelsergebnis	49
j) Verwaltungsaufwand.....	49
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	50
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	50
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	50
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	54
o) Risikovorsorge.....	54
p) Handelsaktiva und -passiva.....	54
q) Finanzinvestitionen.....	55
r) Investment property Vermögenswerte.....	56
s) Beteiligungen.....	56
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen	57
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen.....	58
v) Sonstige Aktiva.....	58
w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	58
x) Verbindlichkeiten	59
y) Sozialkapital	59
z) Rückstellungen.....	61
aa) Sonstige Passiva.....	62
bb) Nachrangkapital	62
cc) Eigenkapital.....	62
dd) Kapitalrücklagen.....	63
ee) Gewinnrücklagen.....	63
ff) Treuhandgeschäfte	63
gg) Pensionsgeschäfte	63
hh) Eventualverpflichtungen	63
ii) Geldflussrechnung	63
4) Zinsüberschuss	65
5) Risikovorsorge	65
6) Provisionsüberschuss	66
7) Handelsergebnis	66
8) Verwaltungsaufwand	66
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	67
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	68
11) Steuern vom Einkommen	69
12) Barreserve	71
13) Forderungen an Kreditinstitute	71
14) Forderungen an Kunden	71
15) Risikovorsorge	72
16) Handelsaktiva	72
17) Finanzinvestitionen	73
18) Investment property Vermögenswerte	74
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	76
20) Anteile und Beteiligungen	78
21) Immaterielles Anlagevermögen	79
22) Sachanlagen	80
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	80
24) Sonstige Aktiva	82
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	82
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	82
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	83
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	83
29) Handelspassiva	83
30) Rückstellungen	84

31)	Sozialkapital	85
32)	Sonstige Passiva	87
33)	Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt.....	87
34)	Nachrangkapital	87
35)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten	88
36)	Eigenkapital.....	88
37)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	91
38)	Cash flow hedges	98
39)	Derivate.....	99
40)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	99
41)	Treuhandgeschäfte.....	99
42)	Nachrangige Vermögenswerte	100
43)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	100
44)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	100
45)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte.....	101
46)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	101
47)	Vertriebsstellen	102
48)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	102
49)	Segmentberichterstattung	103
a)	Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern.....	104
b)	Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten.....	105
50)	Risikobericht	106
a)	Allgemein.....	106
b)	Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze.....	106
c)	Kreditrisiko.....	107
d)	Marktrisiko.....	114
e)	Liquiditätsrisiko.....	116
f)	Operationelles Risiko	117
g)	Beteiligungsrisiko	118
h)	Sonstige Risiken.....	119
51)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	120
52)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	121
53)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	121

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 24. März 2017 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Angaben betreffend die Muttergesellschaft

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Firmensitz in 1090 Wien, Peregringasse 2, ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und das Mutterunternehmen von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14 – 16. Von ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 bis zur Spaltung im Juli 2015 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung vom 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung zur Aufnahme des Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebes der damaligen ÖVAG (Rechtsnachfolger: immigon) als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (VBW) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr und schied gleichzeitig aus dem Volksbanken-Verbund aus. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seit diesem Stichtag ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs. 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsieht. Hierunter fällt auch der Verkauf und Abbau von Tochtergesellschaften.

Abbaumaßnahmen sowie Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Ziel der immigon ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und die immigon und ihre Tochtergesellschaften final abzuwickeln. Die immigon ist als Abbaugesellschaft wesentlich den Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, unter anderem hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Vermögensgegenständen, ausgesetzt. Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung bzw. dem Schließen von Derivaten Abschlüsse erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen im Konzern allgemeine Gewährleistungsrisiken aus Beteiligungsverkäufen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden Passivprozessen.

Im Einzelabschluss der immigon sowie den Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften wurden entsprechende bilanzielle Vorsorgen gebildet, um Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, etwa hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Assets, den Bonitätsentwicklungen ausstehender Kredite und höheren Aufwendungen und Gewährleistungen Rechnung zu tragen. Dem Umstand der unerwarteten Risiken und Unsicherheiten wurde unter anderem auch durch die Einstellung des Jahresüberschusses der immigon in die Rücklagen Rechnung getragen. Für den hier vorliegenden Konzernabschluss nach IFRS gilt es zu beachten, dass mögliche künftige Verluste aus dem vorzeitigen Abbau des Kreditportfolios, die daraus resultieren, dass Veräußerungserlöse unter den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen liegen, gemäß IAS 37 und 39 nicht berücksichtigt werden dürfen, sodass ein Teil dieser Vorsorgen nach UGB im Konzernabschluss nach IFRS nicht gebildet wurden.

Der Abbau der Vermögenswerte des Konzerns konnte 2016 erfolgreich fortgesetzt werden. Hierbei sind insbesondere die folgenden Transaktionen anzuführen:

- Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte substantiell vermindert werden.
- Im Bereich der Kundenforderungen konnten Verkäufe von Immobilienfinanzierungen in Ungarn, eines Hotelprojekts in Kroatien, der Verkauf des zweiten Teils eines Portfolios von Windkraftfinanzierungen sowie von rumänischen Büroimmobilien in Tochtergesellschaften, die von der immigon finanziert waren, realisiert werden.
- Im Bereich der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurde eine nicht unwesentliche Anzahl an wenig liquiden Anleihen veräußert.
- Im Bereich der Beteiligungen ist insbesondere der Verkauf der VB Factoring Bank Aktiengesellschaft zu erwähnen. Darüber hinaus konnte die Anzahl der Beteiligungen des Konzerns durch weitere Verkäufe, durch Liquidationen sowie durch Verschmelzungen von verbundenen Unternehmen reduziert werden.
- Nachdem der 2013 gestartete Verkaufsprozess des anteilig über die Unternehmensbeteiligungs GesmbH gehaltenen Anteils an der VB Leasing International Gruppe nicht für alle Landesgesellschaften erfolgreich umgesetzt werden konnte, wurde im September 2015 für die verbleibenden Gesellschaften sowie die österreichische VB-Leasing International Holding GmbH die Einstellung des Neugeschäftes und der run-down der Gesellschaften beschlossen. Im ersten Quartal 2016 konnten zwei der zu Jahresbeginn noch bestehenden sieben Geschäftsstellen geschlossen werden. Die Reduktion der Bilanzsumme sowie die Abbaumaßnahmen im Personalbereich wurden 2016 weiter umgesetzt.

Zum Abbau der Passivseite hat die immigon auch 2016 angeboten, ausstehende Verbindlichkeiten gegenüber Investoren vorzeitig zurückzukaufen.

- Die Immigon hat vom 9. November 2015 bis zum 23. Juni 2016 für nicht-nachrangige Verbindlichkeiten Rückkaufkurse auf ihrer Website <http://www.immigon.com> veröffentlicht. Im Geschäftsjahr 2016 wurden Nominalwerte von EUR 187 Mio. rückgekauft (Rückkaufsprogramm 3).
- Am 30. März 2016 wurde ein weiteres Rückkaufsprogramm für 14 nachrangige Verbindlichkeiten in Form einer Reverse Modified Dutch Auction veröffentlicht. Die Immigon hat hierbei Rückkaufangebote im Nominalvolumen von rund EUR 139 Mio. angenommen (Rückkaufsprogramm 4).
- In der Folge wurde am 6. Juli 2016 veröffentlicht, dass auch Rückkaufkurse für alle 16 ausstehenden nachrangigen Verbindlichkeiten (Senior Subordinated) mit Laufzeitende nach 31. Dezember 2016 auf der Website der immigon veröffentlicht werden. Rückkaufkurse für diese Titel wurden bis zum 11. August 2016 angeboten. Es wurden damit Nominalvolumina von rund EUR 9 Mio. angekauft (Rückkaufsprogramm 5).
- Am 7. Oktober 2016 startete ein Rückkaufsprogramm für 9 Ergänzungskapitalanleihen unter einer weiteren Reverse Modified Dutch Auction mit Mindestannahmepreisen. Der Vorstand der immigon hat am 2. November

2016 beschlossen, Angebote mit einem Nominalvolumen von rund EUR 59 Mio. anzunehmen (Rückkaufsprogramm 6).

- Weiters hat die immigon 5 Zertifikate (Indexzertifikat auf ATX AT0000436100, Indexzertifikat auf CECE AT0000436118, Indexzertifikat auf Hang Seng AT0000436134, Indexzertifikat auf Hang Seng China AT0000436142, Indexzertifikat auf RDX USD Index AT0000436167) zum 23. Februar 2016 vorzeitig gekündigt. Auch die Nachranganleihe 2006 – 2016 mit der ISIN XS0275528627 mit einem Nominalvolumen in Höhe von EUR 81,9 Mio. wurde vorzeitig gekündigt.

In Summe ist es gelungen, die Bilanzsumme des immigon-Konzerns von EUR 3,8 Mrd. zum 31. Dezember 2015 auf EUR 2,4 Mrd. zum 31. Dezember 2016 zu reduzieren.

Es ist unverändert geplant, die wesentlichen wirtschaftlichen Risiken der immigon und ihrer Tochtergesellschaften bis Ende 2017 abzubauen. Dies betrifft neben dem Abbau von Forderungen an Kreditinstituten und Kunden, die ein vertragliches Laufzeitende nach Ende 2017 aufweisen, sowie von Wertpapieren auch die im Konzern gehaltenen Beteiligungen, welche insbesondere die Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft (RZB) im Ausmaß von 4,64 %, Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn sowie an Projektgesellschaften mit Immobilienvermögen in Polen betreffen.

Für die Einleitung der formalen und rechtlichen Liquidation ist eine weitere Komplexitätsreduktion in der immigon und ihren Tochtergesellschaften erforderlich, weshalb diese voraussichtlich nicht unmittelbar nach dem Ende des Geschäftsjahres 2017 erfolgen wird. Der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der immigon wird mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Beteiligungsstrukturen weiter bereinigt und insgesamt vier vollkonsolidierte Unternehmen mit Gesellschaften, die in den Konzernabschluss einbezogen werden, fusioniert. Ein vollkonsolidiertes Unternehmen wurde im Geschäftsjahr 2016 liquidiert. Diese Umgründungsvorgänge hatten keinen Effekt auf den Konzernabschluss.

Weiters wurden im Geschäftsjahr sechs Gesellschaften aus der VB Real Estate Services Gruppe verkauft.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis VB Real Estate Services Gruppe

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	37.172
Passiva anteilig	38.804
Währungsrücklage anteilig	-192
Abgang anteiliges Reinvermögen (Passivüberhang)	1.440
Verkaufserlös anteilig	3.285
Entkonsolidierungsergebnis	4.725

Am 21. April 2016 erfolgte das Closing des Verkaufs von 100 % der Anteile der VB Factoring Bank Aktiengesellschaft (VB Factoring). Aus der Bewertung gemäß IFRS 5 wird ein Ergebnis von EUR -6.145 Tsd. zusammen mit dem unten angeführten Entkonsolidierungsergebnis im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis VB Factoring

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	12.566
Passiva anteilig	9.566
Neubewertung IAS 19 anteilig	9
Abgang anteiliges Reinvermögen (Aktivüberhang)	-2.990
Verkaufserlös anteilig	3.588
Entkonsolidierungsergebnis	598

In den Konzernabschluss 2016 werden acht Tochterunternehmen nicht mehr einbezogen, weil deren Einbezug nicht mehr wesentlich für die Darstellung des Konzerns ist. Die Entkonsolidierung ist erfolgsneutral dargestellt und dabei gehen Aktiva und Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils EUR 1.519 Tsd. ab.

Am 6. Juli 2016 erfolgte das Closing über den Verkauf der Anteile an der at equity bewerteten Beteiligung VBV delta Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H.. Das Ergebnis aus dem Verkauf wird zusammen mit dem anteiligen Jahresergebnis im Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity ausgewiesen.

Weiters erfolgten in at equity bewerteten Unternehmen Umstrukturierungen, die keinen Effekt auf den Konzernabschluss hatten.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2016			31.12.2015		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	0	0	0	1	0	1
Finanzinstitute	9	7	16	12	9	21
Sonstige Unternehmen	13	21	34	16	32	48
Gesamt	22	28	50	29	41	70
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Unternehmen	1	2	3	2	1	3
Gesamt	1	2	3	2	1	3

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2016			31.12.2015		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	10	14	24	12	17	29
Assoziierte Unternehmen	3	5	8	3	7	10
Unternehmen gesamt	13	19	32	15	24	39

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantita-

tiven Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2016 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 51), 52), 53)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2016 sowie die Vergleichswerte 2015 wurden nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS; früher: International Accounting Standards, IAS) erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen (IFRIC/SIC) des International Financial Reporting Interpretations Committee bzw. des Standing Interpretations Committee erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der immigon sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Änderungen zu IFRS 10, 12 und IAS 28 – Investmentgesellschaften: Die Anpassungen dienen der Klärung von Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt. Unternehmen sind auch dann von der Konsolidierungspflicht befreit, wenn das übergeordnete Mutterunternehmen seine Tochtergesellschaften zum beizulegenden Zeitwert nach IFRS 10 bilanziert. Wenn ein Tochterunternehmen selbst die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt und Dienstleistungen erbringt, die sich auf die Anlagetätigkeit des Mutterunternehmens beziehen, ist es nicht zu konsolidieren. Wendet ein Investor, der nicht die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt, die Equity Methode auf ein assozi-

iertes Unternehmen oder ein joint venture an, so kann dieser die Bewertung zum beizulegenden Zeitpunkt beibehalten, die das Beteiligungsunternehmen auf seine Beteiligungen an Tochterunternehmen anwendet. Zudem hat das IASB in den Änderungsstandard aufgenommen, dass eine Investmentgesellschaft, die alle ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert bewertet, die nach IFRS 12 vorgeschriebenen Angaben zu Investmentgesellschaften, zu leisten hat. Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Änderungen zu IAS 27 – Einzelabschlüsse: Anwendung der Equity Methode im Einzelabschluss: Durch die Änderungen können Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen im IFRS-Einzelabschluss künftig auch nach der Equity Methode bilanziert werden. Damit stehen den Unternehmen alle bereits früher einmal bestehenden Optionen zur Einbeziehung derartiger Unternehmen in den Einzelabschluss, wie: die Einbeziehung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten, die Bewertung als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente gemäß IAS 39 bzw. IFRS 9 sowie die Einbeziehung mittels der Equity Methode offen. Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Änderungen zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses: Die Änderungen sollen es Unternehmen ermöglichen, ihren Abschluss durch gezielte Ermessensentscheidungen unternehmensspezifischer zu gestalten. Sie beinhalten im Wesentlichen eine Klarstellung, dass Anhangsangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt wesentlich ist. Dies gilt explizit auch dann, wenn ein IFRS eine Liste von Minimum-Angaben fordert. Die Musterstruktur des Anhangs wird gestrichen, um eine unternehmensspezifischere Gestaltung zu erleichtern und es wird klargestellt, dass es Unternehmen freisteht, an welcher Stelle des Anhangs Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert werden. Weiters beinhalten die Änderungen Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung und eine Klarstellung, dass Anteile am sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung getrennt nach Posten, die in Zukunft in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden oder nicht, darzustellen sind. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Änderungen zu IAS 16 – Sachanlagen und IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte: Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden. Mit der Änderung erfolgt eine Klarstellung hinsichtlich der Wahl von Methoden der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten. Prinzipiell hat die Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten derart zu erfolgen, dass sie den durch das Unternehmen erwarteten Verbrauch des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens, welcher durch den Vermögenswert generiert wird, widerspiegelt. Diesbezüglich hat das IASB nunmehr klargestellt, dass eine Abschreibung von Sachanlagen auf Basis von Umsatzerlösen, der durch sie hergestellten Güter, nicht dieser Vorgehensweise entspricht und somit nicht sachgerecht ist, da die Umsatzerlöse nicht nur vom Verbrauch des Vermögenswertes, sondern auch von weiteren Faktoren wie beispielsweise Absatzmenge, Preis oder Inflation abhängig sind. Grundsätzlich wird diese Klarstellung auch in IAS 38 für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer aufgenommen. Jedoch wird vom IASB in dieser Hinsicht zusätzlich eine widerlegbare Vermutung eingeführt. Demnach ist eine umsatzabhängige Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer in folgenden zwei Ausnahmefällen zulässig. Erstens, wenn sich der Wert des Vermögenswertes direkt durch den erwirtschafteten Umsatz ausdrücken lässt, oder zweitens, wenn nachgewiesen werden kann, dass zwischen den erzielten Umsatzerlösen und dem Werteverzehr des immateriellen Vermögenswertes eine starke Korrelation besteht. Es wird ausgeführt, dass Ausgangspunkt für die Bestimmung einer sachgerechten Abschreibungsmethode für immaterielle Vermögenswerte immer die Ermittlung des für die Nutzung maßgeblich einschränkenden Faktors ist. Seitens des IASB wurde auch darauf hingewiesen, dass eine andere Basis zu verwenden ist, sofern diese den Ver-

brauch des immateriellen Vermögenswertes besser darstellt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Änderungen zu IFRS 11 – Gemeinsame Vereinbarungen: Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit. Mit der Änderung wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese nicht im Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilserwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen, stattfinden. Der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2012-2014)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen - in Abhängigkeit von der jeweiligen Änderung prospektiv oder retrospektiv – anzuwenden. Die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen des IFRS 10 - Konzernabschlüsse und IAS 28 - Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures durch den IASB: Angepasst wurden die Regelungen bei Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder joint venture. Ursprünglich war der Erstanwendungszeitpunkt der 1. Jänner 2016. Der Erstanwendungszeitpunkt wurde vom IASB auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung bleibt jedoch erhalten. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IAS 7 – Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Es sind Angaben über die Änderungen jener finanziellen Verbindlichkeiten zu machen, deren Ein- und Auszahlungen in der Geldflussrechnung im cash flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Die geforderten Angaben können in Form einer Überleitungsrechnung der Bilanzposten dargestellt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IAS 12 – Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zur Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berücksichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Klarstellung zu IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden: Die Änderungen betreffen die Themen Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen, Lizenzen und Übergangserleichterungen für modifizierte bzw. abgeschlossene Verträge. Bei der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen wurde ausgeführt, dass zu prüfen ist, ob die Übertragung der Waren/Dienstleistungen einzeln geschieht, oder ob es sich um zusammengesetzte Posten handelt. Dabei ist der „Kontext des Vertrages“ zu berücksichtigen. Der zweite wesentliche Punkt bei der Klarstellung zu IFRS 15 bezieht sich auf die Einschätzung des Unternehmens, inwieweit es als Prinzipal oder als Agent gegenüber anderen Parteien auftritt. Dabei ist zu beachten, ob das Unternehmen die Waren/Dienstleistungen beherrscht. Bei der Gewährung von Lizenzen ist festzustellen, ob diese zu einem Zeitpunkt oder über einen Zeitraum gewährt werden. Das IASB hat zur Klarstellung die Anwendungsleitlinien ausgeweitet. Bezüglich des Übergangs auf IFRS 15 wurden zusätzlich zwei optional anzuwendende Erleichterungen definiert. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 2 – Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung: Bezüglich der Bilanzierung von IFRS 2 Sachverhalten wurden verschiedene Anfragen zu Klarstellungen beim IASB und beim IFRS Interpretations Committee eingebracht, welche gesammelt in einem Projekt abgehandelt wurden. Bisher hatte es lediglich Leitlinien zu in Eigenkapitaltiteln erfüllten Vergütungen gegeben. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Vorschriften zu in bar erfüllten Vergütungen aufgenommen. Dadurch wird klargestellt, dass die Bewertungsvorschriften nach IFRS 2 für beide Arten von anteilsbasierten Vergütungen gelten. Des Weiteren gibt es eine Änderung bei der Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungen als in Eigenkapitaltitel erfüllt. Dabei wird geregelt, dass auch die Bezahlung des Steuereinhalts als in Eigenkapitaltitel erfüllt zu klassifizieren ist, wenn die anteilsbasierte Vergütung dementsprechend klassifiziert wird. Zusätzlich wurden Regelungen aufgenommen, wie bei einem Wechsel, von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu einer Erfüllung durch Eigenkapitalinstrumente aufgrund von Änderungen der Vereinbarung, vorzugehen ist. Bis dato war dieser Sachverhalt nicht geregelt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 4 – Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge: Mit dieser Anpassung wird der möglichen Problematik der Anwendung von IFRS 9 für Versicherungsunternehmen bis zur Anwendung des künftigen Standards für Versicherungsverträge (IFRS 17) Rechnung getragen. Es kommen zwei optionale Ansätze zur Anwendung. Entweder werden die Volatilitäten welche aufgrund der Anwendung von IFRS 9 entstehen im OCI statt in der GuV erfasst oder Versicherungsunternehmen wenden weiterhin IAS 39 an, bis der neue Versicherungsstandard anzuwenden ist. Erstanwendung ist im Geschäftsjahr, das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IAS 40 – Übertragung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien: Die Änderungen schlagen Leitlinien vor, wann ein Vermögensgegenstand zwischen den Kategorien des Vorratsvermögens und der als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wechselt. So wird u.a. klargestellt, dass eine beabsichtigte Nutzungsänderung seitens der Unternehmensleitung nicht ausreicht, um eine Nutzungsänderung gem. IAS 40 zu argumentieren. Vielmehr hat eine tatsächliche Nutzungsänderung vorzuliegen, damit eine Übertragung auf oder von der Kategorie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien erfolgt. Die Liste der Änderungssachverhalte ist als nicht abschließend anzusehen. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an drei Standards vorgenommen. Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen sowie Änderungen, welche eine gänzliche Über-

arbeitung eines Standards nicht erforderlich machen. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die neuen Regelungen sind bezüglich IFRS 1 und IAS 28 verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen und für IFRS 12 für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 9 – Finanzinstrumente: Im Juli 2014 wurde die endgültige Version von IFRS 9 veröffentlicht. Der Standard ist mit 1. Jänner 2018 erstmalig verpflichtend anzuwenden. Das Projekt zur Umsetzung von IFRS 9 wird im immigon Konzern auch vom Ausmaß der nach dem Abbau verbleibenden Vermögenswerten abhängen und im ersten Halbjahr 2017 gestartet.

Klassifizierung und Erfassung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum fair value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen (SPPI-Kriterium) und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe der zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte.

Im Rahmen der Einführung von IFRS 9 hat ein Unternehmen die Eigenschaften der Geschäftsmodelle, in denen finanzielle Vermögenswerte gehalten werden, zu beurteilen. Dabei unterscheidet der Standard zwischen den Geschäftsmodellen hold, hold to collect and sale und other. Aufgrund der Abbaustrategien, die im immigon Konzern für die diversen Teilportfolien vorgegeben sind, können Finanzinstrumente im Wesentlichen ausschließlich dem Geschäftsmodell other zugeordnet werden. Die diesem Geschäftsmodell zugeordneten Finanzinstrumente werden infolge zum fair value über die Gewinn- und Verlustrechnung bewertet (FVTPL). Derzeit wird beurteilt, ob im Bereich des run-downs der VB Leasing International-Gruppe das Geschäftsmodell hold to collect and sale zur Anwendung kommen kann. Daher würden die diesem Geschäftsmodell zugeordneten Finanzinstrumente erfolgsneutral zum fair value über das OCI bewertet werden.

Nach derzeitigem Planungsstand sollte der Bestand an Kreditforderungen bzw. der Wertpapierbestand zur Liquiditätsvorsorge so gering sein, dass der potenzielle fair value Effekt durch Umstellung der Bewertung von amortized cost auf fair value zum Erstanwendungszeitpunkt des IFRS 9 im immigon Konzern unwesentlich sein sollte.

Derivative Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente werden nach IFRS 9 ebenfalls erfolgswirksam zum fair value bewertet. Über die Ausübung der Option, Eigenkapitalinstrumente zum fair value über das OCI zu bewerten (OCI Option), wird erst im Laufe des Jahres 2017 entschieden.

Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern auch bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat, oder nicht. Liegt eine Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, so sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit (lifetime expected credit loss) zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf

Monate resultieren. Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen. Für diese Vermögenswerte müssen (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente) bzw. dürfen (Forderungen mit wesentlicher Finanzierungskomponente und Leasingforderungen) bereits bei Zugang sämtliche erwarteten Verluste berücksichtigt werden.

Für die Ermittlung der erwarteten Kreditausfälle über die Gesamtlaufzeit (lifetime expected credit losses) wird die Ausfallswahrscheinlichkeit über die gesamte Laufzeit (lifetime probability of default) benötigt. Durch die Anwendung der neuen Berechnungslogik des ECL nach IFRS 9 ist aufgrund der oben beschriebenen Abbaumaßnahmen mit keinem signifikanten zusätzlichen Kapitalbedarf mehr zu rechnen.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Der Standard IFRS 9 sieht Änderungen an den Regelungen zu hedge accounting vor, nach denen sich die Beurteilung der Sicherungsbeziehungen stärker an der ökonomischen Risikosteuerung des Unternehmens orientiert. Da der immigon Konzern im Geschäftsjahr 2016 das hedge accounting beendet hat, wird diesbezüglich ab 1.1.2018 durch die Erstanwendung von IFRS 9 keine Anpassung erforderlich sein.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: IFRS 15 ist auf Umsatzerlöse aus Kundenverträgen anzuwenden und wird die bisher geltenden Standards IAS 11 und IAS 18 ersetzen. IFRS 15 ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die immigon als Abbaugesellschaft schließt keine neuen Kundenverträge ab. Bereits bestehende Kundenverträge unterliegen aktiven Abbaumaßnahmen. In der immigon werden derzeit Vorbereitungen zur Vertragsanalyse geschaffen. IFRS 15 sieht ein prinzipienorientiertes fünfstufiges Modell vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend wird der Transaktionspreis bestimmt und auf die Leistungsverpflichtungen des Vertrages aufgeteilt. Die Umsatzerlöse sind dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Dienstleistungen hat. Dies kann entweder zeitraum- oder zeitpunktbezogen erfolgen. Die Übertragung der Chancen und Risiken ist nicht mehr entscheidend. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten.

Zinserträge und Dividenden aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, für die bisher IAS 18 anzuwenden war, werden von IFRS 15 nur mehr eingeschränkt erfasst. Auf Entgelte für Finanzdienstleistungen sind die Regelungen gemäß IFRS 9 bzw. IAS 39 anzuwenden, sofern diese einen integralen Bestandteil des Effektivzinses darstellen. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine Auswirkungen zur bisherigen Vorgehensweise. Aus diesem Grund ist für den immigon Konzern insbesondere die Abgrenzung der Erlöse gemäß IFRS 15 von Erträgen aus Finanzinstrumenten, die unter IFRS 9 fallen, sowie von Erträgen aus Leasingverhältnissen nach IFRS 16 bzw. IAS 17 von Bedeutung. In den Anwendungsbereich des IFRS 15 können Provisionen und Gebühren fallen. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 18 umfangreicher sein. Für die Erträge aus Finanzdienstleistungen nach IAS 39 bzw. IFRS 9 gelten jedoch weiterhin Angabevorschriften gemäß IFRS 7 Finanzinstrumente. Es ist davon auszugehen, dass die Anwendung des Standards, im Vergleich zur bisherigen Vorgehensweise, zu keinen wesentlichen Änderungen der Erlösrealisierung führen wird.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 16 - Leasingverhältnisse: Der immigon-Konzern beurteilt derzeit die potenziellen Auswirkungen von IFRS 16 auf den Konzernabschluss. IFRS 16 wird mit 1. Jänner 2019 wirksam und ersetzt den bisherigen Standard IAS 17. Geschäftsfälle, die der Anwendung von IFRS 16 unterliegen, betreffen im immigon-Konzern KFZ Leasingverträge. Eine Quantifizierung und Detailerhebung erfolgt im ersten Halbjahr 2017. Eine wesentliche Änderung betrifft die Abbildung der operating lease Verträge beim Leasingnehmer, da Vermögenswerte und Schulden aus operativen Leasingverhältnissen

nun zu erfassen sein werden. Es besteht das Wahlrecht für operative Leasingvereinbarungen, die eine Laufzeit von nicht mehr als 12 Monaten aufweisen, sowie für jene, deren zugrunde liegender Vermögenswert von geringem Wert ist, als Aufwand zu erfassen. Ob eine der praktischen Erleichterungen genutzt wird, die nach IFRS 16 möglich sind, wurde noch nicht festgelegt. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 17 umfangreicher sein. Auf die Finanzierungsleasing-Verhältnisse werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten: wurde als Interim Standard veröffentlicht, der eine Zwischenlösung darstellt, bis sich das IASB im Rahmen des Projekts Rate-regulated activities auf die Bilanzierung des Sachverhaltes geeinigt hat. Durch die Regelungen des Standards wird es Unternehmen, die erstmals einen IFRS-Abschluss gemäß IFRS 1 aufstellen, ermöglicht, sogenannte regulatorische Abgrenzungsposten, die sie unter Geltung ihrer bisherigen nationalen Rechnungslegungsvorschriften im Zusammenhang mit preisregulierten Tätigkeiten angesetzt haben, im IFRS Abschluss beizubehalten und weiterhin nach den bisherigen Rechnungslegungsmethoden zu bilanzieren. Hierdurch soll betroffenen Unternehmen ein Übergang auf IFRS erleichtert werden. Die Anwendung der Regelung ist allerdings explizit nur für IFRS-Erstanwender vorgesehen; bereits nach IFRS bilanzierende Unternehmen sind von der Anwendung ausgenommen. Die Bestimmungen haben keine Auswirkungen auf den immigon Konzern, da die immigon kein IFRS-Erstanwender ist.

IFRIC 22 - Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen ist eine Interpretation zu IAS 21 Auswirkungen von Wechselkursänderungen: Bei der Interpretation wird klargestellt, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, wenn das Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, welche aus einer im Voraus geleisteten Zahlung/Erhalt einer Gegenleistung entsteht, bevor das Unternehmen den zugehörigen Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand erfasst. Dabei ist grundsätzlich der Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung des nicht monetären Vermögenswertes bzw. der nicht monetären Schuld ausschlaggebend. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den immigon Konzern haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.

- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.
- Bei verlusttragenden Eigenmittelinstrumenten wird der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig angepasst. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird die aktuellste Planung zu Grunde gelegt.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

Aufgrund der Verlustsituation im Einzelabschluss der ÖVAG im Geschäftsjahr 2014 wurden aufsichtsrechtliche Ordnungsnormen verletzt. Für mögliche Pönalezahlungen wurden nach rechtlicher Analyse im Vorjahr und im Berichtsjahr keine Vorsorgen gebildet.

Es wurden in der immigon keine neuen Vorsorgen für die Verletzung von aufsichtsrechtlichen Normen im Jahr 2016 dotiert.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2016 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der immigon direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Die Quotenkonsolidierung wird im immigon Konzernabschluss nicht angewendet. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseleinminierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs, noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus operating lease Verträgen und investment property Vermögenswerten sowie Abschreibungen von operating lease Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3 I)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten, bis zum Übertrag der Derivate in das Bankbuch im vierten Quartal 2016, erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst. Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, da eine Saldierung besser den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle widerspiegelt.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden in Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten**Erfassung**

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an den cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstruments. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zu-

sammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten, wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Im Kapitel 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Konzerns.

Da die immigon als Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr betreibt, wurde entschieden, die Derivate des Handelsbuches in das Bankbuch zu übertragen. Die Übertragung erfolgte im vierten Quartal 2016. Daher werden alle Marktwerte von Derivaten nunmehr in den sonstigen Aktiva bzw. sonstigen Passiva (bisher Handelsaktiva und Handelspassiva) ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Bewertung der Derivate werden seit der Übertragung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen (bisher Handelsergebnis) dargestellt.

Um die Abbauvorgaben effizient umzusetzen, wird unter anderem eine Verminderung von Komplexitäten in allen Bereichen angestrebt. Da aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus eine Absicherung der noch bestehenden Geschäfte nicht mehr für notwendig erachtet wird, wurde beschlossen das hedge accounting auf Ebene der immigon portfolioabbau ag per 30. September 2016 zu beenden. Die bis zur Beendigung des hedge accounting aktivierten bzw. passivierten Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert.

Es bestehen nach Beendigung des hedge accounting auf Ebene der immigon portfolioabbau ag ökonomische Hedges aus Derivaten, welche im Wesentlichen zur Absicherung der eigenen Emissionen dienen. Dabei handelt es sich um jene Sicherungsbeziehungen, die ursprünglich als bilanzielle Sicherungsbeziehungen im Rahmen des hedge accounting gewidmet waren. Ökonomisch werden diese bis zum Abbau des entsprechenden Grundgeschäfts fortgeführt. Im Rahmen der Rückkäufe der Emissionen werden auch die Sicherungsbeziehungen angepasst bzw. die Sicherungsinstrumente abgebaut. Es erfolgt im Risikomanagement kein darüber hinausgehendes monitoring oder Management dieser ökonomischen Sicherungsbeziehungen.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Finanzierungsleasing

Der Konzern betreibt Finanzierungsleasing sowohl für Immobilien als auch für bewegliche Güter. Dabei ist der Konzern Leasinggeber von einem Leasingobjekt, bei dem die Risiken und Chancen zum Großteil auf den Leasingnehmer übergehen und somit dieser der Eigentümer des Leasinggutes ist. Diese Geschäfte werden in den Forderungen ausgewiesen. Dabei wird statt des Leasingvermögens der Barwert der zukünftigen Zahlungen unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte ausgewiesen.

Die Immobilienleasingverträge weisen in 2016 Laufzeiten von 15 bis 20 Jahren auf, Mobilienleasing im Retailbereich im Wesentlichen Laufzeiten zwischen 3 bis 6 Jahren. Der Außenzinssatz der Leasingvereinbarungen wird im Zeitpunkt des Abschlusses der Leasingverträge für die gesamte Leasingdauer fixiert. Aufgrund von Zinsanpassungsklauseln kann der Außenzinssatz an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst werden.

o) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details verweisen wir auf das Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden Wertpapiere ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden. Im vierten Quartal 2016 wurden alle Derivate in das Bankbuch übertragen, wodurch diese nicht mehr Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva sind.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividendenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

At fair value through profit or loss

Es werden einige Wertpapiere in diese Kategorie gewidmet und die Marktwertänderungen dieser Wertpapiere werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wie bereits im Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten näher beschrieben.

Available for sale

Dieser Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Aufgrund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Aktien, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Einige Finanzinstrumente werden mittels anerkannten wirtschaftlichen Methoden bewertet und entsprechend der Qualität der Inputparameter den jeweiligen Levels der Bewertungshierarchie zugeordnet – siehe Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Note 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notieren und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt

oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Da im Geschäftsjahr 2015 wesentliche Teile des held to maturity Portfolios verkauft wurden, erfolgte eine Umwidmung aller verbleibenden held to maturity Finanzinvestitionen in die Kategorie available for sale.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Bei Grundstücken und Gebäuden erfolgt die jährliche Bewertung im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die bei vermieteten Liegenschaften anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für unbebaute Grundstücke werden keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet, hier werden Vergleichswertverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien-Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. Als unabhängige Gutachter der ausländischen investment properties wurde Cushman & Wakefield und Jones Lang LaSalle beauftragt. In Österreich gab es aufgrund der durchgeführten Abbaumaßnahmen keinen Bestand an investment properties per 31. Dezember 2016. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen Bestandsnehmern und sind auch aufgrund der geografischen Streuung unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit von bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Werts erfolgt

durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen des Unternehmens grundsätzlich mittels der discounted cash flow Methode bzw. discounted earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Marktdaten abgeleitet. Sollten – insbesondere für die Bewertung von Minderheitsanteilen – nicht ausreichend Informationen für eine discounted cash flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen. Bei der Ermittlung der beizulegenden Werte werden Anpassungen der Bewertungsparameter für Illiquidität und Modellrisiken vorgenommen. Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Werte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Wert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital. Bei der Bewertung der Beteiligungen wurden weiters konkrete Abbauvorgaben und die Einschätzung erzielbarer Veräußerungspreise berücksichtigt.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment Test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Leasinggegenstände, die dem operating lease dienen, werden dem Konzern zugerechnet und unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbrauch und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

Die Mietverträge für operating lease Vermögenswerte haben eine durchschnittliche Laufzeit von 4 Jahren und betreffen im Wesentlichen Fahrzeuge. Der Leasingnehmer kann den Vertrag vorzeitig kündigen; eine Übernahme des Leasingobjekts nach Vertragsbeendigung (auch bei vorzeitiger Kündigung) durch den Leasingnehmer ist ausgeschlossen.

Die Leasingerlöse von operating lease Vermögenswerten werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und gemeinsam mit den Abschreibungen in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderen auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

Ein langfristiger Vermögenswert (oder eine Veräußerungsgruppe) ist als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird.

Damit dies der Fall ist, muss der Vermögenswert (die Veräußerungsgruppe) im gegenwärtigen Zustand zu Bedingungen, die für den Verkauf derartiger Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen) gängig und üblich sind, sofort veräußerbar sein und eine solche Veräußerung muss höchstwahrscheinlich sein.

Diese Kriterien sind dann erfüllt, wenn die notwendigen Gremialbeschlüsse vorliegen, die Vermögenswerte ohne wesentlicher Modifikation oder Umstrukturierung verkauft werden können, mit der Vermarktung der Vermögenswerte begonnen wurde und zum Bilanzstichtag entweder ein verbindliches Angebot oder bereits ein unterschriebener Vertrag vorliegen und das Closing innerhalb von 12 Monaten erwartet wird. Vorzeitig, direkt durch den Schuldner getilgte Kredite, erfüllen, auch wenn die vorzeitige Tilgung durch einen Abschlag auf den Kreditbetrag von der immigon initiiert wurde, nicht die Definition einer Verkaufstransaktion.

Eine Veräußerungsgruppe umfasst zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, andere Vermögenswerte und Schulden, die zusammen in einer einzigen Transaktion verkauft werden. Nicht zur Abgangsgruppe gehören daher jene Verbindlichkeiten, welche mit dem Erlös aus dem Verkauf der Abgangsgruppe getilgt aber nicht übertragen werden.

Ein aufgegebenen Geschäftsbereich ist ein Unternehmensbestandteil, der bereits veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wird und einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geographischen Geschäftsbereich darstellt, Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines wesentlichen Geschäftszweigs oder geographischen Geschäftsbereichs ist, oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich mit der Absicht der Wiederveräußerung erworben wurde.

Im Konzern stellt ein aufgegebenen Geschäftsbereich ein berichtspflichtiges Segment dar. Auch ein wesentlicher Geschäftszweig oder ein geographischer Geschäftsbereich, der an den Vorstand berichtet wird und einen bedeutenden Effekt auf die finanzielle Situation des Konzerns hat, wird bei Vorliegen aller Voraussetzungen als aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einem einzelnen Land ein, handelt es sich nur dann um einen aufgegebenen Geschäftsbereich, wenn bestimmte Größenkriterien überschritten sind. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einer ganzen Region ein, dann handelt es sich unabhängig von den oben dargestellten Größenkriterien immer um einen aufgegebenen Geschäftsbereich. Um eine Region handelt es sich dann, wenn diese gesondert im Geschäftsbericht in der Regionalverteilung der Gesamtforderungen auf die strategischen Geschäftsfelder dargestellt wird.

Nach der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten sind langfristige Vermögenswerte oder Vermögensgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen. Wertminderungsaufwendungen werden ergebniswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen und zugehörige Verbindlichkeiten, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dargestellt.

Für einen aufgegebenen Geschäftsbereich ist in der Gesamtergebnisrechnung das Ergebnis nach Steuern des aufgegebenen Geschäftsbereichs und das Ergebnis nach Steuern, das bei der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder bei der Veräußerung der Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die den aufgegebenen Geschäftsbereich darstellen, zu erfassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres ist entsprechend anzupassen.

x) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

y) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der immigon Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel

verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im immigon Konzern. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im immigon Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf Pensionskassen übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt sind. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentrationen sind nicht zu erblicken.

Die Pensionskassen haben für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

Gemäß diesem Prozess wird in der Valida Pension AG einmal im Jahr ausgehend von der passivseitigen Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG), die sich wiederum aus der Bilanz ergibt, die Risikotragfähigkeit der VRG evaluiert. Von dieser Risikotragfähigkeit wird die Veranlagungsstruktur der VRG abgeleitet. Bei der Definition der Veranlagungsstruktur werden definierte und dokumentierte Wünsche des Kunden mitberücksichtigt. Die definierte Veranlagungsstruktur wird in der VRG 40, in der die rückgestellten Beträge der immigon veranlagt werden, mit einem Konzept-Investment umgesetzt. Dies bedeutet, dass die Gewichtung von vordefinierten Asset-Klassen im Rahmen von Bandbreiten nach objektiven Kriterien erfolgt, die sich aus Markttrends ableiten lassen. In Stressphasen wird zudem eine Absicherung der Aktienkomponente vorgenommen.

In der BONUS Pensionskasse Aktiengesellschaft wird das Risiko auf der Ebene einer VRG durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Beide Pensionskassen erfüllen im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichten regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2016	2015	2014	2013	2012
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,20 %	1,60 %	1,60 %	3,00 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	n.a.	2,00 %	2,00 %	3,00 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung run-down	0,00 %	0,50 %	n.a.	n.a.	n.a.
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	n.a.	2,00 %	1,80 %	3,00 %	3,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung run-down	0,00 %	0,50 %	n.a.	n.a.	n.a.
Zinssatz Planvermögen	1,20 %	1,60 %	1,60 %	3,00 %	3,00 %
Künftige Gehaltssteigerungen	2,50 %	3,00 %	3,50 %	3,50 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	1,50 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine	keine

Alle Dienstverhältnisse zum Stichtag 31. Dezember 2016 bestehen in run-down Gesellschaften. Es wird unterstellt, dass alle Dienstverhältnisse mit 31. Dezember 2018 bzw. 31. Dezember 2019 beendet werden.

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet. Da der Rückstellungsbedarf für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, unwesentlich ist, wird auf eine Anpassung der Parameter und biometrischen Grundwerte auf die Verhältnisse in den Ländern dieser Tochtergesellschaften verzichtet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, wurden die lokal üblichen Alterspensionsgrenzen für die Berechnung herangezogen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

z) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Rechtsrisiken werden zudem Annahmen über die Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, die Verfahrens- und Verhandlungsdauer und die Erfolgsaussichten getroffen. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird seit 2016 vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen sowie Risiken aus Immobilienprojekten. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

aa) Sonstige Passiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

bb) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet. Bei verlusttragenden Instrumenten ist der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig anzupassen. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird bei den Ergänzungskapitalanleihen die aktuellste Planung zu Grunde gelegt. Für Instrumente, die nach lokalem Recht Eigenkapital darstellen und daher von der Kapitalherabsetzung betroffen sind, wird der Kurs nach Kapitalherabsetzung verwendet. Sind die zukünftigen cash flows nicht verlässlich bestimmbar, werden der Bewertung gemäß IAS 39.9 die vertraglichen cash flows über die gesamte Laufzeit zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem ursprünglich passivierten Betrag und dem so berechneten Barwert wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt. Die Effektivverzinsung wird im Zinsaufwand erfasst.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt werden.

cc) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierten Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im immigon Konzern. Das Kapitalmanagement richtet sich nicht mehr an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen einer Bank aus, sondern wurde den Bedürfnissen der Abbaugesellschaft angepasst. Sämtliche Entscheidungen in den Abbauportfolien sowie die Beurteilung einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung unterliegen aber weiterhin grundsätzlich einem banküblichen Risikomanagement.

Die Hauptziele des Kapital- und Risikomanagements bestehen in der Umsetzung des Abbauauftrags unter möglicher Schonung des Eigenkapitals. Abbauentscheidungen berücksichtigen daher die Auswirkungen konkreter Umsetzungen auf die Kapitalsituation der immigon, auch in einer prospektiven Sichtweise. Den erwarteten Verlusten aus Abbaumaß-

nahmen wird durch eine Vorsorge Rechnung getragen. Die Eigenkapitalposition des Mutterunternehmens wird täglich im Vergleich zu Planwerten beobachtet.

dd) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

ee) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ff) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

gg) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

hh) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird, oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

ii) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit

oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	71.255	238.479
Zinsen und ähnliche Erträge aus	63.573	222.352
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	846	22.317
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	38.505	97.848
Festverzinslichen Wertpapieren	2.873	40.575
Derivaten des Bankbuches	21.349	61.612
Laufende Erträge aus	2.965	3.128
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	243	734
Sonstigen verbundenen Unternehmen	2.131	888
Sonstigen Beteiligungen	592	1.505
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	4.717	12.999
Mietträge investment property	2.492	8.817
Erträge von operating lease Verträgen	2.225	4.182
Mietträge	11.609	15.315
Abschreibungen	-9.384	-11.133
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-51.223	-145.942
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-5.783	-21.353
Einlagen von Kunden	-10.768	-37.484
Verbrieften Verbindlichkeiten	-18.072	-58.927
Nachrangkapital	-16.114	-27.921
Derivaten des Bankbuches	-487	-257
Zinsüberschuss	20.031	92.537

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	71.255	238.479
Zinsen und ähnliche Erträge aus	63.573	222.352
Finanziellen Vermögenswerten at fair value through profit or loss	0	384
Derivaten des Bankbuches	21.349	61.612
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	42.223	160.356
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	2.873	34.789
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	39.351	121.353
Hievon Finanzierungsleasing	23.054	54.983
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	463	751
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	0	4.215
Laufende Erträge aus	2.965	3.128
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	2.965	3.128
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	4.717	12.999
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-51.223	-145.942
Derivaten des Bankbuches	-487	-257
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-50.737	-145.685
Zinsüberschuss	20.031	92.537

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2016	2015
Zuführung zu Risikovorsorgen	-28.126	-39.203
Auflösung von Risikovorsorgen	33.336	41.287
Zuführung zu Risikorückstellungen	0	-5.545
Auflösung von Risikorückstellungen	5.374	10.299
Direktabschreibungen von Forderungen	-5.460	-19.102
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	1.128	2.916
Risikovorsorge	6.251	-9.347

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2016	2015
Provisionserträge	3.549	44.069
aus dem Kreditgeschäft	3.187	7.236
aus dem Wertpapiergeschäft	0	33.556
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	30	2.304
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	332	972
Provisionsaufwendungen	-10.168	-34.465
aus dem Kreditgeschäft	-9.676	-17.333
aus dem Wertpapiergeschäft	-395	-16.352
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-81	-594
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-15	-186
Provisionsüberschuss	-6.619	9.604

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Des Weiteren sind im Provisionsüberschuss keine Provisionserträge aus der Verwaltung von Treuhandverträgen erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2016	2015
Aktienbezogene Geschäfte	5.699	-1.024
Währungsbezogene Geschäfte	2.084	2.544
Zinsbezogene Geschäfte	564	2.673
Handelsergebnis	8.347	4.193

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2016	2015
Personalaufwand	-18.380	-73.139
Löhne und Gehälter	-17.741	-53.163
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-3.133	-13.410
Freiwilliger Sozialaufwand	-393	-1.609
Aufwand für Altersvorsorge	-5.245	-4.206
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	8.133	-751
Sachaufwand	-32.509	-77.901
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-327	-6.246
planmäßig (-)	-446	-4.622
außerplanmäßig (-)	119	-1.624
Verwaltungsaufwand	-51.216	-157.286

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne in Höhe von EUR 1.491 Tsd. (2015: EUR 979 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 1.247 Tsd. (2015: EUR 2.713 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 1.364 Tsd. (2015: EUR 2.023 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.117 Tsd. (2015: EUR 1.830 Tsd.) auf die Prüfung des Konzernabschlusses sowie von Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 226 Tsd. (2015: EUR 141 Tsd.) auf andere Beratungsleistungen und EUR 21 Tsd. (2015: EUR 51 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2016	2015
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	55	86
Vorstandsmitglieder	1.073	1.834
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	346	535
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	-1.140	1.199
hieron für beitragsorientierte Versorgungspläne	142	211

Im Geschäftsjahr 2016 konnten Rückstellungen für Vorstandsmitglieder aufgelöst werden, was zu einem Ertrag im Personalaufwand führte.

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der immigon.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“, aus den Altverträgen wurden gewisse Regelungen übernommen. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors und Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
Inland	141	664	111	215
Ausland	94	227	82	162
Mitarbeiter gesamt	235	891	193	377

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	41.682	441.414
Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen	2.828	2.939
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-70.349	-100.188
Sonstige Steuern	-795	-6.602
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-26.634	337.563

Das Ergebnis aus der Anpassung des Buchwertes des PS 2008 und der Ergänzungskapitalanleihe gemäß IAS 39 AG 8 beträgt für die Berichtsperiode EUR -16.181 Tsd. (2015: EUR -11.609 Tsd.). Aus den in 2016 durchgeführten Rückkaufprogrammen von Emissionen wurde ein deutlich unter dem Vorjahreswert liegendes Gesamtergebnis in Höhe von EUR -5.999 Tsd. (2015: EUR 364.422 Tsd.) erzielt.

Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert in Höhe von EUR 4.138 Tsd. (2015: EUR 99.304 Tsd.) im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen, da eine Saldierung den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle besser widerspiegelt.

Im Geschäftsjahr 2016 wird im Entkonsolidierungsergebnis das Ergebnis aus dem Verkauf von sechs Gesellschaften der VB Real Estate Services Gruppe und dem Verkauf der VB Factoring dargestellt. Weiters wird im sonstigen betrieblichen Aufwand die Bewertung von IFRS 5 Vermögensgruppen in Höhe von EUR -6.145 Tsd. (2015: EUR -18.451 Tsd.) ausgewiesen.

In den sonstigen Steuern wird die Bankenabgabe in Höhe von EUR 0 Tsd. (2015: EUR 5.373 Tsd.) erfasst.

Im Geschäftsjahr 2016 sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Leerstellungskosten aus investment property Vermögenswerten in unwesentlichem Ausmaß enthalten.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2016	2015
Ergebnis aus Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-628	1.220
Bewertung Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-628	1.220
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	233
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-628	986
Ergebnis aus fair value hedges	-4.054	-11.897
Bewertung Grundgeschäfte	3.575	14.689
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-403	407
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	-51.415
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	4.279	27.386
Verbriefte Verbindlichkeiten	-876	38.312
Nachrangkapital	575	0
Bewertung Derivate	-7.629	-26.586
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-4.471	1.772
aktienbezogen	1.497	0
währungsbezogen	-29	6.772
zinsbezogen	-6.053	-10.404
kreditbezogen	114	1.693
sonstige	0	3.710
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	527	-61.873
realisierte Gewinne / Verluste	7.731	19.145
Zuschreibungen	171	336
Abschreibungen (impairments)	-7.374	-81.354
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	0	40
realisierte Gewinne / Verluste	0	50
Abschreibungen (impairments)	0	-10
Ergebnis aus held to maturity Finanzinvestitionen	0	2.549
realisierte Gewinne / Verluste	0	2.550
Abschreibungen (impairments)	0	-1
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	4.706	2.990
realisierte Gewinne / Verluste	-3.535	-1.390
Wertveränderungen investment property	8.241	4.381
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-3.920	-65.199

Im Geschäftsjahr 2016 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 3.967 Tsd. (2015: EUR 19.283 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2016	2015
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-912	-4.526
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-628	1.220
Fair value hedges	-4.054	-11.897
Sonstige Derivate Bankbuch	-4.471	1.772
Investment property Vermögenswerte	8.241	4.381
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-3.007	-60.674
realisierte Gewinne / Verluste	4.196	20.355
Available for sale Finanzinvestitionen	7.731	19.145
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	50
Held to maturity Finanzinvestitionen	0	2.550
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	-3.535	-1.390
Zuschreibungen	171	336
Available for sale Finanzinvestitionen	171	336
Abschreibungen (impairments)	-7.374	-81.365
Available for sale Finanzinvestitionen	-7.374	-81.354
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	-10
Held to maturity Finanzinvestitionen	0	-1
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-3.920	-65.199

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Steuern vom Einkommen	-2.765	-10.846
Latente Steuern vom Einkommen	1.868	7.310
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	-897	-3.536
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	-2.777	-3.639
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	-2.777	-3.639
Steuern vom Einkommen	-3.674	-7.175

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand.

EUR Tsd.	2016	2015
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	-47.497	214.442
Jahresergebnis vor Steuern - aufgegebenen Geschäftsbereich	0	-11.639
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	-47.497	202.803
Errechneter Steueraufwand 25 %	-11.874	50.701
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-7.635	-2.905
aus Investitionsbegünstigungen	0	867
aus sonstigen steuerbefreiten Erträgen	0	-32
aus Auflösung unversteuerter Rücklage	0	13.380
aus Beteiligungsbewertungen	-7.059	-10.158
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	763	-4.018
aus Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	3.363	2.526
aus Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	18.727	41.471
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-360	-15.613
aus Steuersatzänderungen	120	81
aus abweichenden Steuersätzen Ausland	-1.041	-2.541
aus sonstigen Unterschieden	5.893	-70.223
Ausgewiesene Ertragsteuern	897	3.536
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	-1,89 %	1,65 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-1,89 %	1,74 %

Durch die hohen Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern bzw. den Nichtansatz von aktiven latenten Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorräte weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

Die Steuersatzänderungen resultieren zum Großteil aus Änderungen in Slowenien (2015: in Ungarn).

EUR Tsd.	Ergebnis vor Steuern	2016 Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	2015 Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	4.061	-1.034	3.027	6.923	-1.748	5.175
Währungsrücklage	104	0	104	-4.429	0	-4.429
Available for sale Rücklage	39.396	-51	39.345	-22.202	5.317	-16.885
Hedging Rücklage	15	-3	13	594	-130	464
Veränderung latenter Steuern auf unversteuerte Rücklagen	0	6	6	0	13.540	13.540
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	-689	0	-689	12.165	347	12.512
Summe sonstiges Ergebnis	42.889	-1.082	41.807	-6.948	17.325	10.377

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	5	9
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.203.405	1.269.821
Barreserve	1.203.409	1.269.829

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 182.028 Tsd. (2015: EUR 453.253 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	38.115	114.772
bis 3 Monate	62.279	205.572
bis 1 Jahr	29.722	40.737
bis 5 Jahre	2.217	33.651
über 5 Jahre	49.694	58.522
Forderungen an Kreditinstitute	182.028	453.253

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 564.511 Tsd. (2015: EUR 1.109.225 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	14.736	185.936
bis 3 Monate	35.693	95.894
bis 1 Jahr	88.804	195.674
bis 5 Jahre	318.040	514.277
über 5 Jahre	107.237	117.446
Forderungen an Kunden	564.511	1.109.225

Angaben zum Leasinggeschäft

EUR Tsd.	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
2016				
Bruttoinvestitionswert	106.450	144.204	54.586	305.240
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	0	-72	-644	-716
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-12.223	-16.591	-10.140	-38.954
Nettoinvestitionswert	94.227	127.541	43.801	265.570
Nicht garantierte Restwerte				0
2015				
Bruttoinvestitionswert	162.463	272.878	83.814	519.155
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	-1.332	-65	-788	-2.185
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-20.966	-30.643	-12.179	-63.788
Nettoinvestitionswert	140.165	242.171	70.847	453.182
Nicht garantierte Restwerte				0

Der Nettoinvestitionswert ist in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten enthalten. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem fair value der Finanzierungsleasinggeschäfte, da den Verträgen variable Zinssätze zugrunde liegen.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2015	703	402.247	7.178	410.128
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-99.924	-3.068	-102.992
Währungsumrechnung	0	1.028	2	1.029
Umgliederungen	0	64.011	0	64.011
Barwerteffekt	0	-751	0	-751
Verbrauch	0	-155.394	0	-155.394
Auflösung	0	-39.894	-1.393	-41.287
Zuführung	0	39.203	0	39.203
Stand am 31.12.2015	703	210.525	2.719	213.947
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-7.444	0	-7.444
Währungsumrechnung	0	17	2	19
Umgliederungen	0	-18.365	0	-18.365
Barwerteffekt	0	-463	0	-463
Verbrauch	-52	-69.937	0	-69.989
Auflösung	-651	-31.326	-1.358	-33.336
Zuführung	0	28.126	0	28.126
Stand am 31.12.2016	0	111.132	1.363	112.496

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 61.301 Tsd. (2015: EUR 147.773 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 1.014 Tsd. (2015: EUR 3.728 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind neben Umgruppierungen von Rückstellungen auch Umgliederungen in die Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.369	118.472
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.086	1.316
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0	408.595
aktienbezogene Geschäfte	0	15.144
währungsbezogene Geschäfte	0	386
zinsbezogene Geschäfte	0	393.065
Handelsaktiva	39.454	528.384

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	12.616	10.130
bis 1 Jahr	182	486
bis 5 Jahre	23.444	44.745
über 5 Jahre	2.127	63.112
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.369	118.472

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	149	8.018
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	149	8.017
Finanzinvestitionen available for sale	211.205	177.859
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	124.905	176.462
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	86.300	1.397
Finanzinvestitionen	211.355	185.877

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Jahr	84.867	0
bis 5 Jahre	39.778	125.754
über 5 Jahre	260	50.709
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	124.905	176.463

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Börsennotierte Wertpapiere	123.883	176.849
Festverzinsliche Wertpapiere	123.883	176.462
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	387
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	172.189	144.048
Rediskontfähige Wertpapiere	93.871	123.526

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu halten.

Finanzinvestitionen bewertet at fair value through profit or loss

Finanzinvestitionen werden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert, weil der Konzern diese Finanzinvestitionen auf Marktwertbasis gemäß seiner Investitionsstrategie verwaltet. Das interne Berichtswesen und die Ergebnismessung erfolgen für diese Wertpapiere auf Marktwertbasis.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2015	293.521
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-53.358
Währungsumrechnung	8
Zugänge inklusive Umbuchungen	49.290
Abgänge inklusive Umbuchungen	-132.946
Anschaffungswerte 31.12.2015	156.514
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-32.237
Währungsumrechnung	38
Zugänge inklusive Umbuchungen	5.438
Abgänge inklusive Umbuchungen	-83.411
Anschaffungswerte 31.12.2016	46.342

EUR Tsd.	Investment properties
2015	
Anschaffungswerte 31.12.2015	156.514
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-62.864
Buchwert 31.12.2015	93.650
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-10.843
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	15.224
Buchwert 01.01.2015	208.326
2016	
Anschaffungswerte 31.12.2016	46.342
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-18.301
Buchwert 31.12.2016	28.041
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-1.531
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	9.772

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 304 Tsd. (2015: EUR -10.075 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte. Diese Zahl beinhaltet auch Bewertungen von Vermögensgegenständen, welche in der Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt ausgewiesen werden.

Im Geschäftsjahr 2016 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 62.529 Tsd. (2015: EUR 112.169 Tsd.) ab.

Unter investment properties werden zwei fertiggestellte Objekte (2015: 8) mit Buchwerten von EUR 14.747 Tsd. (2015: EUR 73.133 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 13.294 Tsd. (2015: EUR 20.517 Tsd.) ausgewiesen, die in den Ländern Mittel- und Osteuropas stehen. Im Geschäftsjahr 2016 gibt es, wie auch 2015, kein in Bau befindliches Objekt. Alle investment property Vermögenswerte wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

Für die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objekts. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und Objekten in Bau sowie unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der

niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2016			2015		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	4.150	12.400	8.275	3.214	16.900	9.686
Vermietbare Fläche in m ²	3.974	7.643	6.723	3.974	8.634	6.910
Vermietungsgrad	53,61 %	96,00 %	85,37 %	51,60 %	100,00 %	79,87 %
ERV p.a.* in EUR Tsd.	474	1.277	1.076	235	1.631	998
Diskontierungszinssatz	10,00 %	10,25 %	10,06 %	7,50 %	11,00 %	8,52 %

* Estimated rental value (geschätzter Mietwert)

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2016	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
ERV (10 % Veränderung)	1.069	-1.069
ERV (5 % Veränderung)	534	-534
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-401	422
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-783	865

31.12.2015

ERV (10 % Veränderung)	6.780	-6.780
ERV (5 % Veränderung)	3.390	-3.390
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-1.932	2.049
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-3.757	4.225

Objekte in Bau und unbebaute Grundstücke

	2016			2015		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	567	5.372	2.234	636	7.400	2.675
Grundstücksgröße in m ²	11.180	318.251	167.466	7.293	706.500	129.174
Wert pro m ² in EUR	3	179	39	1	603	194

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2016	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.564	-1.564
Grundstückswert (5 % Veränderung)	782	-782

31.12.2015

Grundstückswert (10 % Veränderung)	2.943	-2.943
Grundstückswert (5 % Veränderung)	1.471	-1.471

In den Sensitivitätsanalysen sind die investment property Vermögenswerte, die im Geschäftsjahr in den Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt umgegliedert wurden, enthalten.

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Gemeinschafts- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2015	21.181	49.379
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	-24.664
Zugänge	5.000	0
Abgänge	-20.249	0
Anteiliges Gesamtergebnis	-4.089	4.170
Erhaltene Dividende	-277	-1.519
Zuschreibung	0	0
Umbuchung in IFRS 5 Vermögenswerte	33.760	0
Buchwert 31.12.2015	35.327	27.366
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0
Zugänge	0	0
Abgänge	0	-9
Anteiliges Gesamtergebnis	1.654	390
Erhaltene Dividende	-35.700	-6.889
Zuschreibung	614	0
Umbuchung in IFRS 5 Vermögenswerte	0	0
Buchwert 31.12.2016	1.895	20.858

Gemeinschaftsunternehmen

Die immigon hält zum 31. Dezember 2016 Anteile an folgendem Gemeinschaftsunternehmen: VBI Beteiligungs GmbH (VBI Bet).

Diese Gesellschaft notiert an keiner Börse.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen der VBI Bet (in der Spalte 2015 gemeinsam mit der 2015 veräußerten VB Romania S.A.) gesondert und die der anderen unwesentlichen Gesellschaften insgesamt dargestellt. In den Bilanzwerten 2015 sind die im Geschäftsjahr 2015 verkauften Gemeinschaftsunternehmen nicht mehr enthalten, in der Gesamtergebnisrechnung 2015 sind die Ergebnisse der verkauften Unternehmen bis zu ihrem Verkauf erfasst.

Zusatzinformationen zu den Gemeinschaftsunternehmen

EUR Tsd.	VBI Bet + VBRO		Übrige Unternehmen	
	2016	2015	2016	2015
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	27	267	0	0
Sonstige Aktiva	10.611	80.510	0	0
Summe Aktiva	10.637	80.777	0	0
Passiva				
Sonstige Passiva	6.922	10.305	0	0
Eigenkapital	3.715	70.472	0	0
Summe Passiva	10.637	80.777	0	0
Gesamtergebnisrechnung				
Zinsen und ähnliche Erträge	9	29.722	0	2.496
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-92	-12.095	0	-581
Zinsüberschuss	-83	17.627	0	1.914
Risikovorsorge	0	-4.558	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	3.245	-42.158	0	1.222
Steuern vom Einkommen	-2	-104	0	-278
Jahresergebnis nach Steuern	3.243	-42.262	0	944
Sonstiges Ergebnis	0	61.012	0	0
Gesamtergebnis	3.243	18.750	0	944

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2016	2015	2016	2015
Anteiliger Verlust der Periode	0	0	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2016	2015	2016	2015
Eigenkapital	3.715	70.472	0	0
Anteilsquote	51,00 %	51,00 %	n.a.	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	1.895	35.941	0	0
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	0	-614	0	0
Buchwert 31.12.2016	1.895	35.327	0	0

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden.

Assoziierte Unternehmen

Die immigon hält Anteile an folgendem assoziierten Unternehmen: TPK-24 Europe B.V. (TPK-24 Europe). Im Zuge einer im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Umgründung brachten die immigon sowie ihre Mitgesellschafter ihre Anteile an der TPK-24 Sp.z.o.o. (TPK-24 PL) in die TPK-24 Europe ein und die immigon erhielt im Gegenzug 30 % der Anteile an der TPK-24 Europe. Diese Umgründung hatte keine Auswirkung auf den Konzernabschluss. Die TPK-24 Europe hat ihren Sitz in den Niederlanden, ihre 100 %ige Tochtergesellschaft TPK-24 PL hat ihren Sitz in Warschau und war im Geschäftsbereich Immobilienentwicklung tätig. Beide Gesellschaften sollen miteinander verschmolzen werden.

Die Anteile an der VBV delta Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H (VBV delta) wurden mit 6. Juli 2016 veräußert. Neben den anteiligen Gesamtergebnissen der assoziierten Unternehmen wird im Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity das Verkaufsergebnis der VBV delta in Höhe von EUR 1.257 Tsd. dargestellt.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der der immigon zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen als wesentlich eingestuft wird. In den Bilanzwerten 2016 ist das im Geschäftsjahr 2016 abgegangene assoziierte Unternehmen nicht mehr enthalten, in der Gesamtergebnisrechnung 2016 ist das Ergebnis des abgegangenen Unternehmens bis zu seinem Abgang erfasst.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	2016	2015
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	162	2.576
Finanzinvestitionen	69.328	67.681
Sonstige Aktiva	47	29.905
Summe Aktiva	69.538	100.163
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	5.668
Sonstige Passiva	12	9.050
Eigenkapital	69.526	85.445
Summe Passiva	69.538	100.163
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	3.249	26.467
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-28	-6.140
Zinsüberschuss	3.221	20.327
Risikovorsorge	0	225
Jahresergebnis vor Steuern	2.971	11.646
Steuern vom Einkommen	36	-2.311
Jahresergebnis nach Steuern	3.007	9.335
Sonstiges Ergebnis	-2.295	-1.796
Gesamtergebnis	712	7.539

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2016	2015
Anteiliger Verlust der Periode	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2016	2015
Eigenkapital	69.526	85.445
Anteilsquote	30 %	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	20.858	27.366
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	0	0
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	0	0
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.2016	20.858	27.366

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	13.257	18.093
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	959	1.673
Sonstige Beteiligungen	4.873	54.445
Anteile und Beteiligungen	19.088	74.210

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 53). Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 2.783 Tsd. (2015: EUR 28.060 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 2.532 Tsd. (2015: EUR 27.582 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 7.433 Tsd. (2015: EUR 13.083 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Gemäß dem Abbauplan des Konzerns werden Geschäfte gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft. Das schließt auch Anteile und Beteiligungen mit ein.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2015	41.320	180	41.500
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-33.329	-86	-33.415
Währungsumrechnung	3	0	3
Zugänge inklusive Umbuchungen	2.490	13	2.504
Abgänge inklusive Umbuchungen	-305	-13	-318
Anschaffungswerte 31.12.2015	10.179	95	10.274
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-2.631	0	-2.631
Währungsumrechnung	6	0	6
Zugänge inklusive Umbuchungen	182	0	182
Abgänge inklusive Umbuchungen	-334	-10	-344
Anschaffungswerte 31.12.2016	7.401	85	7.486

EUR Tsd.	Software	Sonstiges	Gesamt
2015			
Anschaffungswerte 31.12.2015	10.179	95	10.274
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-10.011	-87	-10.099
Buchwert 31.12.2015	168	7	175
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	168	7	175
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-1.876	-15	-1.891
Impairment des Geschäftsjahres	-1.624	0	-1.624
Buchwert 01.01.2015	10.548	17	10.565

2016			
Anschaffungswerte 31.12.2016	7.401	85	7.486
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-7.305	-79	-7.384
Buchwert 31.12.2016	97	5	102
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	97	5	102
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-73	-2	-74
Impairment des Geschäftsjahres	0	0	0

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2015	59.707	6.253	20.659	76.008	4.464	167.091
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-57.129	-4.968	-16.434	-3.677	-2.431	-84.639
Währungsumrechnung	0	1	3	139	0	144
Zugänge inklusive Umbuchungen	0	154	1.137	11.797	600	13.689
Abgänge inklusive Umbuchungen	-33	-405	-1.675	-21.361	-1.740	-25.213
Anschaffungswerte 31.12.2015	2.545	1.036	3.691	62.907	893	71.072
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-630	-238	-1.261	-22	-267	-2.418
Währungsumrechnung	0	1	3	478	-1	481
Zugänge inklusive Umbuchungen	41	169	227	123	312	871
Abgänge inklusive Umbuchungen	-18	-142	-519	-16.047	-387	-17.112
Anschaffungswerte 31.12.2016	1.938	826	2.142	47.438	550	52.894

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
2015						
Anschaffungswerte 31.12.2015	2.545	1.036	3.691	62.907	893	71.072
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-1.666	-900	-3.202	-23.881	-422	-30.072
Buchwert 31.12.2015	878	135	489	39.025	471	40.999
Planmäßige Abschreibung des Ge- schäftsjahres	-653	-296	-1.232	-11.130	-551	-13.861
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	0	0	0	0	0	0
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	0	-2	0	-2
Buchwert 01.01.2015	52.937	824	7.608	46.693	2.217	110.279

2016

Anschaffungswerte 31.12.2016	1.938	826	2.142	47.438	550	52.894
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-994	-766	-1.776	-23.420	-341	-27.298
Buchwert 31.12.2016	944	60	367	24.017	209	25.596
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-58	-70	-111	-8.804	-131	-9.176
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	122	0	0	0	0	122
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	0	0	-3	-580	0	-583

Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren operating lease Verträgen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	1.927	3.391
bis 1 Jahr	5.361	9.182
bis 5 Jahre	8.063	20.418
über 5 Jahre	231	4.139
Künftige Mindestleasingzahlungen	15.582	37.130

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2016		31.12.2015	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	13.362	5.048	15.432	10.841
Latente Ertragsteuer	444	2.957	1.187	4.584
Ertragsteuer Gesamt	13.806	8.005	16.618	15.425

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen entstehen

EUR Tsd.	2016		2015		Nettoabweichung 2016		
	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlustrechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	11	1	8	131	133	8	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	826	695	867	3.361	2.625	2.627	0
Handelsaktiva	164	296	506	0	-638	-638	0
Finanzinvestitionen	65	904	67	1.484	577	679	-102
Investment property							
Vermögenswerte	0	1.921	194	3.285	1.171	1.169	0
Anteile und Beteiligungen	13.593	15	14.738	32	-1.127	-1.277	51
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	30	0	38	3	-4	-4	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	189	98	69	133	155	155	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.667	7	5.641	7	-2.973	-2.972	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	6.926	10.232	11.905	15.257	47	47	0
Handelspassiva	0	0	0	149	149	149	0
Pensions-, Abfertigungs- und sonstige Rückstellungen	7.289	8.064	10.915	25.149	13.459	14.664	-1.034
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	7.220	19.326	5.135	4.518	-12.723	-12.698	-3
Übrige Bilanzpositionen	0	6	0	183	177	-6	6
Verlustvorräte	71	0	208	0	-138	-34	0
Latente Steuern vor Verrechnung	39.051	41.564	50.290	53.693	890	1.868	-1.082
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-38.607	-38.607	-49.103	-49.103	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	444	2.957	1.187	4.590	890	1.868	-1.082
hievon in Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	6			

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises sowie Währungsdifferenzen zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorräte, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 13.453 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2015: EUR 10.105 Tsd.) wertberichtigt sowie aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 74.907 Tsd. (2015: EUR 165.885 Tsd.) nicht angesetzt, weil nach Einschätzung des Managements die Verwertbarkeit dieser aktiven latenten Steuern auf Verlustvorräte und anderer aktiver latenter Steuern in einem angemessenen Zeitraum (bis zu 4 Jahre) unwahrscheinlich ist. Somit wurden auf steuerliche Verlustvorräte in Höhe von EUR 2.899.383 Tsd. (2015: EUR 2.988.658 Tsd.) keine latenten Steuern gebildet. Von diesen steuerlichen Verlustvorräten sind EUR 2.885.801 Tsd. (2015: EUR 2.958.606 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die immigon selbst.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungsabgrenzungsposten	433	596
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	36.323	64.211
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	98.385	89.954
Sonstige Aktiva	135.141	154.761

In den Sonstigen Aktiva sind insgesamt EUR 98.385 Tsd. aus den positiven Marktwerten der Derivate im Bankbuch ausgewiesen, woraus EUR 51.988 Tsd. aus der Übertragung des Handelsbuches resultieren.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2016		31.12.2015	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Zinsbezogene Geschäfte	0	0	48.494	0
Positive Marktwerte Derivate	0	0	48.494	0

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	0	1
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	724
Forderungen an Kunden (brutto)	37.646	60.405
Risikovorsorge (-)	-19.550	-1.186
Handelsaktiva	0	278
Investment property Vermögenswerte	4.150	3.579
Anteile und Beteiligungen	0	56
Immaterielles Anlagevermögen	0	4
Sachanlagen	0	141
Sonstige Aktiva	0	117
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	22.245	64.118

Die Anteile und Beteiligungen sind mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Kreditinstitute	105.461	347.708
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	105.461	347.708

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitgliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	1.292	1.768
bis 3 Monate	49.567	211.866
bis 1 Jahr	29.375	101.439
bis 5 Jahre	14.564	19.784
über 5 Jahre	10.663	12.851
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	105.461	347.708

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Einlagen	307.798	445.585
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	307.798	445.585

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	1.034	28.801
bis 3 Monate	19.331	6.481
bis 1 Jahr	167.486	119.658
bis 5 Jahre	67.683	235.939
über 5 Jahre	52.265	54.705
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	307.798	445.585

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Anleihen	786.280	1.174.610
Verbriefte Verbindlichkeiten	786.280	1.174.610

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	26.291	115.821
bis 1 Jahr	211.827	141.064
bis 5 Jahre	507.769	854.709
über 5 Jahre	40.392	63.016
Verbriefte Verbindlichkeiten	786.280	1.174.610

29) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
aktienbezogene Geschäfte	0	14.900
währungsbezogene Geschäfte	0	386
zinsbezogene Geschäfte	0	258.905
Handelspassiva	0	274.191

30) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2015	18.160	93.469	111.629
Veränderung im Konsolidierungskreis	-4.288	-14.625	-18.913
Währungsumrechnung	0	2	2
Umgliederungen	710	-344	366
Barwerteffekt	0	0	0
Verbrauch	0	-16.701	-16.701
Auflösung	-10.299	-8.563	-18.862
Zuführung	5.545	38.954	44.499
Stand am 31.12.2015	9.829	92.191	102.020
Veränderung im Konsolidierungskreis	-39	-24	-64
Währungsumrechnung	0	5	5
Umgliederungen	39	0	39
Barwerteffekt	0	-230	-230
Verbrauch	0	-10.656	-10.656
Auflösung	-5.374	-16.574	-21.948
Zuführung	0	29.156	29.156
Stand am 31.12.2016	4.455	93.867	98.322

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die im Geschäftsjahr 2011 erstmalig gebildete Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 32.247 Tsd. (2015: EUR 42.660 Tsd.). Da ein Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende 2017 umgesetzt sein soll, handelt es sich überwiegend um eine kurzfristige Rückstellung. Für Immobilienprojekte und Beteiligungsrisiken sind Vorsorgen in Höhe von EUR 9.234 Tsd. (2015: EUR 14.476 Tsd.) als langfristige Rückstellungen enthalten. Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 39.363 Tsd. (2015: EUR 29.006 Tsd.) sowie für wahrscheinliche Abflüsse aus noch nicht weitergegebenen Zinsanpassungen in Höhe von EUR 506 Tsd. (2015: EUR 946 Tsd.) gebildet.

31) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2015	107.133	30.631	4.630	142.395
Veränderung im Konsolidierungskreis	-1.502	-19.026	-2.811	-23.339
Umbuchung	0	-1.425	0	-1.425
Dienstzeitaufwand	1.371	1.263	238	2.871
Zinsaufwand	1.725	500	68	2.294
Zahlungen	-2.771	-2.679	-181	-5.631
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-3.312	-1.629	-1.681	-6.622
Barwert 31.12.2015	102.644	7.635	263	110.543
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-33	0	-33
Umbuchung	0	0	0	0
Dienstzeitaufwand	-2.608	438	7	-2.163
Zinsaufwand	1.653	55	1	1.710
Zahlungen	-22.848	-1.539	-142	-24.529
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-2.060	-2.013	-76	-4.149
Barwert 31.12.2016	76.781	4.543	53	81.377

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 01.01.2015	44.940
Veränderung im Konsolidierungskreis	-723
Ertrag aus dem Planvermögen	2.825
Beiträge zum Planvermögen	511
Auszahlungen	-2.802
Barwert des Planvermögens 31.12.2015	44.752
Ertrag aus dem Planvermögen	2.844
Beiträge zum Planvermögen	864
Auszahlungen	-3.044
Barwert des Planvermögens 31.12.2016	45.416

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

In 2017 werden Beitragszahlungen in Höhe von EUR 824 Tsd. an das Planvermögen erwartet.

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2015				
Sozialkapitalverpflichtung	102.644	7.635	263	110.543
Barwert des Planvermögens	-44.752	0	0	-44.752
Bilanzierte Nettoschuld	57.893	7.635	263	65.791
31.12.2016				
Sozialkapitalverpflichtung	76.781	4.543	53	81.377
Barwert des Planvermögens	-45.416	0	0	-45.416
Bilanzierte Nettoschuld	31.365	4.543	53	35.961

Historische Information

EUR Tsd.	2016	2015	2014	2013	2012
Barwert der Verpflichtungen	81.377	110.543	142.395	124.904	122.346
Barwert des Planvermögens	45.416	44.752	44.940	41.980	38.413

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2016			31.12.2015		
	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	12.753	269	13.022	14.961	64	15.026
Anleihen Kreditinstitute	2.543	47	2.590	2.803	62	2.865
Anleihen Sonstige	7.922	1.029	8.951	6.854	1.309	8.163
Aktien EU Länder	6.346	0	6.346	6.864	6	6.871
Aktien USA und Japan	4.585	0	4.585	3.970	0	3.970
Aktien Sonstige	4.218	66	4.285	1.142	9	1.151
Derivate	515	261	776	0	949	949
Immobilien	0	1.554	1.554	0	1.443	1.443
Festgeld	0	69	69	0	37	37
Kassenbestand	0	3.239	3.239	0	4.277	4.277
Gesamt	38.882	6.534	45.416	36.594	8.158	44.752

In der Spalte Planvermögen - notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen an einem aktiven Markt notierten Marktpreis haben.

Sensitivitätenanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2015		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-8.145	12.461
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	1.992	709
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	5.879	-1.708
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	4.791	-4.716
31.12.2016		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-7.178	8.436
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	327	-319
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	2.507	-2.381
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.397	-3.346

Zum 31. Dezember 2016 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 13 Jahren (2015: 17,1 Jahre) und bei den Abfertigungen bei 1,5 Jahren. Für das Geschäftsjahr 2015 konnte kein durchschnittlicher Wert angegeben werden, da bei den run-down Gesellschaften bei der Berechnung auf ein Ende der Dienstverhältnisse per 31. Dezember 2018 abgestellt wurde.

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

32) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungsabgrenzungsposten	3.919	6.168
Sonstige Verbindlichkeiten	20.827	86.345
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	47.757	22.786
Sonstige Passiva	72.503	115.299

In den Sonstigen Passiva sind insgesamt EUR 47.757 Tsd. aus den negativen Marktwerten der Derivate im Bankbuch ausgewiesen, woraus EUR 40.262 Tsd. aus der Übertragung des Handelsbuches resultieren.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2016		31.12.2015	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Währungsbezogene Geschäfte	0	0	525	0
Zinsbezogene Geschäfte	0	0	1.633	0
Negative Marktwerte Derivate	0	0	2.159	0

33) Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Verbindlichkeiten, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst.

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	650
Rückstellungen	0	1.465
Ertragsteuerverpflichtungen	0	6
Sonstige Passiva	0	6.738
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	8.860

Die Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

34) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Nachrangige Verbindlichkeiten	125.583	424.353
Ergänzungskapital	43.059	84.392
Nachrangkapital	168.643	508.745

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert des Ergänzungskapitals wurde gemäß IAS 39 AG 8 neu berechnet, indem der Barwert durch Abzinsen der geschätzten zukünftigen cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz ermittelt wurde.

In dieser Position sind auch gewinnabhängige Verbindlichkeiten mit einem Nominale in Höhe von EUR 43.125 Tsd. (2015: EUR 57.698 Tsd.) ausgewiesen.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	17.843	20.000
bis 1 Jahr	60.355	129.610
bis 5 Jahre	56.208	134.042
über 5 Jahre	34.238	225.093
Nachrangkapital	168.643	508.745

35) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit.

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Handelspassiva	Derivate im Bankbuch
31.12.2016						
Buchwert	105.461	307.798	786.280	168.643	0	47.757
Zahlungsabflüsse gesamt	130.212	313.077	797.881	179.436	0	46.165
bis 3 Monate	56.156	20.816	27.823	17.853	0	0
bis 1 Jahr	48.367	167.594	215.831	66.180	0	25.789
bis 5 Jahre	14.821	67.969	511.611	60.053	0	10.729
über 5 Jahre	10.868	56.698	42.616	35.350	0	9.647
31.12.2015						
Buchwert	347.708	445.585	1.174.610	508.745	274.191	22.786
Zahlungsabflüsse gesamt	411.300	518.417	1.216.463	652.105	259.816	14.136
bis 3 Monate	213.750	36.436	116.581	20.000	0	0
bis 1 Jahr	161.730	131.733	157.202	155.295	30.144	1.468
bis 5 Jahre	22.611	280.110	875.445	207.475	155.101	4.077
über 5 Jahre	13.209	70.139	67.235	269.335	74.571	8.591

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Kapitel 44) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt.

36) Eigenkapital

Das Grundkapital der immigon beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31. Dezember 2016 EUR 19.336 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Namensaktien zusammen:

	EUR Tsd.
18.907.729 Namensaktien	19.336

Das Grundkapital blieb 2016 unverändert.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. Dezember 2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20. März 2009 und die Hauptversammlung vom 23. Mai 2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 156 Mio. durch Ausgabe neuer Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs. 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 289 Mio. durch Ausgabe neuer Aktien - allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31. Dezember 2016 über ein Partizipationskapital mit Nennbetrag von TEUR 15.414; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipations-scheine mit Nennbetrag von EUR 13 Tsd. (2015: EUR 13 Tsd.) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09 %

(2015: 0,09 %) sowie 49.819 Stück eigene Anteile (2015: 49.819 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26 % (2015: 0,26 %) im Portefeuille der immigon.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 10 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31. Dezember 2016 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Insgesamt verfügt die immigon zum 31. Dezember 2016 über ein im Eigenkapital ausgewiesenes Partizipationskapital im Nennbetrag von EUR 10 Mio. (2015: EUR 10 Mio.). Diese Partizipationsscheine lauten auf Inhaber und entsprechen infolge ihrer Ausgabebedingungen und der erfolgten Einzahlung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG in der Fassung vor BGBl 2013/184.

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktien	PS	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.	18.857.910	162.153	264.010.735	162.153
Kapitalherabsetzung	0	0	-245.152.825	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.	18.857.910	162.153	18.857.910	162.153
Eigene Aktien und Partizipationsscheine	49.819	18.296	49.819	18.296
Anzahl Aktien und Partizipationskapital am 31.12.	18.907.729	180.449	18.907.729	180.449

20.449 Stück (2015: 20.449 Stück) der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine weisen ein Nominale von EUR 502,50 je Partizipationsschein auf. Die restlichen Partizipationsscheine haben einen Nennwert von EUR 0,73 pro Schein.

Dividendenzahlung inkl. Partizipationskapital

EUR Tsd.	2016	2015
Dividende stimmberechtigtes Kapital	0	0
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	0	0
Gesamt	0	0

Im Geschäftsjahr 2017 werden keine Schüttungen auf das Aktien- und Partizipationskapital durchgeführt.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr -2,17 % (2015: 5,09 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Teilkonzern
	2016	2015	
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	50,00 %	50,00 %	VBLI
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	50,00 %	50,00 %	VBLI
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	50,00 %	50,00 %	VBLI
VBL SERVICES DOO BEOGRAD; Beograd	50,00 %	50,00 %	VBLI
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
			Übrige
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	40,00 %	40,00 %	Unternehmen
VBS HISA d.o.o.; Ljubljana	0,00 %	50,00 %	VBLI
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	50,00 %	50,00 %	VBLI
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	50,00 %	50,00 %	VBLI

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe (VBLI) gesondert und alle anderen Gesellschaften, da sie unwesentlich sind, insgesamt dargestellt.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	VBLI Teilkonzern		Übrige Unternehmen	
	2016	2015	2016	2015
Aktiva				
Barreserve	1	2	0	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	4.207	53.526	432	372
Forderungen an Kunden (brutto)	225.861	384.828	0	0
Risikovorsorge (-)	-13.780	-16.277	0	0
Sonstige Aktiva	26.550	42.802	12.534	13.437
Bilanzsumme	242.840	464.882	12.965	13.809
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.256	159.500	4.634	5.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.068	181.854	125	125
Sonstige Passiva	12.358	17.711	1.201	1.167
Eigenkapital	112.157	105.816	7.006	7.517
Passiva Gesamt	242.840	464.882	12.965	13.809
Gesamtergebnisrechnung				
Zinsen und ähnliche Erträge	22.774	36.372	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.331	-8.883	-78	-60
Zinsüberschuss	18.443	27.489	-78	-60
Risikovorsorge	-1.237	-3.813	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	8.157	7.073	-108	1.114
Steuern vom Einkommen	-1.722	-7.002	-103	-191
Jahresergebnis nach Steuern	6.435	71	-211	923
Sonstiges Ergebnis	-87	-6.941	0	0
Gesamtergebnis	6.349	-6.870	-211	923

37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2016							
Barreserve	0	0	0	0	1.203.409	1.203.409	1.203.409
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	182.028	182.028	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	0	0	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	182.028	182.028	180.911
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	564.511	564.511	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-111.132	-111.132	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	453.378	453.378	439.515
Handelsaktiva	39.454	0	0	0	0	39.454	39.454
Finanzinvestitionen	0	149	0	211.205	0	211.355	211.355
Beteiligungen	0	0	0	19.088	0	19.088	19.088
Derivative Instrumente Bankbuch	98.385	0	0	0	0	98.385	98.385
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	18.095	18.095	20.886
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	137.839	149	0	230.294	1.856.911	2.225.193	2.213.004
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	105.461	105.461	106.178
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	307.798	307.798	308.952
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	786.280	786.280	712.974
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0
Derivative Instrumente Bankbuch	47.757	0	0	0	0	47.757	47.757
Nachrangkapital	0	0	0	0	168.643	168.643	159.238
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	47.757	0	0	0	1.368.182	1.415.939	1.335.100

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2015							
Barreserve	0	0	0	0	1.269.829	1.269.829	1.269.829
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	453.253	453.253	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	-703	-703	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	452.550	452.550	449.607
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	1.109.225	1.109.225	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-210.525	-210.525	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	898.701	898.701	880.068
Handelsaktiva	528.384	0	0	0	0	528.384	528.384
Finanzinvestitionen	0	8.018	0	177.859	0	185.877	185.877
Beteiligungen	0	0	0	74.210	0	74.210	74.210
Derivative Instrumente Bankbuch	89.954	0	0	0	0	89.954	89.954
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	278	0	0	56	59.944	60.277	60.191
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	618.616	8.018	0	252.125	2.681.024	3.559.784	3.538.121
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	347.708	347.708	350.142
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	445.585	445.585	445.012
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	1.174.610	1.174.610	1.053.033
Handelsspassiva	274.191	0	0	0	0	274.191	274.191
Derivative Instrumente Bankbuch	22.786	0	0	0	0	22.786	22.786
Nachrangkapital	0	0	0	0	508.745	508.745	300.062
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	651	651	651
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	296.977	0	0	0	2.477.299	2.774.276	2.445.877

EWB = Einzelwertberichtigung

Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 11.656 Tsd. (2015: EUR 61.127 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 19.603 Tsd. (2015: EUR 1.631 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 237 Tsd. (2015: EUR -220 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Bis zur Beendigung des hedge accounting per 30. September 2016 waren diese als Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zins- und des Währungsrisikos designiert. Im Zuge des hedge accounting wurden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0
31.12.2015				
Forderungen an Kunden	0	7.998	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	0	7.998	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	2.102	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	223.543	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	659.097	0	1.930
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	884.742	0	1.930

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2016				
Handelsaktiva	0	0	39.454	39.454
Finanzinvestitionen	10.853	114.201	86.300	211.355
At fair value through profit or loss	0	149	0	149
Available for sale	10.853	114.052	86.300	211.205
Anteile und Beteiligungen	0	0	7.433	7.433
Derivative Instrumente Bankbuch	0	98.385	0	98.385
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0
Gesamt	10.853	212.586	133.187	356.626
Handelspassiva	0	0	0	0
Derivative Instrumente Bankbuch	0	47.757	0	47.757
Gesamt	0	47.757	0	47.757
31.12.2015				
Handelsaktiva	7	408.868	119.509	528.384
Finanzinvestitionen	12.968	144.028	28.882	185.877
At fair value through profit or loss	7	764	7.248	8.018
Available for sale	12.961	143.264	21.634	177.859
Anteile und Beteiligungen	0	0	13.083	13.083
Derivative Instrumente Bankbuch	0	89.954	0	89.954
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	278	56	334
Gesamt	12.974	643.128	161.530	817.632
Handelspassiva	0	274.191	0	274.191
Derivative Instrumente Bankbuch	0	22.786	0	22.786
Gesamt	0	296.977	0	296.977

Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 11.656 Tsd. (2015: EUR 61.127 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

In den Finanzinvestitionen at fair value through profit and loss sind bestimmte illiquide Fondsanteile an Privat Equity Gesellschaften in Höhe von EUR 0 Tsd. (2015: EUR 7.248 Tsd.) und in Anteilen und Beteiligungen in Höhe von EUR 2.898 Tsd. (2015: EUR 4.075 Tsd.) enthalten. Die Marktkurse werden vom externen Fondsmanagement auf Basis der für diese Finanzinstrumente branchenüblichen EVCA Bewertungsrichtlinien ermittelt und tourlich zur Verfügung gestellt. Ein hausinternes Monitoring der Preise erfolgt durch das Asset Management. In der Vergangenheit wurden keine signifikanten Wertabweichungen festgestellt, die auf wesentliche Unsicherheiten bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes hindeuten.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3) s) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die immigon keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten wie etwa Credit Spreads oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2 vorgenommen.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Handelsaktiva	Finanz- investitionen at fair value through profit or loss	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Gesamt
Stand 1.1.2015	0	7.071	208.171	4.500	219.741
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	-6.490	0	-6.490
Umwidmung in Level 3	126.244	0	0	37.014	163.259
Zugänge	0	0	974	0	974
Abgänge	0	0	-141.043	-4.500	-145.543
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	-6.735	177	-4.954	-15.380	-26.892
über sonstiges Ergebnis	0	0	-43.575	0	-43.575
Stand 31.12.2015	119.509	7.248	13.083	21.634	161.474
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	654	0	654
Umwidmung in Level 3	0	0	0	0	0
Zugänge	53	0	351	47.800	48.204
Abgänge	-85.115	-6.650	-2.427	-21.634	-115.826
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	5.007	-598	-2.949	-1.800	-340
über sonstiges Ergebnis	0	0	-1.280	40.300	39.020
Stand 31.12.2016	39.454	0	7.433	86.300	133.187

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestition (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR -5.044 Tsd. (2015: EUR -26.896 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Handelsaktiva

Im Geschäftsjahr 2016 waren die Handelsaktiva, die aufgrund des Wegfalls eines aktiven Marktes nur eine alternative Bewertung zulassen, stark rückläufig. Das Portfolio Bankanleihen mit Landeshaftung konnte im Geschäftsjahr 2016 zur Gänze abgebaut, die Bankanleihen ohne Landeshaftung deutlich reduziert werden. Die Bewertung der Restposition erfolgt dabei mittels Inputfaktoren für den Vermögenswert, die auf nicht beobachtbare Marktdaten zurückzuführen sind (nicht beobachtbare Inputfaktoren).

Die Widmung zu Level 3 bleibt aufrecht und ist auf den weiterhin fehlenden aktiven Markt und die Verwendung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren zurückzuführen.

Die Bewertung erfolgt mittels einer Mark-to-Model/Credit Spread Bewertung und umfasst ebenso Parameter wie Liquidität und Markttiefe. Für die verbleibenden Bankanleihen wurde eine Credit Spread Bewertung vorgenommen, welche die Faktoren Illiquidität (am Markt nicht gehandelt oder keine Nachfrage) und Hauptplatzierung am Retailmarkt berücksichtigt. Dabei wurden vergleichbare Anleihen herangezogen und um genannte Einflussfaktoren adjustiert, sodass der Credit Spread dieser Anleihen auf 300 Basispunkte (BP) für Senior Unsecured bzw. 500 BP für nachrangige Verbindlichkeiten festgesetzt wurde.

Die Bewertung dieser Finanzinvestitionen wurde von der Abteilung Treasury der immigon vorgenommen und mit dem Risikomanagement der Gesellschaft abgestimmt. Diese beiden Einheiten berichten direkt an jeweils ein Vorstandsmit-

glied der Gesellschaft. Die beschriebene Berechnung wird zumindest quartalsweise durchgeführt und es wird in den quartalsweisen Risikomanagementsitzungen über die Entwicklung dieser Level 3 Finanzinvestitionen berichtet.

Für die Sensitivitätsanalyse dieser Finanzinstrumente werden zum Bilanzstichtag jene Parameter aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen verwendet, aufgrund derer sich Marktwerte ergeben, die nach Ansicht des Managements die herrschenden Marktbedingungen angemessen darstellen. Die Parameter umfassen Annahmen hinsichtlich Preistransparenz, Handelbarkeit und Komplexität. Die Sensitivitätsanalyse umfasst dabei die Bewertungsaufschläge auf die risikolose Zinskurve sowie Abschläge auf zukünftige Zahlungen.

Available for sale

Die Zugänge der Level 3 Marktwerte im Geschäftsjahr 2016 ergeben sich im Wesentlichen aufgrund der fair value Bewertung des Aktienpakets an der RZB. Diese Position ist dem Teilportfolio Europäische Bankaktien gewidmet.

Die Bewertung dieser Position erfolgt über ein Multiple-Modell, basierend auf zwei marktüblichen Branchenindices unter Berücksichtigung eines Bewertungsabschlages für Gängigkeit und Marktentwicklung. Bei der Gewichtung der Indices und dem Bewertungsabschlag handelt es sich um nicht am Markt beobachtbare Inputfaktoren, weshalb die Position dem Level 3 der Bewertungshierarchie zugeordnet ist.

Die indirekt über eine Tochtergesellschaft gehaltene Beteiligung an der RZB war in der Vergangenheit aufgrund fehlender Börsennotierung der RZB-Aktien und fehlendem strategischen Käuferinteresse sowie vertraglichen Vorkaufsrechten und Zustimmungserfordernissen bis Ende 2015 nur unter Inkaufnahme signifikanter Abschläge verwertbar. Die bisherige Bewertungsmethodik basiert auf einem Multiplikatorverfahren, welchem das durchschnittliche Konzerneigenkapital sowie ein durchschnittlicher Konzernüberschuss gemäß den veröffentlichten Berichten der RZB zu Grunde gelegt werden. Hierbei werden Price/Book- und Price/Earnings-Multiples aus zwei marktüblichen Branchenindices abgeleitet und die Substanzwertkomponente und die Ertragswertkomponente im gleichen Verhältnis angewendet. Die immigon hat die erwarteten und in den Hauptversammlungen der RBI und RZB im Jänner 2017 beschlossenen Umgründungsmaßnahmen bei der Bewertung des Minderheitenanteils teilweise mitberücksichtigt. Die Bewertungsmethodik wurde beibehalten, wobei der bisherige Bewertungsabschlag für Gängigkeit und Marktentwicklung aufgrund der beschlossenen Umgründungsmaßnahmen reduziert wurde.

Im Vorjahr wurden die Anteile an der RZB zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen bewertet, da ein beizulegender Wert für diese nicht zuverlässig ermittelbar war.

Die nachfolgenden Angaben stellen mögliche Auswirkungen dar, die sich aus der Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben.

Die Aufstellung zeigt die Auswirkungen auf den fair value, wenn die höchsten und niedrigsten Werte der Bandbreite gewählt worden wären

31.12.2016		Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Wertpapiere in EUR Tsd.	Volumen		
Bankanleihen ohne Landeshaftung	39.454	565	-479
Bankanleihen mit Landeshaftung	0	0	0
Europäische Bankaktien	86.300	0	0
Abschlag +/- 10 %	0	11.508	-11.508
Gewichtung 60/40 %	0	16.113	-16.113
Summe	125.754	28.185	-28.099

31.12.2015		Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Wertpapiere in EUR Tsd.	Volumen		
Bankanleihen ohne Landeshaftung	116.465	7.097	-6.350
Bankanleihen mit Landeshaftung	21.600	15.040	-8.644
Europäische Bankaktien	0	0	0
Abschlag +/- 10 %	0	0	0
Gewichtung 60/40 %	0	0	0
Summe	138.065	22.137	-14.994

Bei Bankanleihen ohne Landeshaftung wurde als Änderung der Parameter für die Sensitivität, die zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes führen würden, eine Verminderung des Credit Spreads von 300 BP auf 130 BP bzw. von 500 BP auf 300 BP unterstellt. Die Höhe dieser Anpassung ergibt sich aus der Beobachtung von liquiden vergleichbaren österreichischen Bankanleihen. Als Änderung der Parameter für die Sensitivität, die zu einer Verminderung des beizulegenden Zeitwertes führen würden, wurde eine Erhöhung des Credit Spreads von 300 BP auf 470 BP bzw. von 500 BP auf 700 BP unterstellt.

Bei der Bewertung der Europäischen Bankaktien sind die Annahmen zum Bewertungsabschlag sowie zum Verhältnis Substanzwert- zu Ertragswertkomponente wesentliche Einflussgrößen. Im Rahmen der Level 3 Sensitivitätsanalyse erfolgte eine Modifikation dieser beiden Einflussgrößen. Durch die Verminderung des Bewertungsabschlages von 25 % auf 15 % (- 10 Prozentpunkte) sowie durch die Übergewichtung der Substanzwertkomponente zur Ertragswertkomponente von 50 % auf 60 % (+ 10 Prozentpunkte) ergibt sich eine Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes. Als Simulation einer Verminderung des beizulegenden Zeitwertes wurde eine Erhöhung des Bewertungsabschlages von 25 % auf 35 % (+10 Prozentpunkte) sowie eine Untergewichtung der Substanzwertkomponente zur Ertragswertkomponente von 50 % auf 40 % (- 10 Prozentpunkte) unterstellt.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte des Level 3 der Bewertungshierarchie bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzungen und ertragsabhängigen Parametern mit einer Bandbreite von 5 %. Dabei ergibt sich bei einer vorteilhaften Bewegung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 340 Tsd. (2015: EUR 796 Tsd.) und bei einer unvorteilhaften Bewegung eine Veränderung in Höhe von EUR -340 Tsd. (2015: EUR -795 Tsd.).

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung.

Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2016
31.12.2016					
Barreserve	0	1.203.409	0	1.203.409	1.203.409
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	182.028
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	180.911	180.911	182.028
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	564.511
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-111.132
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	439.515	439.515	453.378
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	20.886	20.886	18.095
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	0	1.203.409	641.312	1.844.722	1.856.911
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	106.178	106.178	105.461
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	308.952	308.952	307.798
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	712.974	712.974	786.280
Nachrangkapital	0	0	159.238	159.238	168.643
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	1.287.343	1.287.343	1.368.182

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2015
31.12.2015					
Barreserve	0	1.269.829	0	1.269.829	1.269.829
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	453.253
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	-703
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	449.607	449.607	452.550
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	1.109.225
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-210.525
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	880.068	880.068	898.701
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	59.857	59.857	59.944
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	0	1.269.829	1.389.531	2.659.361	2.681.024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	350.142	350.142	347.708
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	445.012	445.012	445.585
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	2.570	1.050.462	1.053.033	1.174.610
Nachrangkapital	0	0	300.062	300.062	508.745
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	651	651	651
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	2.570	2.146.329	2.148.899	2.477.299

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

38) Cash flow hedges

Bis zur Beendigung des hedge accountings per 30. September 2016 wurden im Rahmen des cash flow hedge accountings Zinsswaps und Caps & Floors eingesetzt, um das Zinsrisiko von variabel verzinsten Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten abzusichern.

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich eintreten werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	0	-11
bis 1 Jahr	0	-25
bis 5 Jahre	0	-16
Gesamt	0	-52

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	0	-11
bis 1 Jahr	0	-25
bis 5 Jahre	0	-16
Gesamt	0	-52

Im Berichtsjahr wurden erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von EUR -1 Tsd. (2015: EUR -257 Tsd.) aus der hedging Rücklage gebucht. Bei den cash flow hedges werden keine wesentlichen Ineffizienzen festgestellt.

39) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2016 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2016
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	1.790.173	742.084	289.593	2.821.850	49.729
Caps & Floors	27.932	11.731	600	40.262	272
Futures - zinsbezogen	171.250	146.250	0	317.500	0
Interest Rate Swaps	1.570.991	584.104	273.993	2.429.088	49.722
Swaptions	20.000	0	15.000	35.000	-265
Währungsbezogene Geschäfte	40.386	0	0	40.386	-214
Cross Currency Swaps	0	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0	0
FX Swaps	40.386	0	0	40.386	-214
Kreditbezogene Geschäfte	515.328	88.974	0	604.301	-85
Sonstige Geschäfte	75.284	105.582	27.169	208.035	1.198
Futures - indexbezogen	0	0	0	0	0
Optionen	75.284	105.582	27.169	208.035	1.198
Gesamtsumme	2.421.170	936.640	316.762	3.674.573	50.627

2015 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2015
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	3.231.124	5.843.210	1.666.188	10.740.522	202.223
Caps & Floors	205.895	54.644	6.825	267.365	1.135
Futures - zinsbezogen	465.100	300.000	0	765.100	0
Interest Rate Swaps	2.498.129	5.468.566	1.634.363	9.601.058	202.088
Swaptions	62.000	20.000	25.000	107.000	-1.000
Währungsbezogene Geschäfte	90.169	0	0	90.169	-709
Cross Currency Swaps	1.929	0	0	1.929	-709
Devisen Optionen	11.000	0	0	11.000	0
FX Swaps	77.240	0	0	77.240	0
Kreditbezogene Geschäfte	319.112	599.779	0	918.891	-186
Sonstige Geschäfte	310.493	215.063	58.453	584.009	244
Futures - indexbezogen	2.791	0	0	2.791	0
Optionen	307.702	215.063	58.453	581.218	244
Gesamtsumme	3.950.898	6.658.052	1.724.641	12.333.591	201.573

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

40) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 105.779 Tsd. (2015: EUR 157.555 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 54.099 Tsd. (2015: EUR 62.357 Tsd.).

41) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	128.529	236.466
Finanzinvestitionen	727	727
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	128.529	236.466
Verbriefte Verbindlichkeiten	727	727

42) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	3.604	7.865

43) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden	38.707	91.009
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.707	91.009

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 71 Tsd. (2015: EUR 2 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Die restlichen Kundenforderungen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die Europäische Investitionsbank, durch die DZ Bank AG und die IKB Deutsche Industriebank AG als Sicherheiten gestellt.

Die DZ Bank AG mit EUR 28.547 Tsd. (2015: EUR 67.248 Tsd.) hat ebenfalls keine Möglichkeit bei vertragskonformer Leistung die Sicherheiten zu verwerten oder weiter zu verpfänden.

44) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	5.309	17.780
Sonstiges (Haftsummen)	22.247	62.544
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	1.001	4.155

In der Position Sonstiges sind Haftsummen für Beteiligungen an Genossenschaften enthalten.

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien - vertraglich vereinbart	Garantien erwartet
31.12.2016			
Buchwert	1.001	5.309	0
Zahlungsabflüsse gesamt	1.001	32.556	0
bis 3 Monate	1.001	32.198	0
bis 1 Jahr	0	111	0
über 5 Jahre	0	247	0
31.12.2015			
Buchwert	4.155	17.780	0
Zahlungsabflüsse gesamt	4.155	17.780	5.374
bis 3 Monate	370	17.624	0
bis 1 Jahr	3.785	0	1.612
bis 5 Jahre	0	156	3.762

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf das Ende abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 0 Tsd. (2015: EUR 5.374 Tsd.) gebildet.

Die immigon führt eine Reihe von Aktivprozessen zur Einbringung von Forderungen aus den bis zur Zurücklegung der Bankkonzession ausgeübten Bankgeschäften in einem für die Zusammensetzung des Portfolios angemessenen Ausmaß. Darüber hinaus ist die immigon Beklagte in dreizehn Gerichtsverfahren (Passivprozesse).

45) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 und zum 31.12.2015 bestanden keine Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber.

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

46) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Gegenüber assoziierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifi- kanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	13.652	1.637	0	0
Risikovorsorge (-)	-916	-1.514	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	21.065	0
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0
Geschäftsvorfälle	15.613	1.689	20.927	0
31.12.2015				
Forderungen an Kunden	17.686	1.707	0	0
Risikovorsorge (-)	-1.352	-1.584	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.096	0	20.864	0
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	65	0	0	0
Geschäftsvorfälle	31.976	280.179	516.203	277

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem immigon Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des immigon Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt als Aktionär signifikanten Einfluss auf die immigon portfolioabbau ag aus.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Aufsichtsrates

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Aushaftender Gesamtbetrag	0	0
Geleistete Rückzahlungen	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im immigon Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Es wurden keine Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

47) Vertriebsstellen

	31.12.2016	31.12.2015
Inland	0	1
Vertriebsstellen gesamt	0	1

48) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im ersten Quartal 2017 konnten weitere Abbaumaßnahmen von Kreditgeschäften umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde eine Immobilie in der Slowakei und ein Leasingobjekt in Ungarn veräußert.

Die immigon portfolioabbau ag hat die fix verzinste, kündbare nachrangige Anleihe 2007 - 2027 mit der ISIN AT000B053558 per Februar 2017 gemäß den Emissionsbedingungen zum Nennwert von 100 % gekündigt.

Die immigon portfolioabbau ag hat am 31. Jänner 2017 beschlossen, für alle von ihr ausgegebenen und ausstehenden nicht-nachrangigen und nachrangigen (Senior Subordinated) Verbindlichkeiten mit Laufzeitende nach dem 31. Dezember 2017 Rückkaufkurse auf ihrer Website <http://www.immigon.com> zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung der Rückkaufkurse erfolgt seit dem 01. Februar 2017. Solange die Rückkaufkurse veröffentlicht werden, sind private und institutionelle Anleger eingeladen, der immigon die Instrumente zu den Rückkaufkursen zum Rückkauf anzudienen, und die immigon ist berechtigt (aber nicht verpflichtet), solche Angebote in ihrem alleinigen Ermessen anzunehmen. Im ersten Monat konnten Nominalvolumina von rd. EUR 90 Mio. rückgekauft werden. Damit konnten 2 Emissionen und 8 Schuldscheindarlehen komplett zurückgenommen werden.

Gemäß der am 30. Juni 2015 mit der Republik Österreich abgeschlossenen Restrukturierungsvereinbarung war die über eine Tochtergesellschaft gehaltene indirekte Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft bis Ende 2017 abzubauen. Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft auf die Raiffeisen Bank International AG (RBI) hat der immigon Konzern rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Der Erlös aus dieser Transaktion in Höhe von rund EUR 208 Mio. wird im Jahr 2017 das Eigenkapital um rund EUR 100 Mio. verbessern.

49) Segmentberichterstattung

Der immigon Konzern hat drei Geschäftssegmente, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Diese Geschäftsfelder bieten unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen an und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf das Mutterunternehmen sowie die einzelnen Tochterunternehmen auf.

Für jedes Geschäftsfeld wird zumindest halbjährlich an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die nach IFRS erstellten Einzelabschlüsse der Tochtergesellschaften sowie der Einzelabschluss des Mutterunternehmens. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen, Refinanzierungen oder erbrachte Dienstleistungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten.

Für die Segmentberichterstattung werden dieselben Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze angewendet wie im Konzernabschluss. Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt nach den in der Segmentberichterstattung angeführten Gewinn- und Verlustrechnungspositionen sowie den angeführten Bilanzwerten. Da die Steuerung unter anderem nach dem Zinsüberschuss erfolgt, werden Zinserträge und Zinsaufwendungen nicht separat angeführt.

Kredite und Wertpapiere

Das Segment umfasst die Finanzierungen in Form von Krediten und Wertpapieren. Diese entsprechen der immigon als Einzelinstitut.

Leasing

In diesem Segment werden die Tochterunternehmen aus dem Bereich Immobilienleasing der VB Real Estate Services Gruppe, das Immobilienleasing der Leasing - west GmbH & Co KG sowie das Mobilienleasing in CEE der VB Leasing International Gruppe zugeordnet.

Investment Property und Sonstiges

Die gewerblichen Immobilien der VB Real Estate Services Gruppe sind diesem Segment zugeordnet. Diese beinhalten auch unbebaute Grundstücke, welche vor allem in Tochtergesellschaften der REWO Unternehmensverwaltung GmbH gehalten werden. Neben der VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, die im April 2016 veräußert wurde, werden hier alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die keinem der anderen Unternehmensbereiche eindeutig zuordenbar sind.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Sekundäre Segmentberichterstattung

Die sekundäre Segmentberichterstattung orientiert sich an den Märkten, in denen der immigon Konzern tätig ist. Dabei werden alle Aktivitäten mit Schwerpunkt Österreich sowie Mittel- und Osteuropa dargestellt. Übrige Märkte, da sie keinen wesentlichen Anteil ausmachen, werden zum Segment Sonstiges zusammengefasst. Im Segment Mittel- und Osteuropa sind keine Länder enthalten, die einzeln dargestellt wesentlich sind. Die geographische Segmentberichterstattung orientiert sich grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft. Die Ergebnisse der immigon selbst werden der Region Österreich zugeordnet. Alle Konsolidierungen, die nicht innerhalb der Regionen Mittel- und Osteuropa sowie Sonstige Märkte vorzunehmen sind, sind im Bereich Österreich enthalten.

a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

EUR Tsd.	Kredite und Wertpapiere	Leasing	Investment Property und Sonstiges	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss					
1-12/2016	201.040	28.272	3.261	-212.542	20.031
1-12/2015	118.666	75.273	9.596	-110.997	92.537
Risikovorsorge					
1-12/2016	2.345	618	3.288	0	6.251
1-12/2015	-7.187	-2.966	807	0	-9.347
Provisionsüberschuss					
1-12/2016	-7.204	137	472	-24	-6.619
1-12/2015	-9.436	-302	19.401	-59	9.604
Handelsergebnis					
1-12/2016	7.227	863	258	0	8.347
1-12/2015	4.617	66	-490	0	4.193
Verwaltungsaufwand					
1-12/2016	-33.050	-16.742	-4.678	3.253	-51.216
1-12/2015	-105.714	-37.023	-20.396	5.847	-157.286
Restrukturierungsaufwand					
1-12/2016	1.658	0	0	0	1.658
1-12/2015	-9.412	-500	0	0	-9.912
Sonstiges betriebliches Ergebnis					
1-12/2016	-30.257	9.144	-2.295	-3.226	-26.634
1-12/2015	305.816	-2.766	42.381	-7.868	337.563
Ergebnis aus Finanzinvestitionen					
1-12/2016	-9.377	-3.247	8.704	0	-3.920
1-12/2015	-21.244	8.197	-52.153	0	-65.199
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity					
1-12/2016	0	0	4.603	0	4.603
1-12/2015	13.463	0	-1.174	0	12.289
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches					
1-12/2016	0	0	0	0	0
1-12/2015	0	0	-11.639	0	-11.639
Jahresergebnis vor Steuern					
1-12/2016	132.382	19.046	13.613	-212.538	-47.497
1-12/2015	289.569	39.979	-13.668	-113.077	202.803
Steuern vom Einkommen inklusive Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches					
1-12/2016	-1.303	-2.214	-156	0	-3.674
1-12/2015	3.345	-8.195	-2.325	0	-7.175
Jahresergebnis nach Steuern					
1-12/2016	131.079	16.832	13.457	-212.538	-51.171
1-12/2015	292.914	31.784	-15.993	-113.077	195.628
Bilanzsumme					
31.12.2016	4.200.541	539.314	190.414	-2.575.236	2.355.033
31.12.2015	5.442.225	1.293.481	399.164	-3.295.022	3.839.847
Forderungen an Kunden					
31.12.2016	374.207	275.703	845	-86.244	564.511
31.12.2015	907.486	457.842	12.742	-268.844	1.109.225
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen					
31.12.2016	0	0	22.753	0	22.753
31.12.2015	6.917	0	55.776	0	62.693
Verbindlichkeiten Kunden					
31.12.2016	240.861	102.753	26.804	-62.619	307.798
31.12.2015	349.666	236.516	89.762	-230.359	445.585
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital					
31.12.2016	965.567	0	57.698	-68.343	954.922
31.12.2015	1.683.062	0	57.698	-57.405	1.683.355

Im Segment Kredite und Wertpapiere sind im Geschäftsjahr 2016 EUR 204.533 Tsd. Beteiligungserträge aus verbundenen konsolidierten Unternehmen enthalten.

b) Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten

EUR Tsd.	Österreich	Mittel- und Osteuropa	Sonstige Märkte	Gesamt
Zinsüberschuss				
1-12/2016	269	19.695	68	20.031
1-12/2015	57.631	34.305	601	92.537
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft				
1-12/2016	7.798	-946	-600	6.251
1-12/2015	-5.643	-3.857	154	-9.347
Provisionsüberschuss				
1-12/2016	-6.815	196	0	-6.619
1-12/2015	8.967	640	-4	9.604
Handelsergebnis				
1-12/2016	7.235	1.530	-418	8.347
1-12/2015	4.629	-506	70	4.193
Verwaltungsaufwand				
1-12/2016	-38.882	-11.670	-664	-51.216
1-12/2015	-134.930	-21.249	-1.107	-157.286
Restrukturierungsaufwand				
1-12/2016	1.658	0	0	1.658
1-12/2015	-9.912	0	0	-9.912
Sonstiges betriebliches Ergebnis				
1-12/2016	-31.552	4.783	135	-26.634
1-12/2015	331.421	1.575	4.567	337.563
Ergebnis aus Finanzinvestitionen				
1-12/2016	-7.226	2.802	504	-3.920
1-12/2015	-74.080	6.637	2.244	-65.199
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity				
1-12/2016	3.492	0	1.111	4.603
1-12/2015	8.355	513	3.421	12.289
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches				
1-12/2016	0	0	0	0
1-12/2015	0	-11.639	0	-11.639
Ergebnis vor Steuern				
1-12/2016	-64.023	16.390	136	-47.497
1-12/2015	186.438	6.419	9.946	202.803

Langfristige Vermögenswerte (das sind Investment property Vermögenswerte, Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen) in Höhe von EUR 53.025 Tsd. (2015: EUR 116.044 Tsd.) werden in Mittel- und Osteuropa gehalten.

50) Risikobericht

a) Allgemein

Die immigon wird seit 4. Juli 2015 als Abbaugesellschaft gemäß § 162 iVm § 84 Abs. 1 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) betrieben. Sie darf ausschließlich solche Geschäfte betreiben, die der Erfüllung ihrer Aufgabe einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung dienen.

Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen einer Bank gem. CRR und CRD sind nicht mehr, die Bestimmungen des BWG nur mehr eingeschränkt anwendbar. Folgender Risikobericht geht auf die spezielle Geschäftstätigkeit der immigon als Abbaugesellschaft und die daraus resultierenden Risiken ein.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, die Umsetzung des Abbauplans bestmöglich zu unterstützen und die damit verbundenen Risiken zu managen, wobei der Schwerpunkt der Tätigkeit aufgrund des Abbauauftrages in der Risikomesung, Risikolimitierung und Risikoüberwachung liegt. In Anlehnung an § 84 Abs. 6 Z4 BaSAG werden nachfolgende Erfordernisse an das Risikomanagement bestimmt:

Sämtliche Entscheidungen in den Abbauportfolien sowie die Beurteilung der verschiedenen Optionen des Portfolioabbaus unterliegen grundsätzlich einem banküblichen Risikomanagement und somit dem 4-Augen-Prinzip. Hierbei sind auch die Beurteilung der gesamten Kundenbeziehung und die Auswirkungen der Einzelentscheidung auf die Abbaustrategie beim betroffenen Kunden von Relevanz. Laufende, mindestens jährliche Bonitäts- und Kreditbeurteilungen sowie die Second Opinion zu Abbauanträgen gehören zum Aufgabenbereich des Risikomanagements.

Weiters kommt dem Zins-, dem Währungs- und dem Liquiditätsrisikomanagement aufgrund der spezifischen Situation der Abbaugesellschaft eine besondere Rolle zu. Hier werden die Auswertungen und Verfahren des früheren Volksbanken-Verbundes für die Abbaugesellschaft weiterverwendet und diese nach den Grundsätzen des geordneten und bestmöglichen Abbaus ausgerichtet. Das Risikomanagement orientiert sich wesentlich an den im Volksbanken-Verbund im Einsatz befindlichen Methoden und Auswertungen und bedient sich der dortigen Risikomanagementsysteme und -verfahren, die mittels Service Level Agreement der immigon zur Verfügung gestellt werden. Dies jedoch mit der Einschränkung, dass sämtliche auf §§ 39, 39a BWG bezogenen internen Verfahren, insbesondere zur Beurteilung, Steuerung und Überwachung bankgeschäftlicher und bankbetrieblicher Risiken und zur Ermittlung des ökonomischen Kapitalerfordernisses von der immigon nicht formal bankaufsichtsrechtlich verstanden werden, sondern als materielle Risikomanagementstandards wie sie immigon zur Identifikation, Steuerung und Begrenzung ihrer verbleibenden Risiken einsetzt. Die derart eingesetzten Methoden, Systeme und Verfahren umfassen vor allem die Risikoinventur, Rating, Sicherheitenmanagement, Frühwarnsystem, Sanierungsmanagement, Marktrisiko, operationelles Risiko und Liquiditätsrisiko.

Im Speziellen umfasst das entsprechende Risikomanagement daher das Kredit-, Kontrahenten-, Konzentrations-, Markt-, Zins- und Liquiditätsrisiko sowie das operationelle Risiko.

b) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Die immigon hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden

aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Alle Risikoagenden werden von Dkfm. Michael Mendel in seiner Funktion als Chief Risk Officer (CRO) geleitet.

Risikopolitische Grundsätze

Die immigon steuert und überwacht ihre Risiken mit dem Ziel einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung ihrer Vermögensgegenstände. Dabei gelten folgende risikopolitischen Grundsätze:

- Es bestehen klare Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich alle Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ausrichten lassen.
- Die Vorgaben zum Risikomanagement sind unter Berücksichtigung aller Risikoarten in einem Risikohandbuch festgelegt. Dieses Regelwerk orientiert sich an der Generellen Weisung Risikomanagement für den Volksbanken-Verbund, wobei Anpassungen im Hinblick auf den genehmigten Abbauplan sowie an die Anforderungen einer Abbaugesellschaft und die geänderte Organisationsstruktur vorgenommen wurden.
- Für alle Risikoarten werden adäquate Systeme und Methoden zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung eingesetzt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.
- Alle mess- und steuerbaren Risiken unterliegen einer Limitstruktur, die einer regelmäßigen operativen Überwachung unterliegt.
- Ein zeitnahes, regelmäßiges und alle Risikoarten umfassendes Risikoreporting ist implementiert. Der Risikobericht informiert den Vorstand und Aufsichtsrat periodisch über die Entwicklung der Risikosituation und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

c) Kreditrisiko

Definition

Unter Kreditrisiko werden folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer der Abbaugesellschaft sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) versteht die immigon das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem over the counter (OTC) Geschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommt und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Geschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für die Abbaugesellschaft eintritt. Die tägliche Bewertung sämtlicher Geschäfte der Abbaugesellschaft wird bis zum vollständigen Abbau dieser Positionen durchgeführt. Großteils ist das Kontrahentenrisiko durch Besicherungsvereinbarungen mit täglichem Austausch von Cash Collateral minimiert.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht aufgrund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Unter dem makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt.

Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) beschreibt das Risiko, das sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind mögliche Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch signifikant gestiegen, woraus sich potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird das Risiko verstanden, dass aufgrund eines Ausfalls eines Kunden die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde. Daher werden Kreditrisiken nicht nur auf Einzelkundenebene, sondern auch auf Kundengruppenebene betrachtet, wobei eine Kundengruppe primär nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht bloß nach rechtlichen Aspekten gebildet wird. Die Erkennung und Quantifizierung von Konzentrationen erfolgt im Rahmen der regelmäßigen Engagementüberwachung durch das Risikomanagement. Diese Überwachung erfolgte bis September 2016 monatlich, seit Oktober 2016 quartalsweise. Zusätzlich werden ausgefallene und ausfallsgefährdete Kunden quartalsweise im Rahmen der Watchlist auch im Hinblick auf die Konzentrationsrisiken bewertet und dargestellt.

Die größten 20 Kundenforderungen der immigon weisen einen Gesamtrahmen von EUR 235 Mio. auf, was im Konzern einem Anteil von 42 % am Gesamtportfolio entspricht. Die Besicherungsquote dieser Kunden beläuft sich auf 55 %. Der für diese Kunden ermittelte Expected Loss (EL) von EUR 47 Mio. ist durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 77 Mio. mehr als abgedeckt.

Collateral Management - Derivatehandel

Im Rahmen des internen Risikomanagements findet für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swap and Derivatives Association, österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag) und Credit Support Annex (CSA)-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit derzeit 40 Partnern (44 per 31. Dezember 2015) statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Collateral abgedeckt werden. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicherheitstransfer in Form von Cash in EUR sowie mit einem Partner auch in USD.

Organisation und Risikostrategie

Die Dokumentation der internen Verfahren und Kontrollsysteme, welche die laufende Abwicklung der Kredit- und Leasinggeschäfte gewährleisten, gehört u.a. zum Aufgabenbereich einer internen Organisationseinheit der Abbaugesellschaft. Abbauentscheidungen werden entlang einer Pouvoirordnung getroffen, die sicherstellt, dass die Inkaufnahme von Verlusten nur innerhalb festgelegter Grenzen stattfindet. Die Pouvoirordnung der immigon enthält Limite zur Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und auch von Klumpenrisiken.

Die Abbaugesellschaft unterliegt hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit weitgehenden gesetzlichen Einschränkungen. Es werden keine Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegengenommen und es wird diesbezüglich kein Neugeschäft mehr betrieben. Prolongationen zu Kreditgeschäften werden in Ausnahmefällen nur getätigt, falls es eine realistische und mit Fakten untermauerte sowie plausible Aussicht gibt, dass die künftige Rückführbarkeit oder die Verwertbarkeit der Finanzierung im Rahmen des Abbaus durch eine Prolongation verbessert wird. Bei der Steuerung der Risikopositionen wird generell darauf abgezielt, die bestehenden Transaktionen bzw. Geschäfte zu verringern. Es ist

daher bei einer Veränderung der Risikopositionen durch Abbau (z.B. vorzeitiger Verkauf von Aktiva oder Rückkauf von Passiva) primär eine Risikominimierung durch Auflösung bzw. Abbau (Verkauf) von zugehörigen Absicherungsinstrumenten vorzunehmen. Sollte der Abschluss von Sicherungsgeschäften für die Reduktion von Zins- oder Währungsrisiken bestehender Grundgeschäfte im Rahmen der Abbautätigkeit notwendig werden, so erfolgen diese ausschließlich mittels Transaktionen, die bereits in Verwendung waren und entsprechende Produkteinführungsprozesse durchlaufen haben.

Durch das Risikomanagement wird sichergestellt, dass jedes Engagement eines Kreditnehmers jährlich überprüft wird. Grundsätzlich umfasst eine Engamentüberwachung folgende Inhalte:

- Unternehmens- bzw. Personentätigkeit
- Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick (Bilanzkennzahlen / Finanzierungsstruktur, etc.)
- Obligo und Besicherung
- Festlegung und Überprüfung der Abbaustrategie
- Beurteilung der bisherigen Geschäftstätigkeit und des Zahlungsverhaltens
- Stellungnahmen des Review-Erstellers und des Risikomanagements

Ausgefallene bzw. ausfallsgefährdete Kunden werden einem intensivierten Überwachungsprozess zugeführt, der u.a. eine vierteljährliche Berichterstattung über diese Engagements im Rahmen einer Watchlist-Sitzungen an den Vorstand vorsieht.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist die Anwendung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das Abbauportfolio zugeschnitten sind, notwendig. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme, die in der immigon Gruppe weitergeführt werden, wurde insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) aufweisen und mit einer Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und -Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wird daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter gelegt.

Bei den nachfolgenden Tabellen sind die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte inkludiert.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien

	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert brutto	784.184	1.623.607
Risikovorsorge	132.046	215.132
Buchwert netto	652.138	1.408.475
Einzelwertberichtigung		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	303	179
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.813	3.925
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	1.960	2.580
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	211.848	397.495
Risikokategorie 6 (NR)	80	592
Buchwert brutto	219.004	404.771
Risikovorsorge	130.683	212.413
Buchwert netto	88.321	192.358
> 90 Tage und <= 180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	168	333
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	168	333
> 180 Tage und <= 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	2.651	79
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	2.651	79
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	357	5.301
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	357	5.301
Weder überfällig noch wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	18.256	51.360
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	136.332	328.743
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	337.573	649.494
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	59.313	144.563
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	9.983	38.502
Risikokategorie 6 (NR)	547	460
Buchwert brutto	562.005	1.213.122
Portfoliowertberichtigung		
	1.363	2.719
Gesamt-Buchwert netto	652.138	1.408.475

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 (NR) fasst alle nicht ausgefallenen Forderungen zusammen, die keiner der anderen Risikokategorien 1 – 4 zugeordnet sind. Das sind vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen. Diese Kategorie umfasst Kunden unterschiedlichster lebender Ratings und ist im Gegensatz zu den anderen Risikokategorien keinem bestimmten Risiko zuzuordnen. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde in eine bessere (performende) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden			
	31.12.2016		31.12.2015	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Einzelwertberichtigung				
Rating 5A	0	0	0	0
Rating 5B	85.002	50.048	215.629	147.919
Rating 5C	81.702	29.916	78.802	17.453
Rating 5D	36.577	7.735	96.303	25.931
Rating 5E	8.567	623	6.762	850
Gesamt	211.848	88.321	397.495	192.152
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt				
Rating 5A	0	0	446	446
Rating 5B	2.819	2.819	0	0
Rating 5C	259	259	4.686	4.686
Rating 5D	98	98	582	582
Rating 5E	0	0	0	0
Gesamt	3.175	3.175	5.714	5.714
Weder überfällig noch wertberichtigt				
Rating 5A	3.329	3.329	6.575	6.575
Rating 5B	0	0	915	915
Rating 5C	6.655	6.655	30.841	30.841
Rating 5D	0	0	171	171
Rating 5E	0	0	0	0
Gesamt	9.983	9.983	38.502	38.502
Gesamt-Buchwert	225.007	101.480	441.711	236.368

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	Brutto	Netto ¹⁾
31.12.2016		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	18.256	18.256
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	136.634	136.332
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	342.386	337.573
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	61.273	59.313
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	225.007	101.480
Risikokategorie 6 (NR)	627	547
Gesamt	784.184	653.501
31.12.2015		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	51.360	51.360
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	328.922	328.743
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	653.419	648.942
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	147.143	145.321
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	441.711	236.368
Risikokategorie 6 (NR)	1.052	460
Gesamt	1.623.607	1.411.194

¹⁾Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der aushaftenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt, aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss.

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen Lebend	
	Buchwert	Unbesichert	Unbesichert	Risiko-vorsorge	Unbesichert	Erwarteter Verlust
31.12.2016						
Kredit und Wertpapiere	483.643	296.026	102.973	114.426	193.053	1.564
Investment Property und Sonstiges	10.437	10.357	697	496	9.660	36
Leasing	290.104	63.910	16.413	13.329	47.497	2.255
Gesamt	784.184	370.293	120.082	128.251	250.210	3.854
31.12.2015						
Kredit und Wertpapiere	976.076	623.010	214.459	185.317	408.551	4.924
Investment Property und Sonstiges	96.388	54.686	776	10.080	53.911	179
Leasing	551.143	165.958	17.044	9.946	148.914	2.858
Gesamt	1.623.607	843.654	232.278	205.343	611.376	7.961

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition von Artikel 178 CRR bei mehr als 90 Tagen Überfälligkeit oder bei Vorliegen von Indikatoren für die Zahlungsunfähigkeit. Den ausgefallenen Forderungen wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt und den performenden Forderungen ist der über das nächste Jahr erwartete Verlust (Expected Loss) gegenübergestellt. Der Expected Loss ergibt sich aus den internen Bonitätseinstufungen, der wirtschaftlichen Besicherungssituation und der daraus abgeleiteten erwarteten Verlusthöhe bei Ausfall.

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	31.12.2016	31.12.2015
Sicherheiten zu einzelwertberechtigten Forderungen		
Barreserve	866	1.765
Wertpapiere	284	1.477
Hypotheken	67.086	140.565
Garantien	21.518	27.274
Mobilien	2.930	1.941
Sonstige	8.537	76.946
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind		
Barreserve	0	0
Wertpapiere	0	0
Hypotheken	608	4.671
Garantien	2.130	0
Mobilien	178	369
Sonstige	0	0
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind		
Barreserve	22.362	20.210
Wertpapiere	1.052	0
Hypotheken	59.830	117.211
Garantien	9.918	41.291
Mobilien	182.095	309.232
Sonstige	34.498	37.000
Wert der Sicherheiten gesamt	413.891	779.953

Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek. Mobilien sicherheiten stammen aus den Leasingeinheiten des Konzerns und stellen im Wesentlichen Privat-PKW's dar.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung und verteilt auf die strategischen Geschäftsfelder

EUR Tsd.	Österreich	EWR inkl. Schweiz	EU Mittel- u. Osteuropa			USA und Kanada	Sonstige	Gesamt
			Nicht EU Europa					
31.12.2016								
Kredit und Wertpapiere	193.901	77.414	176.388	32.720	0	3.220	483.643	
Investment Property und Sonstiges	4.855	4.919	662	0	0	0	10.436	
Leasing	39.983	20.420	174.141	55.560	0	0	290.105	
Gesamt	238.739	102.753	351.192	88.280	0	3.220	784.184	
31.12.2015								
Kredit und Wertpapiere	307.578	193.795	470.767	13	0	3.923	976.076	
Investment Property und Sonstiges	83.332	2.326	10.730	0	0	0	96.388	
Leasing	121.513	0	329.401	100.230	0	0	551.143	
Gesamt	512.424	196.121	810.897	100.242	0	3.923	1.623.607	

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als bedeutender Bestandteil des Kreditrisikomanagements im immigon Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im immigon Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung werden umfassend in einem Sicherheitenhandbuch dargestellt.

Dort erfolgt eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Sicherheitenart. Dabei ist jeder Sicherheitenart die Information zugeordnet, ob sie grundsätzlich als wirtschaftlich taugliche Sicherheit gilt und somit zur Reduktion des ökonomischen Risikos herangezogen werden kann.

Wurden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, sind diese nach konzernweit verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestehen klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wird regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhängt und konzernweit einheitlich geregelt ist.

Bewertung von Kreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet.

Die initiale Bewertungsmethode einer Kreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise dokumentiert.

d) Marktrisiko

Definition

Als Marktrisiko wird in der immigon das Risiko finanzieller Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z.B. Aktienkursen, Zinsen, Wechselkursen oder Rohstoffen) bezeichnet. Die Marktrisiken der immigon resultieren aus dem abzubauenen Kredit- und Wertpapierportfolio, dem zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken notwendigen Derivateportfolio und aus dem Aktiv-Passiv-Management der Abbaugesellschaft.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung, Überwachung und Limitierung aller Marktrisiken wird vom marktunabhängigen Risikomanagement wahrgenommen. Als wesentliche Risiken sind das Marktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Credit-Spread Risiko zu nennen.

Marktrisiko

Die tägliche Messung und das Reporting aller Marktrisiken inklusive Zins- und Optionssensitivitäten stellt die Basis für eine effektive Bewirtschaftung des Portfolios und eine entsprechende Risikominimierung in der immigon dar. Das Marktrisiko der Abbaugesellschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf Überhänge aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen und Laufzeitinkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivseite, die aufgrund des Abbaus kurzzeitig entstehen können. Durch Abreifen der Geschäfte und Verkäufe bzw. Rückkäufe entstehen Marktrisiken, die ein aktives Managen und entsprechende Anpassungen der Hedgeposition erfordern.

Im Hinblick auf die spezifische Zielsetzung der immigon, die sich aus dem klaren Auftrag für einen möglichst raschen und wertschonenden Abbau aller Vermögenswerte ergibt und die entsprechend risikoaverse Abbaustrategie, wird auf den Einsatz von Methoden zur Quantifizierung von Konzentrationsrisiken, wie etwa Stresstestprogrammen oder Sensitivitätsanalysen, verzichtet.

Zinsänderungsrisiko

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien zu analysieren. Das Zinsänderungsrisiko wird auf Basis der Zinsrisikostatistik der OeNB sowie auf weiterführenden Sensitivitätsanalysen gemessen und analysiert. Das Risiko wird durch Zinssensitivitätslimite beschränkt. Die Limithöhen werden zumindest jährlich oder bei Bedarf evaluiert und vom Vorstand beschlossen.

In der Risikoberechnung werden alle zinssensitiven Positionen einbezogen. Darunter werden alle bilanziellen sowie außerbilanziellen Positionen mit der charakteristischen Eigenschaft der zinsbezogenen Finanzinstrumente verstanden, deren Marktwert oder Gegenwartswert (rechnerischer Barwert) von Marktzinssätzen abhängen.

Da die mit der Gap-Methode ermittelten Kennzahlen limitierte Aussagekraft (keine Berücksichtigung von Zins-Cashflows, Einordnung in Laufzeitbänder, Parallelverschiebung der Zinskurve, etc.) besitzen, wird zusätzlich ein Barwert-Report erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese für die Steuerung ebenfalls unbedingte erforderlichen Barwertanalysen werden für alle Positionen in jeder Währung separat vorgenommen.

Zum Ultimo stellen sich die Zinssensitivitäten der immigon, das heißt die Auswirkung der Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt, aufgliedert nach den wichtigsten Währungsräumen wie folgt dar¹⁾:

EUR Tsd. Währung	31.12.2016	31.12.2015
EUR	-9	-6
USD	0	-9
CHF	0	1
Sonstige	-4	-6
Gesamt	13	22

Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 hat sich das Zinsänderungsrisiko aufgrund der fortgeschrittenen Abbautätigkeit weiter reduziert.

Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern. Das Fremdwährungsrisiko wird mit Fremdwährungsderivaten ausgesteuert.

Das unmittelbare Fremdwährungsrisiko im Kreditportfolio der immigon, das sich aus Finanzierungen in Fremdwährungen (nicht EUR) ergibt, ist bezogen auf die Kundenforderungen mit einem Anteil von 0,2 % des Gesamtkreditvolumens als unbedeutend einzustufen. Ein gewisses inhärentes Fremdwährungsrisiko resultiert allerdings aus EUR-Krediten, die an Kunden in Nicht-EUR Ländern, wie z.B. Rumänien, Ungarn oder Kroatien, ausgereicht wurden. Das Ausmaß dieser Finanzierungen ist mit 48 % des Gesamtkreditvolumens der immigon zu beziffern. Mitigiert wird dieses Risiko dadurch, dass die Kunden in der Regel entsprechende Erträge in EUR generieren.

¹⁾ Hier wird innerhalb der Währungen saldiert (positiv und negativ) aber vorzeichenneutral über die Währungen hinweg addiert.

e) Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben zur Trennung von Markt und Marktfolge entsprechend, wird das Liquiditätsmanagement vom Treasury der immigon durchgeführt, während die Überwachung des Liquiditätsrisikos vom Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Liquiditätsmanagement umfasst die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement der immigon verantwortlich. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wird mittels eines Planungstools erstellt. Neben einem Real Case Szenario wird die Risikomessung durch ein Stressszenario ergänzt.

Die aus der Laufzeiteninkongruenz zwischen der Aktiv- und Passivseite bzw. durch die vorzeitige Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Überliquidität stellt bei der Veranlagung ein mögliches Risikopotential bzw. einen Kostenfaktor für die Abbaugesellschaft dar. Daher erfolgt die Veranlagung von Liquidität unter der Maßgabe einer möglichst risikofreien Veranlagung, um den Abbauerfolg nicht durch das Eingehen von neuen Kreditrisiken zu gefährden.

Die Veranlagung der Ergebnisse aus den Abbaumaßnahmen erfolgt ausschließlich bei der Oesterreichische Nationalbank. Aufgrund des vorherrschenden Zinsniveaus wird mit dieser kurzfristigen und risikoarmen Veranlagung ein Verlust erwirtschaftet.

Ausgehend von der oben angeführten Risiko-/Ertragssituation plant die Abbaugesellschaft Maßnahmen, um die Passivseite in einem gewissen Verhältnis zur Aktivseite möglichst gleichmäßig zu reduzieren. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität kann dabei nur insofern erfolgen, als dass der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer (für den Fall eines verzögerten Abbaus der Aktivseite) von EUR 500 Mio. nicht unterschritten werden darf. Dieser wird in Abstimmung mit der FMA regelmäßig an das Risikoprofil angepasst.

Liquide Mittel, die über den Liquiditätspuffer hinaus gehen, verwendet die immigon dazu, um den Inhabern von Wertpapierverbindlichkeiten (Senior Unsecured Schuldtiteln, Nachrang- oder Ergänzungskapitalanleihen) und Schuldscheindarlehen regelmäßig Rückkaufangebote zu unterbreiten. Die Häufigkeit bzw. die nominelle Betragshöhe von Rückkaufangeboten ist nicht nur von der zur Verfügung stehenden Überliquidität und der Vorschau auf die noch zu erwartenden Zahlungsströme, sondern auch von der Aufnahmefähigkeit des Marktes abhängig.

Das Liquiditätspotenzial ist für die immigon als Abbaugesellschaft bedeutend und stellt sich wie folgt dar:

EUR Mio.	31.12.2016	31.12.2015
Zentralbankguthaben (OeNB)	1.110	1.080
Barmittel (Volksbank Wien AG)	15	17
Qualitativ hochwertige, liquide Wertpapiere	108	135
Offene CSA-Verträge	0	115
Gesamtes Liquiditätspotential	1.233	1.347

Im Jahr 2016 wurden vier Rückkaufprogramme (RKP) neu vorgenommen sowie ein laufendes Rückkaufprogramm aus dem Jahr 2015 beendet:

- RKP III startete als Fixpreistender für Senior Unsecured Verbindlichkeiten und Schuldscheindarlehen am 9. November 2015 und wurde am 23. Juni 2016 eingestellt. Während der gesamten Programmdauer wurden Nominale EUR 434,3 Mio. an Verbindlichkeiten zurückgekauft; davon im Jahr 2016 ein Nominale von EUR 186,9 Mio.
- RKP IV startete am 13. April 2016 als Reverse Modified Dutch Auction auf Nachranganleihen der immigon mit Fälligkeiten ab dem 1. Jänner 2018. Es konnten Nominale EUR 139 Mio. zurückgenommen werden.
- RKP V wurde als Fixpreistender, ebenso auf Nachranganleihen, am 11. Juli 2016 gestartet, wobei Nominale EUR 8,8 Mio. der immigon angeboten und von dieser angenommen wurden.
- Am 7. Oktober 2016 wurde als RKP VI der Rückkauf von Ergänzungskapitalanleihen, als Reverse Modified Dutch Auction, mit Fälligkeiten ab dem 1. Jänner 2018 aufgenommen. Mit diesem Programm konnten Nominale EUR 58,9 Mio. zurückgekauft werden.
- Ende November 2016 hat die immigon ein Kaufanbot von zwei Inhabern einer Hybridkapitalanleihe, die von der Investkredit Funding Ltd. begeben wurde, über insgesamt Nominale EUR 12,6 Mio. angenommen.
- Mit dem Start eines neuerlichen Rückkaufprogrammes (RKP VII) am 2. Dezember 2016 über ein Rückkaufanbot für diese Hybridkapitalanleihe wurde den Investoren zu den gleichen Konditionen ein Verkauf gegen Barzahlung angeboten. Dabei konnten zusätzlich Nominale von EUR 2 Mio. durch die immigon zurückgenommen werden.

Von 550 unterschiedlichen Emissionen zum Zeitpunkt der Spaltung im Jahr 2015 (einschließlich Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen) wurden somit bis Jahresende 2016, inklusive fälligen Verbindlichkeiten, 357 Emissionen und ein Gesamtvolumen von EUR 2,5 Mrd abgebaut und abgestockt.

Liquiditätsvorschau 2017

Der Liquiditäts-Gap der vereinfachten Liquiditätsplanung, hochgerechnet für das komplette Jahr 2017, zeigt einen Netto-Liquiditätsabgang von EUR 247 Mio. Den geplanten Eingängen in Höhe von EUR 237 Mio. (zu erwartende Eingänge aus dem Abbauportfolio und diversen Verkäufen) stehen Ausgänge in Höhe von EUR 484 Mio. (Tilgungen von Wertpapier-Verbindlichkeiten) gegenüber. Diese vereinfachte Liquiditätsplanung beinhaltet nicht außerordentliche Abgänge aus eventuell vorgezogenen Kündigungen von Verbindlichkeiten sowie mögliche Rücknahmen von allenfalls neu zu planenden Rückkaufprogrammen oder anderen auftretenden Sonderfaktoren. Ebenso nicht berücksichtigt sind eventuell noch zu planende außerordentliche Veräußerungen von diversen Assets.

Konzentrationsrisiko

Ein Großteil der vorhandenen Überschussliquidität ist aus Risikoüberlegungen und der erforderlichen schnellen Verfügbarkeit bei der Oesterreichische Nationalbank veranlagt (per 31. Dezember 2016: EUR 1.110 Mio.).

f) Operationelles Risiko

Definition

Die immigon definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Darüber hinaus werden in der immigon ebenso Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken, wie beispielweise jene aus Geschäftsprozessunterbrechungen, in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

Zur Messung operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird dabei durch die Abteilung Risikomanagement unterstützt.

Operatives Risikomanagement und -controlling

In der immigon gelten folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Daher werden operationelle Ereignisse in einheitlicher Form zentral erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Angemessenheit der Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich im Rahmen einer OpRisk-Klausur, neu bewertet. Die Ergebnisse werden an das Linienmanagement, das Risikomanagement sowie den Vorstand berichtet. An dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augen-Prinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Die internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen (IKS) stellen den angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sicher.
- Operationelle (Rest-) Risiken, die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, werden formal und nachweislich durch den Risikoverantwortlichen (Risk Owner) akzeptiert.
- Die Implementierung zusätzlicher Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird überwacht und die Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der periodischen Revisionsprüfung bewertet. Des Weiteren wird die Effizienz des operationellen Risikomanagements durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen evaluiert.

g) Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der immigon Konzern das Risiko von Verlusten aus der Beteiligungsbewertung oder dem Abgang von Beteiligungen.

Das Beteiligungsvolumen nach Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 19 Mio., wovon EUR 13 Mio. auf verbundene nicht konsolidierte Unternehmen und EUR 6 Mio. auf Beteiligungsunternehmen entfallen. Als wesentlichste noch verbliebene Beteiligung im Konzern hielt die immigon (durchgerechnet über ein verbundenes Unternehmen) eine 4,64 %ige Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, die gemäß dem Restrukturierungsplan 2015 der immigon bis Ende des Jahres 2017 zu verkaufen ist. Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft auf die Raiffeisen Bank International AG hat der immigon Konzern rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Betreffend weiterer Ausführungen verweisen wir auf Kapitel 48) Ereignisse nach Bilanzstichtag.

h) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der immigon Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Geschäftsrisiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Betriebsergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der immigon Konzern die Gefahr, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Geschäftsrisiko (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können. Dieser Situation sieht sich die Abbaugesellschaft nach Verlust ihrer operativen Ertragskraft ausgesetzt.

Bis auf das letztgenannte Ertragsrisiko besitzen die sonstigen Risiken zwar keine wesentliche Bedeutung für den immigon Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent.

51) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	SO	50,00 %	50,00 %	1
Duna Tower Ingatlanhasznosító és Kereskedelmi Kft.; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	42
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH; Wien	SH	100,00 %	100,00 %	35
IMMOINVEST, s.r.o.; Bratislava	SO	100,00 %	100,00 %	33
Immopol Omega Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	48
IMMOROM BETA SRL; Bucharest	SO	100,00 %	100,00 %	1
IMMOROM DELTA SRL; Bucharest	SO	100,00 %	100,00 %	3.251
INPROX Karlovac d.o.o. u likvidaciji; Krapina	SO	100,00 %	100,00 %	14
Investkredit Funding Ltd.; St. Helier - JERSEY	HD	100,00 %	100,00 %	10
Investkredit International Bank p.l.c.; Sliema	SO	100,00 %	100,00 %	7.500
Investkredit-IC Holding alpha GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
LAND SIBIU TWO s.r.l.; Bucharest	SO	100,00 %	100,00 %	10.178
Leasing - west Gesellschaft m.b.H. & Co. Kommanditgesellschaft in Liqu.; Wörgl	FI	100,00 %	100,00 %	1.124
Leasing-west Gesellschaft m.b.H. in Liqu.; Wörgl	FI	100,00 %	100,00 %	36
ÖVAG FINANCE (JERSEY) LIMITED; St. Helier - JERSEY	HD	100,00 %	100,00 %	0
PPI ONE Ltd.; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	117
Premium Office One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	8.371
PRI FIVE Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
REWO Unternehmensverwaltung GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
RO REWO 90 Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
Selene Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	49
Skalea Investments Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
Themis Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	72
Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	73
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	FI	50,00 %	50,00 %	10.286
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	5.343
VB Real Estate Holding eins GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding Euphemia GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Holding Zeta GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding zwei GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Alpha GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Delta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Gamma GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Ismene GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Penta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Leasing RAI GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Services Czechia s.r.o.; Praha 5	FI	100,00 %	100,00 %	4
VB Real Estate Services GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	3.270
VB Real Estate Services Polska Spółka z.o.o.; Warszawa	FI	100,00 %	100,00 %	94
VBCS Beteiligungsverwaltung Ges.m.b.H.; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VBI Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBL SERVICES DOO BEOGRAD; Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	81
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	HO	50,00 %	50,00 %	5.603
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	SO	60,00 %	60,00 %	956
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00 %	50,00 %	28.973
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VBZ Váci u. 37 Irodaközpont Kft "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	11

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	FI	50,00 %	50,00 %	2.124
Wroclaw Office Park One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	49

1) Bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

52) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
TPK-24 Europe B.V.; Amsterdam	SO	30,00 %	30,00 %	0
TPK-24 Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	30,00 %	30,00 %	38.699
VBI Beteiligungs GmbH; Wien	SO	51,00 %	51,00 %	35

53) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
"VBV iota" - IEB Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	36
IC Malta A.M. Company Limited; Malta	SO	100,00 %	100,00 %	7
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Immoconsult Ares Leasinggesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Immopol Alpha Sp.z.o.o. "w likwidacji"; Warschau	SO	100,00 %	100,00 %	23
Immorent-VBV Grundverwertungsgesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
Invest Mezzanine Capital Management GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Kalvin-Center Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	10
Land Herodot S.R.L.; Bukarest	SO	100,00 %	100,00 %	2.410
Levade S.A.; Luxemburg	HD	100,00 %	100,00 %	70
OBI Eger Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00 %	80,00 %	10
OBI Miskolc Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00 %	80,00 %	10
OBI Veszprém Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság; Budapest	FI	80,00 %	80,00 %	10
PLUYETTE INVESTMENTS LIMITED; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	2
PREMIUMRED REAL ESTATE MANAGEMENT LIMITED; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	1
Protea Létesítményszervező Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	2
SHELF INVESTMENT Kft.; Budapest	FI	100,00 %	100,00 %	11
VB Real Estate Development Baross Ingatlan Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	10
VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Services Slovakia, s. r. o. "v likvidácii"; Bratislava	SO	100,00 %	100,00 %	266
VBV Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	36
VBV zeta Beteiligungen Anlagen Vermietung GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Verwaltungsgenossenschaft der Volksbank Wien e. Gen. in Liqu.; Wien	HO	79,86 %	79,86 %	2.602
VIBE-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35

*Abkürzung GesArt

FI	Finanzinstitut
HD	bankbezogener Hilfsdienst
SO, SH, HO	sonstige Unternehmen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, am 24. März 2017



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal + Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

immigon portfolioabbau ag, Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzerngeldflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS) und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Rahmen der Prüfung haben wir folgende derartige Sachverhalte identifiziert:

1. Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden
2. Bewertung des Minderheitenanteils an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft
3. Ansatz und Bewertung der Rückstellungen für Rechtsrisiken

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Konzernabschluss

Der Vorstand beschreibt die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Anhang (Notes) zum Konzernabschluss in Kapitel 3)o) „Rechnungslegungsgrundsätze - Risikovorsorge“, in Kapitel 15) „Risikovorsorge“ sowie in Kapitel 50)c) „Risikobericht – Kreditrisiko“.

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert dieser Forderungen beträgt zum 31. Dezember 2016 564,5 Mio. EUR. Es bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe von 111,1 Mio. EUR. Das noch bestehende Kreditportfolio umfasst im Wesentlichen Unternehmens- und Immobilienfinanzierungen in Österreich sowie CEE und SEE.

Die Überwachung der Werthaltigkeit der Kundenforderungen und die damit verbundene Überprüfung hinsichtlich des Vorliegens von Ausfallsindikatoren, erfolgt durch das Risikomanagement. Im Falle des Vorliegens von Ausfallsindikatoren, wird die Werthaltigkeit mittels der Discounted Cash Flow Methode überprüft. Hierbei werden Höhe und Zeitpunkte von Rückflüssen, die von Kunden geleistet werden aus der Verwertung von Sicherheiten resultieren, individuell eingeschätzt. Im Falle von geplanten Kreditverkäufen oder fließt bei dieser Ermittlung auch die Einschätzung über das Verhandlungsergebnis mit Käufern ein. Die Ermittlung des Vorsorgebedarfs ist daher wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung von Kreditsicherheiten vor dem Hintergrund einer kurzfristigen Realisierbarkeit sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung von Forderungen an Kunden in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen sowie länderspezifischen Besonderheiten beeinflusst ist. Hierzu zählen insbesondere die individuelle kundenspezifische Einschätzung der zukünftigen Cash Flows unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Kunden, der Wertansatz von Kreditsicherheiten im Verwertungsfall und die Schätzung von Verwertungsdauer und -kosten, sowie Annahmen zu markt- oder bonitätsbedingten Abschlägen aufgrund von Verhandlungen im Rahmen von Kreditverkäufen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der konzernweiten Prozesse zur Überwachung und Risikovorsorgenbildung für Kundenforderungen analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Kreditausfälle zu identifizieren und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Darüber hinaus haben wir anhand von Stichproben die wesentlichen internen Kontrollen in Bezug auf die Bewertung der Kundenforderungen auf deren Ausgestaltung und Implementierung, sowie auf deren Effektivität getestet.

Im Rahmen der Kreditprüfung haben wir auf Basis einer Stichprobe an Krediten untersucht, ob Indikatoren für Kreditausfälle bestehen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Bei Feststellung von Ausfallsindikatoren wurden die von der Gesellschaft getroffenen Annahmen zur Ermittlung der Risikovorsorgen über ein DCF-Modell hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit untersucht sowie mit Detailinformationen aus der Kundenkorrespondenz verglichen. Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen nachvollzogen. Für die Beurteilung von Höhe und Zeitpunkt von Rückflüssen, welche aus der Verwertung von Immobiliensicherheiten angenommen wurden, haben wir zudem unsere Immobilien-Bewertungsspezialisten einbezogen, um die aus den vorgelegten Bewertungsgutachten oder bank-internen Berechnungen abgeleiteten Rückflüsse anhand von Marktvergleichen und externen Informationsquellen zu überprüfen.

Weiters haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Bewertung der Forderungen an Kunden im Anhang angemessen sind.

Bewertung des Minderheitenanteils an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft

Das Risiko für den Konzernabschluss

Wir verweisen auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang (Notes) zum Konzernabschluss in Kapitel 3)q) „Rechnungslegungsgrundsätze – Finanzinvestitionen“, in Kapitel 37) „Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ sowie in Kapitel 48) „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“.

Die immigon portfolioabbau ag ist indirekt im Ausmaß von 4,64 % an der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Wien („RZB“), beteiligt. Aufgrund der mit der Republik Österreich abgeschlossenen Restrukturierungsvereinbarung sowie der in 2015 erfolgten Änderungen des Geschäftsmodells in eine Abbaugesellschaft, hat der Vorstand der immigon bis spätestens zum Ende des Geschäftsjahres 2017 eine rasche und bestmögliche Verwertung dieses Minderheitenanteils zu erwirken.

Der Minderheitenanteil an der RZB ist als zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert klassifiziert. Für die Bewertung des Minderheitenanteils an der RZB hat die Gesellschaft – da keine ausreichenden Informationen über die Unternehmensplanung zur Anwendung eines DCF-Verfahrens vorlagen – wie in Vorjahren ein Bewertungsmodell angewendet, welches über ein Multiple-Verfahren sowohl Substanzwert- als auch Ertragswertkomponenten berücksichtigt. Diesem Modell liegen veröffentlichte Informationen der RZB und Schätzung von aus Marktdaten abgeleitete Multiples zu Grunde, aus denen sich Unsicherheiten und Ermessensspielräume ergeben. Hierzu zählen insbesondere die erwartete Entwicklung von Marktparametern, die Auswirkung der Verschmelzung von RZB und Raiffeisen Bank International AG („RBI“), die Wahl einer angemessenen Peer Group zur Ermittlung der Multiples für die Bewertung sowie die Schätzung möglicher Verluste aus einer erschwerten Verwertbarkeit des Minderheitenanteils vor dem Hintergrund der zeitlichen Vorgaben aus dem Abbauplan, welche durch Abschläge für Illiquidität und Modellrisiken berücksichtigt werden.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung des Minderheitenanteils in hohem Maße von der Einschätzung der oben angeführten Faktoren und Schätzungen für das Bewertungsmodell und die Verwertbarkeit des Minderheitenanteils, beeinflusst ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Angemessenheit des Bewertungsmodells und die darin enthaltenen, wesentlichen Annahmen und Ermessensentscheidungen hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit beurteilt und als Teil des Prüfungsteams unsere eigenen Bewertungsspezialisten zur Analyse des zugrunde liegenden Bewertungsmodells hinzugezogen. Hierbei haben wir die Bewertungsmethodik hinsichtlich ihrer Angemessenheit untersucht sowie die Parameter und Annahmen anhand von markt- und branchenspezifischen Richtwerten und öffentlich verfügbaren Informationen daraufhin analysiert, ob diese nachvollziehbar sind und in einer angemessenen Bandbreite liegen.

Aufgrund von Gesprächen mit dem Vorstand sowie Befragungen der für die Beteiligungsbewertung verantwortlichen Personen haben wir die angesetzten Abschläge für Modellrisiken sowie die Verwertbarkeit des Minderheitenanteils analysiert.

Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit des Bewertungsergebnisses der RZB nachvollzogen sowie den von der immigon portfolioabbau ag ermittelten Marktwert für die RZB durch eine alternative Berechnung basierend auf öffentlich zugängliche Informationen verifiziert.

Abschließend haben wir die im Anhang offengelegten Informationen betreffend die Abbauvorgaben, die Bewertung und die Ereignisse nach dem Stichtag in Zusammenhang mit dem Minderheitenanteil an der RZB nachvollzogen und hinsichtlich ihrer Angemessenheit beurteilt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen für Rechtsrisiken

Das Risiko für den Konzernabschluss

Die zum Bilanzstichtag bilanzierten Rückstellungen für Rechtsrisiken betragen 36,2 Mio. EUR. Wir verweisen auf die Ausführung des Vorstands im Anhang (Notes) zum Konzernabschluss in Kapitel 1) „Allgemeine Angaben – Abbaumaßnahmen sowie Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, in Kapitel 3)z) „Rechnungslegungsgrundsätze – Rückstellungen“ sowie in Kapitel 30) „Rückstellungen“.

Die immigon ist als Abbaugesellschaft Unsicherheiten und Risiken, die sich aus der Umstellung in eine Abbaugesellschaft ergeben, ausgesetzt. Daraus resultieren insbesondere Rechtsrisiken aus laufenden oder drohenden Prozessen und Gewährleistungen, deren Ursprung in der Verwertung von Vermögenswerten und dem Abbau von Schulden liegt.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Rechtsrisiken werden vom Vorstand Annahmen und Schätzungen getroffen. Diese betreffen insbesondere die Beurteilung hinsichtlich des Vorliegens einer gegenwärtigen Verpflichtung, der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos, der Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, der Verfahren- und Verhandlungsdauer, der Erfolgsaussichten sowie des damit verbundenen Abflusses wirtschaftlicher Ressourcen.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Rückstellungen für Rechtsrisiken in hohem Ausmaß von Schätzunsicherheiten und Ermessensspielräumen beeinflusst sind, welche sowohl die Ermittlung der Höhe als auch die Vollständigkeit der gebildeten Vorsorge betreffen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Identifikation und Bewertung von Rechtsrisiken analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, gegenwärtige Verpflichtungen aus Ereignissen der Vergangenheit für die ein Ressourcenabfluss wahrscheinlich ist, zu identifizieren und angemessen abzubilden. Wir haben hierbei die Einschätzung des Vorstandes zum Ansatz einer Rückstellung sowie zu den bewertungsrelevanten Faktoren durch Einsichtnahme in Verträge und Dokumentationen sowie aufgrund der Befragung der mit der Beurteilung der Rechtsrisiken befassten Mitarbeitern analysiert. Dabei haben wir überprüft, ob diese Einschätzung konsistent mit den Informationen aus den identifizierten, drohenden Ansprüchen sowie aus bereits laufenden Verfahren ist.

Die Angemessenheit der Rückstellungen für Rechtsrisiken und damit im Zusammenhang stehenden Prozess- und Anwaltskosten haben wir aufgrund der Befragung des Vorstands und des Vertreters der Rechtsabteilung sowie durch Einholung und Durchsicht von Auskunftsschreiben der betrauten Rechtsanwälte beurteilt.

Für im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossene wesentliche Verkäufe von Vermögenswerten, erfolgte eine Durchsicht der Vertragsunterlagen hinsichtlich möglicher Gewährleistungsverpflichtungen. In Fällen, in denen Gewährleistungsverpflichtungen identifiziert wurden, haben wir die Einschätzungen und Annahmen für den Ansatz einer Rückstellung anhand von Gesprächen mit den verantwortlichen Personen analysiert.

Wir haben die rechnerische Richtigkeit der auf Basis der getroffenen Annahmen und Schätzungen ermittelten Rückstellungen für Rechtsrisiken nachvollzogen. Ferner haben wir beurteilt, ob die Angaben zu Rechtsrisiken im Anhang angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB und den sondergesetzlichen Bestimmungen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde. Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw. Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr DDr. Martin Wagner.

Wien, am 24. März 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

EINZELABSCHLUSS

immigon portfolioabbau ag

130 Bilanz zum 31. Dezember 2016

132 Gewinn- und Verlustrechnung

134 Anhang

160 Lagebericht

176 Bilanzzeit

177 Bestätigungsvermerk

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva			31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.110.417.059,00	1.080.602.154,00
2. Forderungen an Kreditinstitute			192.230.497,21	476.416.960,20
a) täglich fällig	22.928.007,69			52.249.645,56
b) sonstige Forderungen	169.302.489,52			424.167.314,64
3. Forderungen an Kunden			248.598.634,14	597.097.663,50
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten		137.449.091,51	137.449.091,51	229.579.374,00
darunter:				
eigene Schuldverschreibungen	6.183.029,07			59.601.890,40
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			3.151.011,15	15.587.504,48
6. Beteiligungen			14.150.068,45	15.516.282,27
darunter:				
an Kreditinstituten	373.300,00			758.978,20
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			174.550.637,92	308.213.244,76
darunter:				
an Kreditinstituten	6.800.000,00			21.800.000,00
8. Sachanlagen			654.315,61	616.574,21
darunter:				
Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	180.782,33			189.391,01
9. Sonstige Vermögensgegenstände			67.325.062,40	616.942.234,58
10. Rechnungsabgrenzungsposten			41.695.585,28	64.357.103,30
Summe			1.990.221.962,67	3.404.929.095,30
Posten unter der Bilanz				
Auslandsaktiva			410.022.112,79	838.758.301,75

Passiva			31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			66.249.838,20	227.797.831,60
a) täglich fällig	1.292.032,81			1.768.400,18
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	64.957.805,39			226.029.431,42
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			230.384.287,15	327.235.849,01
sonstige Verbindlichkeiten	230.384.287,15			327.235.849,01
darunter:				
aa) täglich fällig	4.283.616,64			28.674.794,85
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	226.100.670,51			298.561.054,16
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			821.408.224,71	1.253.839.880,03
a) begebene Schuldverschreibungen	583.857.128,22			896.373.364,64
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	237.551.096,49			357.466.515,39
4. Sonstige Verbindlichkeiten			40.085.582,08	366.984.693,66
5. Rechnungsabgrenzungsposten			21.516,49	285.042,35
6. Rückstellungen			210.235.667,98	317.807.925,82
a) Rückstellungen für Abfertigungen	3.539.692,00			6.463.060,00
b) Rückstellungen für Pensionen	30.929.365,58			57.892.711,96
c) Steuerrückstellungen	5.000.000,00			10.100.000,00
d) sonstige	170.766.610,40			243.352.153,86
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			125.348.847,00	444.606.388,33
8. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			71.317.884,84	131.251.884,84
9. Partizipationskapital 2008			5.023.815,84	5.023.815,84
10. Gezeichnetes Kapital			29.661.675,16	29.661.675,16
Gezeichnetes Kapital vor Abzug der Eigenen Anteile	29.725.982,62			29.725.982,62
abzüglich:				
Eigene Anteile	-64.307,46			-64.307,46
11. Gewinnrücklagen			390.484.623,22	300.434.108,66
a) gesetzliche Rücklage	1.933.595,13			1.933.595,13
b) andere Rücklagen	388.486.720,63			298.436.206,07
c) Rücklage für eigene Anteile	64.307,46			64.307,46
12. Bilanzgewinn			0,00	0,00
a) Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00			0,00
b) Jahresgewinn	0,00			0,00
Summe			1.990.221.962,67	3.404.929.095,30
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten			32.197.521,05	59.386.435,89
darunter:				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	32.197.521,05			59.386.435,89
2. Kreditrisiken			1.000.666,54	3.785.032,15
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			128.528.817,64	236.465.762,88
4. Auslandspassiva			329.667.854,94	526.790.220,26

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JÄNNER BIS 31. DEZEMBER 2016

	EUR	EUR	01-12/2016 EUR	01-12/2015 EUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge			41.811.708,46	126.223.377,08
darunter:				
aus festverzinslichen Wertpapieren	4.600.253,65			15.155.857,76
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-54.686.653,31	-124.147.905,94
I. NETTOZINSERTRAG			-12.874.944,85	2.075.471,14
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen			206.060.378,50	81.198.628,23
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	235.853,97			69.581,55
b) Erträge aus Beteiligungen	591.862,43			799.768,87
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	205.232.662,10			80.329.277,81
4. Provisionserträge			2.327.660,45	3.385.863,57
5. Provisionsaufwendungen			-10.392.909,19	-14.316.270,02
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften			-30.786.139,26	-6.259.534,67
7. Sonstige betriebliche Erträge			204.617.171,81	472.267.393,15
II. BETRIEBSERTRÄGE			358.951.217,46	538.351.551,40
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			-32.788.941,03	-65.041.592,83
a) Personalaufwand	-4.288.347,81			-23.804.880,05
darunter:				
aa) Löhne und Gehälter	-6.531.602,34			-14.385.604,28
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.732.695,53			-3.702.173,57
cc) sonstiger Sozialaufwand	-141.508,93			-1.223.900,89
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-3.514.759,24			-3.630.604,44
ee) Veränderung der Pensionsrückstellung	8.834.708,50			291.358,83
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-1.202.490,27			-1.153.955,70
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-28.500.593,22			-41.236.712,78
9. Wertberichtigungen auf die in dem Aktivposten 8 enthaltenen Vermögensgegenstände			-89.592,40	-83.228,84
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-91.990.127,42	-112.574.108,46
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG			-124.868.660,85	-177.698.930,13

	EUR	EUR	01-12/2016 EUR	01-12/2015 EUR
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG			-124.868.660,85	-177.698.930,13
IV. BETRIEBSERGEBNIS			234.082.556,61	360.652.621,27
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			-125.045.631,85	-79.655.643,15
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			116.395.889,92	158.163.067,04
13. Wertberichtigung auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			-179.965.166,14	-207.229.857,58
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			47.169.858,93	84.509.986,70
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT			92.637.507,47	316.440.174,28
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag			-2.587.856,46	-6.119.025,31
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen			863,55	-4.942.031,36
VI. JAHRESÜBERSCHUSS			90.050.514,56	305.379.117,61
17. Reinvermögensminderung durch Abspaltung			0,00	-7.000.000,00
18. Rücklagenbewegung			-90.050.514,56	-298.379.117,61
VII. JAHRESGEWINN			0,00	0,00
19. Gewinnvortrag			0,00	0,00
VIII. BILANZGEWINN			0,00	0,00

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der immigon portfolioabbau ag (im Folgenden kurz „immigon“) wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und (soweit anwendbar) bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Rundungshinweis

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Betrieb als Abbaugesellschaft

Allgemein

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Sitz in Wien ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernspitze von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung zur Aufnahme des „Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion“ Teilbetriebes der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seit diesem Stichtag ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsieht.

Abbaumaßnahmen

Ziel der immigon ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und die immigon final abzuwickeln. Die immigon ist als Abbaugesellschaft wesentlich den Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, unter anderem hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Vermögensgegenständen, ausgesetzt. Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung bzw. dem Schließen von Derivaten Abschlüsse erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen allgemeine Gewährleistungsrisiken aus Beteiligungsverkäufen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden Passivprozessen.

Diesen Risiken wird durch die Dotierung entsprechender Rückstellungen und der Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen Rechnung getragen.

Der Abbau der Vermögenswerte konnte 2016 erfolgreich fortgesetzt werden. Ausgehend von dem Bilanzvolumen 2015 ohne der Liquiditätsveranlagung bei der OeNB, d.h. von EUR 2.324 Mio., konnten 62 % oder EUR 1.445 Mio. abgebaut werden. Das Bilanzvolumen ohne der OeNB-Veranlagung hat sich entsprechend auf EUR 880 Mio. vermindert:

- Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte vermindert werden.
- Wesentliche Transaktionen im Bereich der Kundenforderungen waren Immobilienfinanzierungen in Ungarn, ein Hotelprojekt in Kroatien, der Verkauf des zweiten Teils eines Portfolios von Windkraftfinanzierungen sowie der Verkauf von rumänischen Büroimmobilien in Tochtergesellschaften, die von der immigon finanziert waren.
- Im Bereich der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurden etliche wenig liquide Anleihen veräußert.
- Aus den Beteiligungen fanden Ausschüttungen in Höhe von EUR 205,8 Mio. statt, wodurch die Verkaufserlöse aus Leasingforderungen, Immobilien und Beteiligungen in Tochtergesellschaften in die immigon transferiert wurden.

Zum Abbau der Passivseite hat die immigon auch 2016 Investoren eingeladen ausstehende Verbindlichkeiten vorzeitig zurückzukaufen.

- Die immigon hatte seit dem 9.11.2015 und bis zum 23.6.2016 für nicht-nachrangige Verbindlichkeiten Rückkaufkurse auf ihrer Website <http://www.immigon.com> veröffentlicht. Im Geschäftsjahr 2016 wurden Nominalwerte von EUR 187 Mio. rückgekauft (Rückkaufsprogramm 3).
- Am 30.3.2016 wurde ein weiteres Rückkaufsprogramm für 14 nachrangige Verbindlichkeiten in Form einer Reverse Modified Dutch Auction veröffentlicht. Immigon hat ein Nominalvolumen in Höhe von rund EUR 139 Mio. angenommen (Rückkaufsprogramm 4).
- In der Folge wurde am 6.7.2016 veröffentlicht, dass auch Rückkaufkurse für alle 16 ausstehenden nachrangigen Verbindlichkeiten (Senior Subordinated) mit Laufzeitende nach 31.12.2016 auf der Website der immigon veröffentlicht werden. Die Veröffentlichungen der Rückkaufkurse dauerten bis zum 11.08.2016 an. Es wurden damit Nominalvolumina von rund EUR 9 Mio. angekauft (Rückkaufsprogramm 5).
- Am 7.10.2016 startete ein Rückkaufsprogramm für neun Ergänzungskapitalanleihen unter einer weiteren Reverse Modified Dutch Auction mit Mindestannahmepreisen. Der Vorstand der immigon hat am 2. November 2016 beschlossen, Angebote mit einem Nominalvolumen von rund EUR 59 Mio. anzunehmen (Rückkaufsprogramm 6).
- Weiters hat die immigon 5 Zertifikate (Indezertifikat auf ATX AT0000436100, Indexzertifikat auf CECE AT0000436118, Indexzertifikat auf Hang Seng AT0000436134, Indexzertifikat auf Hang Seng China AT0000436142, Indexzertifikat auf RDX USD Index AT0000436167) zum 23. Februar 2016 vorzeitig gekündigt. Auch die Nachranganleihe 2006 – 2016 mit der ISIN XS0275528627 in Höhe von EUR 81 Mio. wurde vorzeitig gekündigt.

Es ist unverändert geplant, die wesentlichen wirtschaftlichen Risiken der immigon bis Ende 2017 abzubauen. Dies betrifft neben dem Abbau von Forderungen an Kreditinstituten und Kunden, die ein vertragliches Laufzeitende nach Ende 2017 aufweisen, sowie von Wertpapieren insbesondere auch die direkt und indirekt gehaltenen Beteiligungen der immigon. Bei den Beteiligungen insbesondere die indirekt über die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mbH gehaltene Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft (RZB) im Ausmaß von 4,64 %, die indirekt über die Investkredit-IC Holding alpha GmbH gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn sowie die indirekt über die REWO Unternehmensverwaltung GmbH gehaltenen Beteiligungen an Projektgesellschaften mit Immobilienvermögen in Polen, Rumänien und Slowenien.

Nachdem der 2013 gestartete Verkaufsprozess der indirekt anteilig über die Unternehmensbeteiligungs GesmbH gehaltenen Anteile an der VB Leasing International Gruppe nicht für alle Landesgesellschaften erfolgreich umgesetzt werden konnte, wurde im September 2015 für die verbleibenden Gesellschaften sowie die österreichische VB-Leasing International Holding GmbH die Einstellung des Neugeschäftes und der run-down der Gesellschaften beschlossen. Dieser befindet sich in Umsetzung.

Der Beginn der Liquidation erfordert eine weitere Komplexitätsreduktion in der immigon und wird voraussichtlich nicht unmittelbar nach dem Ende des Geschäftsjahres 2017 erfolgen können. Der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma wird mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immigon unterliegt als Abbaugesellschaft den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG). § 84 Abs. 2 BaSAG verweist auf die für eine Abbaugesellschaft nach wie vor anzuwendenden Bestimmungen des Bankwesengesetzes (BWG), weshalb die Rechnungslegungsvorschriften für Banken auch weiterhin für die immigon zu beachten sind.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei den Vermögenswerten und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewendet. Die Bilanzierung der vom Abbau betroffenen Vermögensgegenstände geht grundsätzlich von der Annahme eines kontrollierten Abbaus entsprechend der zugrunde gelegten Laufzeiten der Vermögensgegenstände aus. Sofern ein beschleunigter Abbau vorgesehen ist, wurde dies durch Abwertung auf den voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis bzw. durch Bildung von Vorsorgen für verkaufsbedingte Abschläge entsprechend berücksichtigt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2016 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, einschließlich der Risiken aus dem beschlossenen Abbau, wurden, soweit bekannt, berücksichtigt.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** und die **Forderungen an Kunden** wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden **Einzelwertberichtigungen bzw. pauschale Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen** gebildet. Vom Wahlrecht des § 57 Abs 1 BWG wurde per 31. Dezember 2016 nicht Gebrauch gemacht.

Zumindest vierteljährlich erfolgt eine Überprüfung der bestehenden Einzelwertberichtigungen. Bei Vorliegen von Ausfallsindikatoren wird ein etwaiger Einzelwertberichtigungsbedarf mittels der Discounted Cashflow Methode durch die betreuende Einheit und in Abstimmung mit dem Risikomanagement ermittelt. Hierbei werden auf die aktuelle Aushaftung eines Kontos, zukünftige mit dem Sollzinssatz diskontierte Ein- und Auszahlungen subtrahiert bzw. addiert. Die verbleibende Differenz ergibt den wertberichtigenden Betrag. Die Zahlungsflüsse beruhen auf einer individuellen Schätzung ob und inwieweit der Kunde die vereinbarten Rückflüsse leisten kann, der Bewertung hinsichtlich der Verwertbarkeit von Kreditsicherheiten und der Schätzung des Zeitpunktes der angenommenen Rückflüsse.

Aufgrund der Zielsetzung, den weitgehenden Abbau der risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 umzusetzen, wird seit dem Jahr 2014 für Kundenforderungen auch eine Vorsorge für den beschleunigten Abbau in Form einer Pauschalwertberichtigung gebildet. Diese Pauschalwertberichtigung berücksichtigt insbesondere Schätzungen aus den Erfahrungen der letzten Jahre mit dem Portfolio, eine angenommene Ratingmigration sowie einem weiteren Faktor, der das Risiko von Besicherungswertänderungen mit aufnimmt. Besicherungen bestehen hauptsächlich in Form von Hypotheken in Mittel- und Osteuropa.

Gemäß der **Asset Garantie** übernahm die Republik Österreich mit Wirkung ab 31. Dezember 2012 (einschließlich dieses Tages) die Haftung als Ausfallbürge gemäß § 1356 ABGB für von der ÖVAG ausgewählte Forderungen (Forderungspool) bis zu einem Haftungshöchstbetrag von EUR 100 Mio. Die Haftung bezog sich ausschließlich auf den zum 31. Dezember 2012 wertberichtigten Teil der jeweiligen Forderung und hatte eine Laufzeit bis einschließlich des Tages der Aufstellung des Jahresabschlusses der immigon für das Geschäftsjahr 2017. Die immigon hat diese Vereinbarung per August 2016 gekündigt. Der Regressanspruch der Republik Österreich bestand nach einer allfälligen Zahlung aufgrund der Haftung und hatte den Charakter von „Besserungsgeld“. Er bestand auch nur, wenn die immigon unter Berücksichtigung des Regressanspruchs nicht im insolvenzrechtlichen Sinn überschuldet ist oder die Bezahlung des Regressanspruchs im ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn Deckung finden würde. Die in 2014 gebildete Rückstellung in Höhe von EUR 100 Mio. für den Regressanspruch wurde mit der Kündigung im Jahr 2016 ebenso aufgelöst wie die gleich hohe Forderung an die Republik Österreich.

Durch das Rechnungslegungs-Änderungsgesetz (RÄG) 2014 entfällt das bisherige Wahlrecht, im Falle einer Werterholung etwaige Zuschreibungsmöglichkeiten zu unterlassen. Somit sind nunmehr bei Werterholungen Zuschreibungen verpflichtend vorzunehmen und etwaige in der Vergangenheit unterlassene Zuschreibungen ergebniswirksam nachzuholen.

Die Fremdwährungsbeträge wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum **Anlagevermögen** im Bereich der Wertpapiere ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Erforderliche Umwidmungen von Wertpapieren des Anlagevermögens ins Umlaufvermögen aufgrund der Änderung des Geschäftsmodells und der damit einhergehenden fehlenden langfristigen Nutzung gemäß § 198 UGB wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 bereits vorgenommen. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht gemäß § 204 Abs. 2 UGB bei nicht dauernder Wertminderung bei Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht.

Auch wenn die immigon als Abbaugesellschaft nicht mehr im aktiven Handel tätig ist, hat sie die Rechnungslegungsvorschriften des ehemaligen Bankbetriebes weiter anzuwenden.

Für alle wesentlichen **Beteiligungen** der immigon erfolgt vierteljährlich eine Beurteilung der Bewertung. Bei Identifikation von wesentlichen den Wert beeinflussenden Ereignissen bei einer Gesellschaft oder von Beteiligungen einer Holding wird diese Beurteilung auch anlassbezogen durchgeführt. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen des Unternehmens grundsätzlich mittels der Discounted Cash Flow Methode bzw. Discounted Earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Marktdaten abgeleitet. Sollten – insbesondere für die Bewertung von Minderheitsanteilen – nicht ausreichend Informationen für eine Discounted Cash Flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen.

Bei der Bewertung der Beteiligungen wurden weiters konkrete Abbauvorgaben und die Einschätzung erzielbarer Veräußerungspreise berücksichtigt.

Die indirekt über eine Tochtergesellschaft gehaltene Beteiligung an der RZB war in der Vergangenheit aufgrund fehlender Börsennotierung der RZB-Aktien und fehlendem strategischen Käuferinteresse sowie vertraglichen Vorkaufsrechten und

Zustimmungserfordernissen bis Ende 2015 nur unter Inkaufnahme signifikanter Abschläge verwertbar. Dies hatte Auswirkungen auf die Bewertung der Beteiligung. Die bisherige Bewertungsmethodik berücksichtigt den gleichgewichtigen Einbezug des mit einem Price/Book-Multiples gewichteten Konzern-Eigenkapitals aus den veröffentlichten Berichten der RZB und dem mit einem durchschnittlichen Price/Earnings-Multiple multiplizierten durchschnittlichen Konzernüberschuss nach Minderheiten, wobei ein Sicherheitsabschlag für die erschwerte Verwertbarkeit angesetzt wurde. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung 2016 wurde die Möglichkeit einer Fusion der Raiffeisen Zentralbank Aktiengesellschaft (RZB) mit der Raiffeisen Bank International AG (RBI) zunehmend wahrscheinlicher. Die Hauptversammlung der RBI am 24. Jänner 2017 hat der Fusion ebenso wie die Hauptversammlung der RZB am Tag zuvor zugestimmt. Die immigon hat die beschlossenen Umgründungsmaßnahmen bei der Bewertung des Minderheitenanteils mitberücksichtigt. Die Bewertungsmethodik wurde beibehalten, wobei der bisherige Sicherheitsabschlag für die erschwerte Verwertbarkeit aufgrund der beschlossenen Umgründungsmaßnahmen reduziert wurde.

Für die indirekten Beteiligungen am Immobilienleasingportfolio, welche sich derzeit in einem Verkaufsprozess befinden, wurden bei der Bewertung der Beteiligung Erkenntnisse und Einschätzungen aus den vorliegenden Angeboten berücksichtigt.

Ein allfälliger negativer Unterschiedsbetrag wird gemäß den Bewertungsprinzipien nach UGB/BWG behandelt. Ist der Wert der Beteiligung nach einer vorgenommenen Abschreibung wieder höher, wird eine Zuschreibung auf den aktuellen Wert, jedoch maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Aufgrund des beschleunigten Abbaus wurden für die Beteiligungsansätze pauschale Vorsorgen für individuelle Discounts, Ratingmigration und Besicherungswertänderungen bei Immobilienleasingfinanzierungen und Eigenobjekten gebildet. Im Jahr 2014 wurde – aus Sicht eines dreijährigen Abbauhorizonts – eine diesbezügliche Vorsorge für die Engagements des ehemaligen Segments Non Core Business gebildet. Seit dem Jahr 2015 werden alle Beteiligungen der immigon mit einbezogen.

Die Bewertung des **Sachanlagevermögens** (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die Abschreibungssätze betragen bei den unbeweglichen Anlagen 2,0 % bis 2,5 %, bei den beweglichen Anlagen 10 % bis 33 % und bei den immateriellen Wirtschaftsgütern 25 %. Außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens werden aufgrund von voraussichtlicher dauernder Wertminderung vorgenommen.

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Verpflichtungen werden mit dem Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Emissionskosten, Zuzahlungsprovisionen und Agio- und Disagiobeträge für die **verbrieften Verbindlichkeiten** werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt.

Die **Rückstellungen für Pensionen und Abfertigungen** können laut der AFRAC-Stellungnahme „Rückstellungen für Pensions-, Abfertigungs-, Jubiläumsgeld- und vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches“ vom Juni 2016 für den UGB-Abschluss entweder auf Basis des Teilwertverfahrens oder nach den Vorschriften des IAS 19 (Projected Unit Credit Method) erfolgen. Seit dem Geschäftsjahr 2014 erfolgt die Bilanzierung von Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen gemäß IAS 19.

Der Ansatz für diese Sozialkapitalrückstellung wird gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik als Barwert der Gesamtverpflichtung sowie der in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei den Abfertigungsverpflichtungen werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet. Diese Parameter stellen sich wie folgt dar:

	2016	2015
Rechnungszinssatz: Pensionen	1,20 %	1,60 %
Rechnungszinssatz: Abfertigungen	0,00 %	0,50 %
Zinssatz Planvermögen	1,20 %	1,60 %
Künftige Gehaltssteigerungen	2,50 %	3,00 %
Künftige Pensionssteigerungen	1,50 %	2,00 %

Fluktuationsabschläge wurden nicht vorgenommen.

Als Rechnungsgrundlage werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafeln „AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung-Pagler & Pagler, Angestelltenbestand“ verwendet. Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

Seit dem Jahr 1996 besteht mit der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG, welche rückwirkend mit 1. Jänner 2016 auf die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft verschmolzen wurde (nachfolgend kurz „Bonus Pensionskasse“), ein Pensionskassenvertrag. Infolge der Verschmelzung der Investkredit auf die immigon wurde der Pensionskassenvertrag der Investkredit mit der Valida Pension AG mit Ausnahme der Pensionisten und der vor dem 1. Jänner 2012 bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter übernommen und in Folge ein Teil der Ansprüche auf die Bonus Pensionskasse übertragen. In Abhängigkeit der Performance beider Pensionskassen kann es zu Nachschussverpflichtungen kommen.

Für aktive Pensionisten, deren Ansprüche in eine Pensionskasse ausgelagert wurden, wurde eine Vorsorge für mögliche vertragliche Nachschussverpflichtungen gebildet.

Seit dem Jahr 1992 wird von der Gesellschaft eine Rückstellung für Jubiläumsgelder gebildet. Die Rückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach IFRS mit einem Rechnungszinssatz von 0,0 % (2015: 0,5 %) und einer künftigen Gehaltssteigerung von 2,5 % (2015: 3,00 %) berechnet. Die Reduktion des Zinssatzes begründet sich in der kurzen Restlaufzeit in Verbindung mit dem aktuell niedrigen Zinsniveau. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Die immigon hat das Wahlrecht die Änderungen der Rückstellungen aufgrund von Änderungen des Rechnungszinssatzes im Finanzergebnis auszuweisen nicht wahrgenommen.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Diese betreffen insbesondere Rückstellungen für Rechtsrisiken, für Redimensionierungsmaßnahmen (Sozialplan, Transformation) und für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten.

Der Ermittlung der Rückstellung für Rechtsrisiken liegen Annahmen und Expertenschätzungen hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit, Streitwert, möglicher Verfahrensdauer sowie Erfolgsaussichten zugrunde. Die Rückstellung für Maßnahmen der Redimensionierung basiert auf der bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 erstmals berücksichtigten Betriebsvereinbarung „Sozialplan“ für Personalmaßnahmen. Der Sozialplan wurde am 11. Juni 2015 erneuert und gilt bis 31. Dezember 2017. Weiters wurden Annahmen für Auflösungsmöglichkeiten bestimmter Personengruppen sowie Einschätzungen hinsichtlich möglicher Aufwendungen im Zusammenhang mit Transformations- und Redimensionierungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten basiert auf finanzmathematisch ermittelten negativen Marktwerten.

Gemäß RÄG 2014 wurden die Bestimmungen des § 211 Abs. 1 UGB, hier insbesondere die Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen und des § 211 Abs. 2 UGB hinsichtlich der Diskontierung des zu erwarteten Zahlungsbetrages bei langfristigen Rückstellungen auf den Bilanzstichtag, angewandt. Die Abzinsungszinssätze beruhen auf den von der Deutschen Bundesbank auf ihrer Homepage bundesbank.de veröffentlichten Siebenjahresdurchschnittszinssätzen. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2015 vor und nach RÄG 2014 wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den

Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen im Posten Sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen. Von dem Wahlrecht zur Verteilung des Ergebnisses aus der erstmaligen Abzinsung per 01. Jänner 2016 wurde kein Gebrauch gemacht.

Latente Steueransprüche resultierend aus Bilanzunterschieden zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen sind nach dem RÄG 2014 (§ 198 (9) und (10) iVm § 238 (1) Z 3 UGB) grundsätzlich verpflichtend anzusetzen, wobei auf eine Verwertbarkeit in künftigen Jahren bei der Bewertung derselben Bedacht zu nehmen ist. Für steuerliche Verlustvorträge ist im Falle künftiger Verwertbarkeit ein Ansatzwahlrecht vorgesehen. Davon abweichend war bisher für eine Aktivierung latenter Steuern gemäß § 198 Abs 10 UGB ein von der Gesellschaft nicht genutztes Wahlrecht eingeräumt.

Aktive latente Steueransprüche der Gesellschaft zum 31. Dezember 2016 in Höhe von insgesamt EUR 92.859.650,92 (31.12.2015: TEUR 161.158) resultieren insbesondere aus dem Unterschiedsbetrag zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie infolge der Siebtelung der steuerlichen Teilwertabschreibung nach § 12 Abs 3 Z 2 KStG, aus Rückstellungen und Wertberichtigungen auf Anteilen an verbundenen Unternehmen und Forderungen an Kunden und waren mangels voraussichtlicher Verwertbarkeit in den folgenden Jahren nicht zu aktivieren. Auf die Unterschiedsbeträge war ein Steuersatz von 25 % gemäß KStG anzuwenden. Latente Steuern auf Verlustvorträge konnten mangels Verwertbarkeit nicht angesetzt werden.

Die Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden wie folgt bewertet und bilanziert:

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuchs

Gekaufte Optionen, Futures, Währungsoptionen, Swaptions sowie Caps und Floors, die der Absicherung eigener Emissionen dienen, werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Erhaltene Prämien für Verkaufspositionen werden passiviert, bezahlte Prämien für Kaufpositionen werden aktiviert.

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom Dezember 2015 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung werden seit dem Geschäftsjahr 2011 angewendet. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs der immigon umfassten 2015 den Optionsteil aus strukturierten Emissionen sowie Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Währungsoptionen. Die Bewertung erfolgte – bis zur Auflösung des Handelsbuchs im vierten Quartal 2016 – mit dem Marktwert und das Bewertungsergebnis wurde erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Da die immigon als Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr entfaltet, wurde entschieden, das Handelsbuch in das Bankbuch zu übertragen und interne Derivate aufzulösen. Der Übertrag löste im vierten Quartal 2016 eine erfolgswirksame Ausbuchung der positiven Marktwerte des Handelsbuchs aus. Die negativen Marktwerte des Handelsbuchs wurden von den Sonstigen Verbindlichkeiten erfolgsneutral in die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten übertragen.

Durch den fortgeschrittenen Abbau ist der Zeitraum, in dem effektive Hedgebeziehungen zur langfristigen Absicherung eingegangen werden, so weit verkürzt, dass die langfristige Steuerung der Geschäfte gegenüber den aktiven Abbaumaßnahmen (insbes. auch aller Derivate) nicht mehr wesentlich ist und die formellen Anforderungen an das Hedge Accounting nur unter aufwändigen und komplexen Maßnahmen sichergestellt werden können. Um den Abbauvorgaben entsprechen zu können ist unter anderem auch eine Reduktion der Komplexitäten in allen Bereichen der immigon anzustreben. Zur Erfüllung dieses Auftrages wurde die Möglichkeit der Beendigung des Hedge Accountings identifiziert und umgesetzt. Durch die Aufhebung des Hedge Accountings sind Rückstellungen für alle Derivate mit negativen Marktwerten zu bilden. Diese Rückstellungen sind laufend zu überprüfen und insofern zu adaptieren als eine Erhöhung des negativen Marktwertes eine aufwandswirksame Anpassung und eine Verringerung des negativen Marktwertes eine ertragswirksame Anpassung der Rückstellung auslösen.

Erläuterungen zu Bilanzposten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Gliederung der Forderungen an und Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen an Kunden:

Restlaufzeit	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
täglich fällig	33.167.664,19	79.314
bis 3 Monate	91.426.582,92	255.245
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	107.477.623,05	192.184
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	157.887.050,75	379.613
mehr als 5 Jahre	50.870.210,44	167.158
Gesamt	440.829.131,35	1.073.515

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2016		31.12.2015	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	0,00	20.201	0
Forderungen an Kunden	98.553.049,94	122.610,30	339.788	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0	0
	98.553.049,94	122.610,30	359.988	0

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 5, 6, 7 und 8 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

EUR (inkl. Zinsabgrenzungen)	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	137.449.091,51	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	3.151.011,15
Beteiligungen	0,00	14.150.068,45
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	174.550.637,92

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 5 und 6 in Anlage- und Umlaufvermögen:

EUR	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.569.996,81	52.879.094,70
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	3.151.011,15

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen wurde konform der Bilanz 2015 fortgeführt, neue Wertpapiere wurden nicht erworben. Dem Anlagevermögen der Abbaugesellschaft sind jene Wertpapiere zugeordnet, die bis Ende 2017 fällig werden und dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Abbaugesellschaft dienen. Dieses Wahlrecht wurde auch 2016 unverändert in Anspruch genommen und eine Abschreibung in Höhe von EUR 135.000,00 (2015: EUR 267.812,35) vorgenommen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen (Umlaufvermögen ohne Handelsbuch) gewidmeten zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 4.949.841,77 (31.12.2015: TEUR 4.892).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Unterlassene Zuschreibungen bei Wertpapieren des Umlaufvermögens gibt es gemäß RÄG seit dem Geschäftsjahr 2016 nicht mehr. Aus den 2015 unterlassenen Zuschreibungen ergibt sich ein Effekt in Höhe von EUR 1,32.

Es gibt keinen zeitanteilig abgeschriebenen Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens (31.12.2015: TEUR 605).

Der zeitanteilig zugeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 0,00 (31.12.2015: TEUR 641).

Aufgrund der Tatsache, dass sowohl das Umlaufvermögen wie auch das Anlagevermögen wie Umlaufvermögen bewertet wird (Wahlrecht gem. § 204 Abs 2 UGB wurde 2014 für jene Wertpapiere angewandt, die nach der Spaltung in der immigon verblieben sind), gibt es per 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2016 keine Wertpapiere im Bestand, bei denen eine Abschreibung unterblieben ist.

Aufgrund fehlender oder ungenügender Marktliquidität ist gegenwärtig die Aussagekraft der Marktwerte für einige Wertpapiere eingeschränkt und daher nur ein Indikator für die Werthaltigkeit dieser Wertpapiere. Die von inaktiven Märkten aber auch alle anderen betroffenen Wertpapier-Positionen werden periodisch (quartalsmäßig) hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibung untersucht. Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbewertung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch Discounted Cash Flow Methode.

Im Geschäftsjahr 2016 gab es wie im Vorjahr keine echten Pensionsgeschäfte.

Das Unternehmen führt kein Handelsbuch mehr. Diesem waren zum 31.12.2015 Wertpapiere mit einem Marktwert von TEUR 176.159 und sonstige Finanzinstrumente mit einem Marktwert inklusive Zinsabgrenzung von TEUR 134.877 gewidmet.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
inklusive Zinsabgrenzung		
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	0,00	0
Forderungen an Kunden	3.604.112,66	7.865
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.512.785,98	21.687
	15.116.898,64	29.552

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der wesentlichen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen; bei den angeführten Daten handelt es sich teilweise um vorläufige Werte:

Gesellschaftsname	Anteil immigon %	Jahres- abschluss	Bilanz- summe TEUR	Eigenkapital		Jahreserfolg insgesamt TEUR
				Gesamtes Eigenkapital TEUR	Anteil immigon TEUR	
Unternehmensbeteiligungs Ges mbH, Wien	100,00	31.12.2016	152.673	126.143	126.143	-23.306
REWO Unternehmensverwaltung GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	47.293	47.290	47.290	1.437
Investkredit-IC Holding alpha GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	34.041	34.032	34.032	-6.169
Verwaltungsgenossenschaft der VB Wien rGmbH, Wien	79,86	30.06.2015	11.583	11.569	9.239	-347
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	8.502	8.495	8.495	8.348
Investkredit International Bank plc, Sliema (Malta)	99,99	31.10.2014	7.860	7.846	7.845	-137
Leasing West GesmbH & Co KG, Wörgl	99,00	31.12.2013	45.014	3.293	3.260	2.161
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	3.636	3.204	3.204	0
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	3.673	3.094	3.094	1.516
VBI Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	1.932	1.927	1.927	1.671
AGCS Gas Clearing and Settlement AG, Wien	20,00	31.12.2015	14.277	3.602	720	614
VIBE-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	209	204	204	31
Levade S.A., Luxemburg	100,00	31.12.2015	1.091	70	70	0
ÖVAG Finance (Jersey) Limited, St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2015	73	54	54	-91
Invest Mezzanine Capital Management GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	225	28	28	-32
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	35	27	27	-8
VBV Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2016	46	22	22	-57
Investkredit Funding Ltd., St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2015	8.454	-2	-2	-102

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die immigon portfolioabbau ag ist seit 2005 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die immigon abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der immigon ausgeglichen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegenrechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Im Geschäftsjahr bestehen zwei Varianten der Gruppenumlagevereinbarung. Jene, die mit Gruppenmitgliedern vor dem Jahr 2010 abgeschlossen wurde, sieht einen Steuersatz in Höhe des Körperschaftsteuersatzes von 25 % vor. Ab dem Jahr 2010 abgeschlossene Vereinbarungen sehen auf Grund der bestehenden, hohen Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25 % vor.

Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 14 (31.12.2015: 19). Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine Zugänge zur Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Mit Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien, besteht ein zivilrechtlicher Ergebnisabführungsvertrag mit folgenden Ergebnisübernahmen.

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 TEUR
Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien Verlustübernahme	-32.194,14	3

Die Gewinnübernahmen sind in den [Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen](#) enthalten, Verlustübernahmen werden im Posten „[Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen](#)“ ausgewiesen.

Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1. Die Grundwerte von bebauten Grundstücken betragen EUR 34.328,48 (31.12.2015: TEUR 34). Im Geschäftsjahr wurde eine Zuschreibung auf sonstige Grundstücke und Bauten in Höhe von EUR 121.961,23 vorgenommen.

Aufgliederung der Sonstigen Vermögensgegenstände:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 TEUR
Zinsabgrenzungen	23.372.672,68	96.266
Forderungen gegenüber Finanzamt	19.901.054,93	19.670
Forderung gegenüber AWS	18.695.919,83	15.765
Prämien zu Optionsrechten (2015 auch Marktwerte derivativer Finanzinstrumente)	2.740.975,54	340.329
Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	139.734,69	24.746
Forderung gegenüber Republik Österreich (Asset Garantie)	0,00	100.000
Sonstige Forderungen	2.474.704,73	20.167
	67.325.062,40	616.942

Im Posten [sonstige Vermögensgegenstände](#) sind Erträge in Höhe von EUR 23.512.407,37 (31.12.2015: TEUR 121.012) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen und Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften.

In den sonstigen Vermögensgegenständen (ausgenommen Prämien zu Optionsrechten) sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 21.243.921,72 (31.12.2015: TEUR 20.985) enthalten.

Gliederung der Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden:

Restlaufzeit	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
täglich fällig	5.575.649,45	30.443
bis 3 Monate	74.552.170,29	217.450
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	122.300.000,00	32.311
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	54.206.305,61	222.472
mehr als 5 Jahre	40.000.000,00	52.357
	296.634.125,35	555.034

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2016		31.12.2015	
	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	185	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,00	0,00	0	0
	0,00	0,00	185	0

Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
Zinsabgrenzungen	21.634.935,20	76.158
Prämien zu Optionsrechten (2015 auch Marktwerte derivativer Finanzinstrumente)	4.883.203,13	265.468
Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	1.280.046,67	3.184
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern	407.222,61	1.130
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	0,00	3.001
Sonstige Verbindlichkeiten	11.880.174,47	18.045
	40.085.582,08	366.985

Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 22.500.279,98 (31.12.2015: TEUR 79.341) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen. Durch die Abbaumaßnahmen auch im Derivatebereich kam es im Berichtsjahr zu einer wesentlichen Reduktion der in den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten. Aufgrund der Auflösung des Handelsbuchs kam es darüber hinaus zu einer Verschiebung der verbliebenen Verbindlichkeiten für Marktwerte derivativer Finanzinstrumente in die Rückstellungen in einem Gesamtwert von EUR 26.422.203,32.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Prämien zu Optionsrechten) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 35.042.498,72 (31.12.2015: TEUR 101.516) enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten mit EUR 7.533.960,00 einen Vorschuss auf einen Liquidationserlös und mit EUR 1.315.465,17 Aufwendungen in Bezug auf die Lohnverrechnung.

Rückstellungen für Pensionen

Die Rückstellungen für Pensionen beinhalten die Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 30.105.365,58 sowie eine Rückstellung für Nachschüsse an Pensionskassen in Höhe von EUR 824.000,00. Die Gesamtverpflichtung für Pensionen (DBO) beträgt EUR 76.781.395,00, wobei diesem Betrag ausgelagerte Aktiva in Pensionskassen (plan assets) in Höhe von EUR 46.676.029,42 gegenüberstehen, sodass sich ein Rückstellungsbetrag von EUR 30.105.365,58 errechnet.

Rückstellungen für latente Steuern

Im Geschäftsjahr 2016 bestand wie im Vorjahr kein Erfordernis einer Rückstellungsdotierung für passive latente Steuern.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für folgende Verpflichtungen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
für Rechtsrisiken	77.746.710,95	143.608
für Redimensionierung (Sozialplan, Transformation)	34.073.063,32	43.755
für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten	32.234.187,00	3.226
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und –garantien	7.455.492,25	13.288
für Stabilitätsabgabe	5.900.000,00	5.900
für ausstehende Eingangsrechnungen	1.915.237,31	4.892
für Abschläge Derivateauflösung	1.000.000,00	8.062
für nicht konsumierte Urlaube	684.883,00	1.258
für Personalaufwand und Jubiläumsgelder	57.302,73	306
für Risiken aus Beteiligungen und deren Verkauf	0,00	12.550
für sonstige Verpflichtungen	9.699.733,84	6.507
	170.766.610,40	243.352

Die Rückstellung für Rechtsrisiken umfasst Vorsorgen für laufende oder drohende Prozesse sowie Gewährleistungsrisiken aus Abbaumaßnahmen. In der Rückstellung für Rechtsrisiken war darüber hinaus zum 31. Dezember 2015 die Vorsorge für die Ausfallsbürgschaft der Republik Österreich (Asset Garantie) im Umfang von EUR 100.000.000,00 enthalten. Infolge der Beendigung dieser Ausfallsbürgschaft wurde diese Rückstellung im Jahr 2016 aufgelöst. Die immigon führt eine Reihe von Aktivprozessen zur Einbringung von Forderungen aus dem bis zur Zurücklegung der Bankkonzession ausgeübten Bankgeschäft in einem für die Zusammensetzung des Portfolios angemessenen Ausmaß. Darüber hinaus ist die immigon Beklagte in dreizehn Gerichtsverfahren (Passivprozesse).

Die Rückstellung für Redimensionierung konnte – neben Verwendungen – auch teilweise aufgelöst werden. Die Erträge aus der Auflösung dieser Rückstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Posten 8 ee) Veränderung der Pensionsrückstellung, in den jeweiligen Personalaufwandsposten bzw. in den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen ausgewiesen.

Die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund der durch die Auflösung des Handelsbuchs bedingten Ausweisänderung, von sonstigen Verbindlichkeiten auf Rückstellungen, erhöht.

Die 2015 dotierte Rückstellung für Risiken aus Beteiligungen und deren Verkauf wurde im Geschäftsjahr verwendet. Darüber hinaus wurden keine neuen Rückstellungserfordernisse aus diesem Themenbereich identifiziert.

Mit 1.1.2016 wurde gemäß § 211 Abs. 2 UGB erstmals eine Abzinsung vorgenommen. Der aufgrund der geänderten Bewertung nach RÄG entstandene Ertrag aus der Umstellung der Bewertungsmethodik in Höhe von EUR 4.769.855,61 ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen“ unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Eigenkapital

Am 31.12.2016 setzte sich das Grundkapital wie folgt zusammen:

	EUR
18.907.729 Namensaktien mit einem Rechenwert von EUR 1,0226	19.335.951,23

Das Grundkapital blieb 2016 unverändert.

Am Grundkapital sind am 31. Dezember 2016 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Gesellschafter mit einer qualifizierten Beteiligung		
Republik Österreich	8.373	43,3
Volksbanken Holding eGen	8.355	43,2
Sonstige Gesellschafter		
GPVAUBEOE Beteiligungen GmbH	1.798	9,3
DZ Bank AG	733	3,8
Streubesitz und eigene Anteile	77	0,4
	19.336	100,0

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. Dezember 2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20. März 2009 und die Hauptversammlung vom 23. Mai 2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 155.547.705,91 durch Ausgabe von Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (**bedingtes Kapital**).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 288.664.311,73 durch Ausgabe neuer Aktien – allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt werden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (**genehmigtes Kapital**).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31. Dezember 2016 über ein **Partizipationskapital** mit Nennbetrag von TEUR 15.414; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipationsscheine mit Nennbetrag von EUR 13.359,23 (31.12.2015: TEUR 13) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09 % (31.12.2015: 0,09 %) sowie 49.819 Stück eigene Anteile (31.12.2015: 49.819 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26 % (31.12.2015: 0,26 %) im Portefeuille der immigon.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 10,048 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31. Dezember 2016 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

EUR	31.12.2015	Jahresergebnis	Rücklagenbewegung	Umgliederung	31.12.2016
Gezeichnetes Kapital	29.725.982,62	0,00	0,00	-64.307,46	29.661.675,16
Partizipationskapital	5.023.815,84	0,00	0,00	0,00	5.023.815,84
Gewinnrücklagen	300.377.617,84	0,00	90.050.514,56	56.490,82	390.484.623,22
Bilanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	335.127.416,30	0,00	90.050.514,56	-7.816,64	425.170.114,22

Die Umgliederung betraf die Eigenen Aktien oder Anteile, die ab 2016 gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 nicht mehr aktivseitig auszuweisen, sondern mit dem Gezeichneten Kapital zu saldieren sind. Entsprechend der Aufwertung der Eigenen Anteile auf den Nennwert wurde analog die Rücklage für eigene Anteile erhöht. Gemäß § 906 Abs. 36 wurden die Werte per 31.12.2015 entsprechend angepasst.

Entwicklung des Partizipationskapitals:

EUR	Nennwert	Buchwert
Stand am 31.12.2015	15.413.847,23	15.413.847,23
Veränderung		0,00
Stand am 31.12.2016	15.413.847,23	15.413.847,23

Der Ausweis des Partizipationskapitals erfolgt in folgenden Bilanzposten:

EUR	Buchwert
Gezeichnetes Kapital	10.390.031,39
Partizipationskapital	5.023.815,84
Summe	15.413.847,23

Das **gezeichnete Kapital** laut Position 10 setzt sich somit aus dem Grundkapital in Höhe von EUR 19.335.951,23 abzüglich den Eigenen Anteilen in Höhe von EUR 64.307,46 zuzüglich dem in obiger Tabelle enthaltenen Partizipationskapital in Höhe von EUR 10.390.031,39 zusammen.

Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG

Die Hafrücklage (31.12.2015: TEUR 0) wurde im Rahmen der Kapitalherabsetzung 2015 zur Gänze gegen den Verlustvortrag verrechnet und beträgt zum 31. Dezember 2016 unverändert EUR 0,00.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine:

EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 TEUR
Eigene Stammaktien	50.947,90	498,24
Eigene Partizipationsscheine	13.359,56	7.318,40
Summe	64.307,46	7.816,64

Die Eigenen Aktien oder Anteile sind ab 2016 gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 (RÄG) nicht mehr aktivseitig auszuweisen, sondern mit dem Gezeichneten Kapital zu saldieren.

Entwicklung der eigenen Aktien:

	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 31.12.2015	49.819	50.947,30	498,24
Aufwertung gemäß RÄG			50.449,66
Stand am 31.12.2016	49.819	50.947,30	50.947,90

Centdifferenzen im Rahmen der Aufwertung entstehen systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem.

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der immigon stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 31.12.2015	18.296	13.359,55	7.318,40
Aufwertung gemäß RÄG			6.041,16
Stand am 31.12.2016	18.296	13.359,55	13.359,56

Centdifferenzen im Rahmen der Aufwertung entstehen systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem.

Zu- und Abgänge eigener Aktien

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine Zu- und Abgänge eigener Aktien. Als Spitzenausgleich im Rahmen der Kapitalherabsetzung im Geschäftsjahr 2015 entfielen auf die eigenen Aktien 5 Bruchteile im Nominale von insgesamt EUR 0,36.

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2016 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

Ergänzungskapital

Die ÖVAG als Rechtsvorgänger der immigon hat in der Vergangenheit Ergänzungskapital im Sinne des § 23 Abs 7 BWG idF vor BGBl 2013/184 begeben, das als Eigenmittelbestandteil aufsichtsrechtlich angerechnet wird. Gemäß den Beschränkungen des

§ 23 Abs 7 Z 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 dürfen Zinsen hierauf nur dann ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss (vor Rücklagenbewegungen) gedeckt sind. Es ist damit zu rechnen, dass das Ergänzungskapital nicht zum Nominalkurs getilgt werden wird. Durch die Teilnahme des Ergänzungskapitals an den Nettoverlusten während der Laufzeit können je nach Tranche bedeutende Verluste bis hin zum Totalverlust beim Investor anfallen.

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich in der Bilanz per 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

WP-Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Währung	Zinssatz in %	Tilgung	Daueremission	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
AT000B056759	Nachr.Merkur Best of Life II Garant 08-20/Serie 20 - Nullkupon	520.000	EUR	0,000	01.12.2020	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053715	Nachr.CMS Floater to fix/ Serie136	3.000.000	EUR	6,000	30.03.2017	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053558	5,27 % mehrfachkündb. Nachrang-Anl. 2007-2027	14.000.000	EUR	5,270	08.02.2017	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053855	VB Nachr.Nullkuponanl./ Serie 150	20.000.000	EUR	0,000	03.04.2017	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B052055	4,05 %/5,00 % kündbare nachrangige Anleihe 2006-2026	200.000	EUR	5,000	19.01.2026	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322532	FRN INVESTKR FRN 02-22/2/P NR	600.000	EUR	3,509	12.04.2022	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115902	FRN OEVAG NR FRN SV 13-18/S2	37.016.723	EUR	8,689	26.07.2018	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115910	FRN OEVAG NR FRN SV 13-19/S3	5.084.935	EUR	8,689	26.07.2019	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115928	FRN OEVAG NR FRN SV 13-20/S4	391.849	EUR	8,689	26.07.2020	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115936	FRN OEVAG NR FRN SV 13-24/S5	881.820	EUR	8,689	26.07.2024	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115944	FRN OEVAG NR FRN SV 13-25/S6	966.920	EUR	8,689	26.07.2025	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322458	7 % INVESTKR.ANL.01-21/PP	4.500.000	EUR	7,000	06.03.2021	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322557	INVESTKR.ERG.KAP.SV 02/22	3.000.000	EUR	7,000	20.06.2022	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000438767	5,45 % ÖVAG Kündbare Ergänzungskap. Anleihe 2004-2019	10.000	EUR	5,450	02.08.2019	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439765	Step up to 8 % Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2020	1.171.000	EUR	5,000	07.09.2020	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439724	Kündbare 4,81 % Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2025	1.100.000	EUR	4,810	29.07.2025	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439732	Callable 13J.FRN Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2018	500.000	EUR	1,313	29.07.2018	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322615	FRN INVESTKR. SCHV. 02/49	25.069.000	EUR	1,431	29.12.2049	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB9964244	OEVAG ERG.KAP.-ANL.04/END	32.629.000	EUR	0,000	31.12.2099	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F102	Signal Krankversicherungs a.G.	10.000.000	EUR	5,010	30.05.2017	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F103	Iduna Vereinigte Lebensversicherungs a.G.	10.000.000	EUR	5,010	30.05.2017	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F80	Pensionskasse der Genossenschaftsorganisation WaG	3.000.000	EUR	5,000	18.01.2017	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F99	Trinity Investments Limited	10.000.000	EUR	4,870	15.05.2017	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
30000001000	ERP-Fonds	3.338.885	EUR	1,000	31.12.2018	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine

Es ist beabsichtigt die Anleihe AT000B053558 zum 8.2.2017 vorzeitig zu tilgen.

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
Bürgschaften und Haftungen	32.197.521,05	64.760
ab: Rückstellungen	0,00	-5.374
	32.197.521,05	59.386

Die Eventualverbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr im Wesentlichen Haftsummenzuschläge aus Genossenschaftsanteilen.

Zusammensetzung der Kreditrisiken:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
Kreditzusagen	1.000.666,54	3.785

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften:

Zum 31. Dezember 2016 wurden unter dem Posten **Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften** Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 128.528.817,64 (31.12.2015: TEUR 236.466) ausgewiesen.

Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kunden	38.706.803,55	91.009
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.706.803,55	91.009

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen** beträgt für das folgende Geschäftsjahr EUR 443.749,74 (2015: TEUR 795), davon verbundene Unternehmen EUR 0,00 (2015: TEUR 0) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 723.941,26 (2015: TEUR 1.531), davon verbundene Unternehmen EUR 0,00 (2015: TEUR 0).

Im Jahr 2017 werden Forderungen aus **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** in Höhe von EUR 97.936.386,69 fällig (im Jahr 2015 für 2016: TEUR 16.344).

Begebene Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 151.637.124,73 werden im Geschäftsjahr 2017 fällig (im Jahr 2015 für 2016: TEUR 160.778).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	41.617.896,09	96.685
Fremdwährungs-Passiva	3.922.223,50	22.997

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs 1 Z 19 BWG idF des BGBl I 2014/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität 4,52 % (2015: 8,97 %). Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Angaben gemäß § 238 UGB

Bankbuch

Die immigon portfolioabbau ag unterliegt bei Positionen des Bankbuchs dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als wesentliches Mittel zur Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die immigon portfolioabbau ag derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinsten Emissionen genutzt und zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von fix verzinsten Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Daneben dienen Devisentermingeschäfte und Devisenswaps zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährungen lauten.

Für diese Absicherungsinstrumente im Bankbuch werden keine bilanziellen Bewertungseinheiten gemäß AFRAC-Stellungnahme „Derivate und Sicherungsinstrumente (UGB)“ gebildet.

Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs werden mit ihrem negativen Marktwert abzüglich passivierter Prämien und Abgrenzungen rückgestellt. Es erfolgt keine Bilanzierung von positiven Marktwerten von Derivaten.

Aktivierete Prämien von Wertpapieroptionen werden auf niedrigere Marktwerte abgeschrieben.

Alle in den Emissionen des Bankbuchs eingebetteten Derivate werden vom Treasury überwacht und wurden mit entsprechenden Produkten abgesichert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die immigon hat sämtliche Positionen in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen Kondor+ und MUREX abgebildet, welche direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden sind. Das bedeutet, dass die Marktpreise für verschiedene Produkte in Echtzeit aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in der vorgenannten Standardsoftware bewertet.

Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, deren Modellergebnisse im Rahmen einer Testphase während der Modellprüfung mit den am Markt handelbaren Preisen verglichen werden.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

GESAMT **31.12.2016**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	1.791.673	742.084	289.593	2.823.350
Caps&Floors	27.932	11.731	600	40.262
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	171.250	146.250	0	317.500
IRS	1.572.491	584.104	273.993	2.430.588
Swaptions	20.000	0	15.000	35.000
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	40.386	0	0	40.386
Cross Currency Swaps	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	40.386	0	0	40.386
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	515.328	88.974	0	604.301
Credit Default Swaps Kaufpositionen	282.664	44.487	0	327.151
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	232.664	44.487	0	277.151
SONSTIGE GESCHÄFTE	75.284	105.582	27.169	208.035
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	75.284	105.582	27.169	208.035
GESAMTSUMME	2.422.670	936.640	316.762	3.676.073
hievon intern				

HANDELSBUCH **31.12.2016**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	0	0	0	0
Caps&Floors	0	0	0	0
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	0	0	0	0
Swaptions	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	0	0	0	0
Cross Currency Swaps	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	0	0	0	0
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	0	0	0	0
SUMME HANDELSBUCH	0	0	0	0
hievon intern				

BANKBUCH **31.12.2016**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	1.791.673	742.084	289.593	2.823.350
Caps&Floors	27.932	11.731	600	40.262
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	171.250	146.250	0	317.500
IRS	1.572.491	584.104	273.993	2.430.588
Swaptions	20.000	0	15.000	35.000
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	40.386	0	0	40.386
Cross Currency Swaps	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	40.386	0	0	40.386
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	515.328	88.974	0	604.301
Credit Default Swaps Kaufpositionen	282.664	44.487	0	327.151
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	232.664	44.487	0	277.151
SONSTIGE GESCHÄFTE	75.284	105.582	27.169	208.035
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	75.284	105.582	27.169	208.035
SUMME BANKBUCH	2.422.670	936.640	316.762	3.676.073
hievon intern				

31.12.2015

Marktwert 31.12.2016	Sonst. Ford. 31.12.2016	Sonst. Verb. 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonst. Verb. 31.12.2015
50.421	22.465	18.319	28.255	10.743.800	202.893	413.315	308.577
272	31	0	24	267.365	1.136	1.090	685
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	765.100	0	0	0
50.415	22.433	18.319	27.966	9.604.335	202.757	412.225	304.891
-265	0	0	265	107.000	-1.000	0	3.001
-214	32	257	0	90.169	-662	455	1.627
0	0	0	0	1.929	-525	49	576
0	0	0	0	11.000	0	386	852
-214	32	257	0	77.240	-136	20	198
-85	877	78	915	918.891	-200	1.766	107
-351	0	78	915	484.445	290	0	107
266	877	0	0	434.445	-490	1.766	0
1.198	2.741	4.883	3.064	584.009	244	21.059	21.149
0	0	0	0	2.791	0	0	0
1.198	2.741	4.883	3.064	581.218	244	21.059	21.149
51.320	26.114	23.538	32.234	12.336.869	202.275	436.595	331.460
	0	0				6.790	42.129

31.12.2015

Marktwert 31.12.2016	Sonst. Ford. 31.12.2016	Sonst. Verb. 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonst. Verb. 31.12.2015
0	0	0	0	9.479.343	134.633	396.946	294.662
0	0	0	0	261.865	319	1.004	685
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	765.100	0	0	0
0	0	0	0	8.375.378	135.314	395.942	292.978
0	0	0	0	77.000	-1.000	0	1.000
0	0	0	0	11.000	0	386	852
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	11.000	0	386	852
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	584.009	244	21.059	21.149
0	0	0	0	2.791	0	0	0
	0	0	0	581.218	244	21.059	21.149
0	0	0	0	10.074.352	134.877	418.391	316.664
	0	0				5.915	39.064

31.12.2015

Marktwert 31.12.2016	Sonst. Ford. 31.12.2016	Sonst. Verb. 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonst. Verb. 31.12.2015
50.421	22.465	18.319	28.255	1.264.457	68.260	16.368	13.915
272	31	0	24	5.500	817	86	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
50.415	22.433	18.319	27.966	1.228.957	67.443	16.283	11.914
-265	0	0	265	30.000	0	0	2.001
-214	32	257	0	79.169	-662	69	774
0	0	0	0	1.929	-525	49	576
0	0	0	0	0	0	0	0
-214	32	257	0	77.240	-136	20	198
-85	877	78	915	918.891	-200	1.766	107
-351	0	78	915	484.445	290	0	107
266	877	0	0	434.445	-490	1.766	0
1.198	2.741	4.883	3.064	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
1.198	2.741	4.883	3.064	0	0	0	0
51.320	26.114	23.538	32.234	2.262.517	67.398	18.204	14.796
	0	0				876	3.064

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Ertragslage der immigon ist aufgrund ihrer Eigenschaft als Abbaugesellschaft nicht mit der einer Bank vergleichbar. Die wesentlichsten Ergebnistreiber der immigon sind Sondereffekte aus dem Abbau, die sowohl das Ergebnis des Jahres 2015 als auch des abgelaufenen Geschäftsjahres wesentlich bestimmt haben. Unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten einzelner Posten sind aufgrund dieser Sondereffekte nur eingeschränkt zwischen den Jahren gegeben.

Der Verlust der operativen Ertragskraft zeigt sich deutlich im **Nettozinsenertrag**, der mit einem Aufwandssaldo von EUR 12.874.944,85 signifikant unter dem Vorjahreswert, einem Ertragssaldo in Höhe von EUR 2.075.471,14 liegt. In den Zinserträgen sind negative Zinserträge in Höhe von EUR 4.341.788,34 (2015: TEUR 1.912) sowie in den Zinsaufwendungen negative Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 420.088,80 (2015: TEUR 1.009) enthalten.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen gliedern sich wie folgt:

	2016 EUR	2015 TEUR
Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	235.853,97	70
Erträge aus Beteiligungen	591.862,43	800
Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	205.232.662,10	80.329
	206.060.378,50	81.199

In den Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind Substanz ausschüttungen in Höhe von EUR 170.677.077,65 (2015: TEUR 66.734) enthalten, denen in gleicher Höhe ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2016 EUR	2015 TEUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	121.320.394,88	7.801
Tilgungserlös Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen, Schuldscheindarlehen, sonstige Emissionen und dazugehörige Zinsswaps	43.942.828,21	442.227
Erträge aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung	26.029.165,26	616
Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen	3.500.769,06	5.380
Erträge Termination CDS, Zins- und FX-Optionen aus anderen Geschäften	8.461.435,51	15.555
	204.617.171,81	472.267

In dem Posten Tilgungserlös Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen und dazugehörige Zinsswaps sind Erlöse aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 14.039.799,45 sowie Erträge aus der Auflösung von dazugehörigen Zinsswaps in Höhe von EUR 29.903.028,76 enthalten. In den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen sind EUR 100 Mio. aus der Auflösung des Rückzahlungsanspruches des Bundes aus der Asset Garantie der Republik Österreich enthalten.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2016 EUR	2015 TEUR
Personalaufwand	4.288.347,81	23.805
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	28.500.593,22	41.237
	32.788.941,03	65.042

In der Veränderung des Verwaltungsaufwandes spiegeln sich die erfolgten Abbaumaßnahmen der immigon wider. Diese Reduktion basiert einerseits auf den getroffenen Personalabbaumaßnahmen und den sich daraus ergebenden Aufwandssenkungen und andererseits aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Personalaufwand sind Aufwendungen für Altersversorgung und

Unterstützung und die Aufwendungen für Abfertigungen (nach Rückstellungsverwendung) und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von insgesamt EUR 4.717.249,51 (2015: TEUR 4.785) enthalten. Die Löhne und Gehälter, die Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge sowie der sonstige Sozialaufwand betragen im Geschäftsjahr EUR 8.405.806,80 (2015: TEUR 19.312). Die Verwendung von Rückstellungen für laufende Pensionsaufwendungen, die Verbesserung des Planvermögens der Pensionskassen sowie die Veränderungen der durch den Aktuar errechneten Pensionsverpflichtungen haben zu der positiven Veränderung des in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellten Posten 8 ee) Veränderung der Pensionsrückstellung geführt.

Im Posten Löhne und Gehälter sind Erträge aus der Auflösung von Jubiläumsgeldrückstellungen in Höhe von EUR 230.950,05 enthalten.

Innerhalb des Sachaufwandes in Höhe von EUR 28.500.593,22 sind Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, insbesondere für den Verkauf von Assets, sowie der EDV-Aufwand mit zusammen EUR 19.412.283,10 (2015: TEUR 29.520) dominierend.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2016 EUR	2015 TEUR
Tilgungsverluste Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen, Schuldscheindarlehen, sonstige Emissionen und dazugehörige Zinsswaps	28.384.531,04	65.971
Aufwendungen aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung	10.103.145,93	1.069
Weiterverrechnete Aufwendungen	1.442.336,38	1.937
Sonstige betriebliche Aufwendungen	52.060.114,07	43.597
	91.990.127,42	112.574

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit EUR 42.310.904,42 die Dotierung von Rückstellungen für Rechtsrisiken.

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis:

	2016 EUR	2015 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	-141.445.049,14	-44.212
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-125.045.631,85	-79.656
Kreditgeschäft	-122.715.836,33	-62.530
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-2.329.795,52	-17.126
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	116.395.889,92	158.163
Kreditgeschäft	105.746.967,34	116.339
Wertpapiere des Umlaufvermögens	10.648.922,58	41.764
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-179.965.166,14	-207.230
Wertpapiere des Anlagevermögens	-151.334,14	-353
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-179.813.832,00	-206.877
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	47.169.858,93	84.510
Wertpapiere des Anlagevermögens	21.177,39	14.136
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	47.148.681,54	70.374

Die Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken enthalten EUR 100.000.000,- aus der Auflösung der Asset Garantie der Republik Österreich. Es sind keine Aufwendungen aus Swap-Auflösungen (2015: TEUR: 37.057) enthalten.

Die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen beinhalten die Auflösung einer Pauschalwertberichtigung in Höhe von EUR 64.459.381,42 (2015: TEUR 63.847).

In den Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sind als größte Posten die Abschreibungen auf die Unternehmensbeteiligungs GesmbH, die Investkredit-IC Holding alpha GmbH sowie die VBI Holding GmbH enthalten. Die Wertberichtigung der Unternehmensbeteiligungs GesmbH in Höhe von EUR 92.100.000,00 wird durch drei Faktoren wesentlich beeinflusst; der Wertaufholung aus Beteiligungsbewertungen, der Erhöhung von Risikovorsorgen für den Abbau von Beteiligungen sowie der geleisteten Ausschüttung. Die Wertberichtigung der Investkredit-IC Holding alpha GmbH in Höhe von EUR 35.107.000,00 ist vorwiegend ausschüttungsbedingt, das darüber hinausgehende Wertberichtigungserfordernis basiert im Wesentlichen auf Beteiligungsbewertungen und Abbaumaßnahmen. Die Abschreibung der VBI Holding GmbH in Höhe von EUR 34.330.000,00 ist im Wesentlichen durch die Ausschüttung bedingt.

Die Erträge aus Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung der Pauschalwertberichtigung in Höhe von EUR 44.385.553,00 (2015: TEUR -19.638).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis vor Steuern. Der Steueraufwand in Höhe von EUR 2.587.856,46 resultiert aus einem Körperschaftsteueraufwand aus Vorperioden von EUR 2.670.710,66 und einem Körperschaftsteuerertrag von EUR 119.806,20 aus der laufenden Gruppenverrechnung (2015 setzte sich ein Steueraufwand von TEUR 6.119 aus laufender Körperschaftsteuer von TEUR 5.137, einer laufenden Gruppenverrechnung von TEUR 980 und einer solchen aus Vorperioden von TEUR 2 zusammen).

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe eines Ertragssaldos von EUR 863,55 (2015: Aufwandssaldo TEUR 4.942) war im Vorjahr noch die Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz mit einem Betrag von TEUR 5.373 erfasst, die 2016 nicht mehr angefallen ist. Es sind Erträge in Form von Steuerrückerstattungen aus Vorperioden in Höhe von EUR 1.183,48 (2015: TEUR 471) enthalten.

Rücklagenbewegung

	2016		2015	
	EUR Dotierung (-)	EUR Auflösung (+)	TEUR Dotierung (-)	TEUR Auflösung (+)
Gewinnrücklagen – andere Rücklagen	-90.050.514,56	0,00	-298.436	0
Gewinnrücklagen für eigene Anteile	0,00	0,00	0	57
	-90.050.514,56	0,00	-298.436	57
	-90.050.514,56		-298.379	

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 18.595.834,89 (2015: TEUR 25.115).

In den Jahren 2016 und 2015 gab es keine außerordentlichen Erträge oder Aufwendungen.

Sonstige Angaben

Die immigon portfolioabbau ag, Wien, stellt den Konzernabschluss für den größten und für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss ist beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Im Jahr 2016 waren durchschnittlich 96 Angestellte beschäftigt (2015: 199).

Im Posten **Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen** zeigt sich für Vorstandsmitglieder im Wesentlichen aus der Auflösung von Vorsorgen ein Ertrag in Höhe von EUR 1.140.370,64 (2015: Aufwand TEUR 1.199).

Im Posten Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer zeigt sich ein Ertrag in Höhe von EUR 5.953.084,43 (2015: TEUR Aufwand 1.809).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betreffen mit einem Betrag von EUR 2.975.996,08 (2015: TEUR 1.486) Aufwendungen im Zusammenhang mit der Dotierung der Rückstellung für Redimensionierung (Sozialplan).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betragen EUR 1.141.316,95 (2015: Aufwand TEUR 1.007).

Die im Geschäftsjahr gewährten **Gesamtbezüge des Aufsichtsrates** betragen EUR 55.314,25 (2015: TEUR 86).

Die **Gesamtbezüge des Vorstandes** (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 1.073.374,32 (2015: TEUR 1.834).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Pensionszahlungen) der früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 345.670,88 (2015: TEUR 535).

Zum 31. Dezember 2016 haften keine Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates aus (31.12.2015: TEUR 0). Es wurden 2016 keine Rückzahlungen geleistet (2015: TEUR 0).

Wesentliche Ereignisse nach Abschluss des Geschäftsjahres

Im Jänner 2017 konnten weitere Abbaumaßnahmen von Kreditgeschäften in der immigon umgesetzt werden. Auch in den Tochtergesellschaften wurden Transaktionen umgesetzt bzw. konnten weiter konkretisiert werden.

Gemäß der am 30.06.2015 mit der Republik Österreich abgeschlossenen Restrukturierungsvereinbarung ist die über eine Tochtergesellschaft gehaltene indirekte Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft bis Ende 2017 abzubauen. Wir verweisen diesbezüglich auf die Ausführungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Die Eintragung der in den Hauptversammlungen am 23. bzw. 24. Jänner 2017 beschlossenen Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft auf die Raiffeisen Bank International AG ist für Ende März 2017 geplant.

Die immigon portfolioabbau ag hat beschlossen die fix verzinste, kündbare nachrangige Anleihe 2007 – 2027 mit der ISIN AT000B053558 per 08.02.2017 gemäß den Emissionsbedingungen zum Nennwert von 100 % zu kündigen.

Organe

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Mag. Franz Zwickl

ab 1.6.2016,

bis 1.6.2016 Vorsitzender-Stellvertreter

Dr. Klaus Liebscher

Mitglied des Vorstandes der FIMBAG

Finanzmarktbesitz Aktiengesellschaft des Bundes

bis 1.6.2016

Vorsitzende-Stellvertreter

Mag. Birgit Noggler

ab 1.6.2016

Mitglieder

Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA

Geschäftsführerin Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH

Direktor Edwin Reiter

Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Kärnten eG

Vom Betriebsrat delegierte Mitglieder

Dipl.-Ing. Wolfgang Agler

Sabine Römer

Staatskommissäre:

Ministerialrat

Dr. Viktor Lebloch

Staatskommissär

Mag. Paul Pitnik

Staatskommissär-Stellvertreter

Vorstand:

Generaldirektor Mag. Dr. Stephan Koren

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal und Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury

Generaldirektor-Stellvertreter Dkfm. Michael Mendel

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

Der Vorstand



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Anlagenspiegel 2016 (§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG; alle Angaben in Euro)

EUR	Anschaffungskosten Stand am 1.1.2016	Zugänge im Geschäftsjahr	Abgänge im Geschäftsjahr	Umbuchungen im Geschäftsjahr	Währungsumrechnung im Geschäftsjahr	Stand am 31.12.2016
Wertpapiere						
in den Bilanzposten:						
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen Banken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen Kunden	9.231.640,57	0,00	-2.986.519,50	0,00	0,00	6.245.121,07
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.865.608,72	0,00	0,00	0,00	0,00	84.865.608,72
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	94.097.249,29	0,00	-2.986.519,50	0,00	0,00	91.110.729,79
Beteiligungen						
a) an Kreditinstituten	775.906,28	0,00	-5.718,75	0,00	0,00	770.187,53
b) an sonstigen Unternehmen	17.612.888,02	0,00	-1.553.166,26	0,00	0,00	16.059.721,76
Summe	18.388.794,30	0,00	-1.558.885,01	0,00	0,00	16.829.909,29
Anteile an verbundenen Unternehmen						
a) an Kreditinstituten	36.826.305,18	0,00	-24.043.807,18	0,00	0,00	12.782.498,00
b) an sonstigen Unternehmen	2.826.163.269,94	152.000,00	0,00	0,00	0,00	2.826.315.269,94
Summe	2.862.989.575,12	152.000,00	-24.043.807,18	0,00	0,00	2.839.097.767,94
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens						
	1.983.196,76	0,00	0,00	0,00	0,00	1.983.196,76
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Bauten für den eigenen Geschäftsbetrieb	361.874,22	0,00	0,00	0,00	0,00	361.874,22
b) Sonstige Grundstücke und Bauten	312.077,06	0,00	0,00	0,00	0,00	312.077,06
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.474.705,15	22.287,54	-200.953,09	0,00	0,00	1.296.039,60
Summe	2.148.656,43	22.287,54	-200.953,09	0,00	0,00	1.969.990,88
Gesamtsumme	2.979.607.471,90	174.287,54	-28.790.164,78	0,00	0,00	2.950.991.594,66

kumulierte Abschreibungen Stand am 1.1.2016	Zugänge (Abschreibungen) im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Abgänge im Geschäftsjahr	Umbuchungen im Geschäftsjahr	Währungsumrechnung im Geschäftsjahr	Stand am 31.12.2016	Buchwert 31.12.2016	Buchwert 31.12.2015
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-9.231.639,55	0,00	0,00	2.986.518,61	0,00	0,00	-6.245.120,94	0,13	1,02
-260.842,28	-135.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-395.842,28	84.469.766,44	84.604.766,44
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-9.492.481,83	-135.000,00	0,00	2.986.518,61	0,00	0,00	-6.640.963,22	84.469.766,57	84.604.767,46
-16.928,08	-379.959,45	0,00	0,00	0,00	0,00	-396.887,53	373.300,00	758.978,20
-2.855.583,95	-929.595,87	0,00	1.502.226,51	0,00	0,00	-2.282.953,31	13.776.768,45	14.757.304,07
-2.872.512,03	-1.309.555,32	0,00	1.502.226,51	0,00	0,00	-2.679.840,84	14.150.068,45	15.516.282,27
-15.026.305,18	-11.411.917,81	0,00	20.455.724,99	0,00	0,00	-5.982.498,00	6.800.000,00	21.800.000,00
-2.429.111.687,18	-164.575.159,84	1.375.000,00	0,00	0,00	0,00	-2.592.311.847,02	234.003.422,92	397.051.582,76
-2.444.137.992,36	-175.987.077,65	1.375.000,00	20.455.724,99	0,00	0,00	-2.598.294.345,02	240.803.422,92	418.851.582,76
-1.983.196,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.983.196,76	0,00	0,00
-172.483,21	-8.608,68	0,00	0,00	0,00	0,00	-181.091,89	180.782,33	189.391,01
-270.111,06	-3.927,23	121.961,23	0,00	0,00	0,00	-152.077,06	160.000,00	41.966,00
-1.089.487,95	-77.056,49	0,00	184.038,12	0,00	0,00	-982.506,32	313.533,28	385.217,20
-1.532.082,22	-89.592,40	121.961,23	184.038,12	0,00	0,00	-1.315.675,27	654.315,61	616.574,21
-2.460.018.265,20	-177.521.225,37	1.496.961,23	25.128.508,23	0,00	0,00	-2.610.914.021,11	340.077.573,55	519.589.206,70

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

162	1	Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	168	2	Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens
162	1.1	Geschäftsverlauf	168	2.1	Wirtschaftliches Umfeld 2017
162	1.1.1	Wirtschaftliches Umfeld	169	2.2	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
163	1.1.2	Geschäftsausrichtung	169	2.3	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
163	1.1.3	Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	170	2.3.1	Risikopolitische Grundsätze
164	1.1.4	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	170	2.3.2	Kreditrisiko
165	1.1.5	Erläuterungen zu Bilanz und Abbaumaßnahmen	171	2.3.3	Marktrisiko
176	1.2	Bericht über Zweigniederlassungen	171	2.3.4	Liquiditätsrisiko
176	1.3	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	171	2.3.5	Operationelles Risiko
176	1.3.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	172	2.3.6	Beteiligungsrisiko
176	1.3.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	172	2.3.7	Sonstige Risiken
168	1.4	Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	172	2.4	Verwendung von Finanzinstrumenten

173 3	Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile	174 5	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
173 4	Bericht über Forschung und Entwicklung	174 5.1	Kontrollumfeld
		174 5.2	Risikobeurteilung
		174 5.3	Kontrollmaßnahmen
		175 5.4	Information und Kommunikation
		175 5.5	Überwachung

LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Die Vermögenswerte der immigon und ihrer Tochterunternehmen bestehen im Wesentlichen in Veranlagungen in den folgend angeführten Ländern. Die allgemeine Markt-, Wirtschafts- und Zinsentwicklung in diesen Ländern hat einen Einfluss auf die Wertentwicklung und Veräußerbarkeit dieser Vermögenswerte und damit auch auf die Abbauziele.

Österreichs Bruttoinlandsprodukt ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember 2016 um 1,5 % im Jahresvergleich gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Wachstumsdynamik gegenüber dem Jahr 2015 dar. Die Wachstumslücke gegenüber der Eurozone, die im Jahr 2015 noch einen Prozentpunkt betragen hatte, sollte damit auf ein bis zwei Zehntel Prozentpunkte geschrumpft sein. Das Wachstum war vor allem von der Inlandsnachfrage durch privaten Konsum und Investitionen getragen.

Die österreichische Arbeitslosenquote ist trotz der Wachstumsbeschleunigung im vergangenen Jahr leicht gestiegen, während sie in der Eurozone insgesamt – von wesentlich höheren Werten ausgehend – sich kontinuierlich verbesserte und von 10,4 % zu Jahresbeginn auf 9,8 % im November zurück ging. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich 2016 zwischen 0,6 % und 1,6 %. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum war die Teuerungsrate in der ersten Jahreshälfte zum Teil noch negativ und hat erst gegen Jahresende (Dezember: 1,1 %) spürbar angezogen. Hauptgrund für den Preisanstieg 2016 war der Ölpreis.

Noch während der Phase fallender Inflationsraten hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz im März 2016 von 0,05 % auf 0,00 % gesenkt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität fiel von 0,30 % auf 0,25 %, während der Einlagensatz um 10 Basispunkte auf -0,40 % gesenkt wurde. Im März entschied die EZB auch, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR zu erhöhen, und eine zweite Tranche ihrer gezielten Langfristrefinanzierungsgeschäfte (TLTRO2) aufzulegen. Sowohl die Geldmarktzinsen als auch die Renditen am Kapitalmarkt gingen zurück. Im vierten Quartal wurde – den höheren europäischen Inflationsraten und der geldpolitischen Straffung in den USA entsprechend – bei den Renditen ein Teil dieser Entwicklung wieder ausgeglichen. In Summe nahm die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich 2016 von 0,85 % auf 0,43 % ab. Der Dreimonats-Euribor fiel das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich und sank von -0,13 % zu Jahresbeginn auf -0,31 % zu Jahresende.

In **Ungarn** ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr laut Schätzung der Europäischen Kommission vom November vor dem Hintergrund eines boomenden privaten Konsums (+5 %) und eines starken Beitrags des Außenhandels (Exporte: +7 %) um 2,1 % gewachsen. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg damit auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts. Dem für die Region hohen Schuldenstand stand 2016 eine relativ geringe Neuverschuldung von voraussichtlich 1,5 % gegenüber. Die Abhängigkeit von Kapitalimporten ist gesunken und der Forint hat zum Euro etwas aufgewertet.

In **Tschechien** ist trotz rückläufiger Investitionen die Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 gemäß Schätzung der Europäischen Kommission um 2,2 % gestiegen. Dies war auf die gute Entwicklung der beiden anderen binnenwirtschaftlichen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts – des öffentlichen und privaten Konsums – zurückzuführen. Aber auch der Außenhandel erzielte einen deutlichen Wachstumsbeitrag. Dies reichte aus um das Leistungsbilanzdefizit auf unter 1 % des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Die Währung war 2016 stabil beim von der Zentralbank angestrebten Kurs von rund 27 CZK je EUR.

Rumänien erzielte letztes Jahr das höchste Wachstum seit dem Ende der Finanzkrise. Die Europäische Kommission schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 5,2 % gewachsen ist. Sehr starke Zuwächse bei der Binnennachfrage – der private Konsum ist um 9 % gestiegen, der staatliche Konsum und die Investitionen um 5 % beziehungsweise 6 % – waren dafür verantwortlich. Dennoch blieb die Inflationsrate negativ. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war negativ. Das Haushaltsdefizit erreichte im vergangenen Jahr 2,8 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft **Polens** ist laut Europäischer Kommission im vergangenen Jahr um 3,1 % gewachsen. Der private Konsum und der staatliche Konsum legten um jeweils etwa 4 % zu. Der Außenhandel zeigte sehr hohe Dynamik und einen positiven Wachstumsbeitrag. Exporte und Importe wuchsen um jeweils etwa 8 %. Im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft sind dagegen die Bruttoinvestitionen. Das Haushaltsdefizit Polens lag im Jahr 2016 bei 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Mit einer Wachstumsrate von 2,6 % konnte **Kroatien** laut Schätzung der EU-Kommission die im Vorjahr begonnene Erholung fortsetzen. Die binnenwirtschaftlichen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts lieferten positive Wachstumsbeiträge, das Budgetdefizit betrug 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Nach langjähriger Schwächephase hat sich die Kuna zum Euro wieder etwas gefestigt.

Eine kräftige Binnennachfrage und die gute Entwicklung der Nettoexporte ließen **Sloweniens** Wirtschaft laut Schätzung der Europäischen Kommission vergangenes Jahr um 2,2 % wachsen. Das Haushaltsdefizit betrug 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft in **Serbien** ist 2016 laut Schätzung der Europäischen Kommission um 2,7 % gewachsen. Das Wachstum ruhte größtenteils auf gestiegener Binnennachfrage, besonders stark entwickelten sich die Investitionen und der staatliche Konsum. Das Haushaltsdefizit betrug 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Dinar wertete nur marginal zum Euro ab.

Laut Schätzung des Internationalen Währungsfonds vom Oktober ist das Bruttoinlandsprodukt **Bosnien-Herzegowinas** im Jahr 2016 um 3,0 % gewachsen.

Steigende Nachfrage ist in den **Immobilienmärkten** Zentral- und Osteuropas zu verzeichnen. Nach Berichten von CBRE wurden in der Region (inklusive Russland) im Jahr 2016 rund EUR 17,9 Mrd. investiert, um EUR 4 Mrd. mehr als im Jahr davor und auch mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Wie schon in den Jahren zuvor war Polen mit einem Investmentvolumen von EUR 4,7 Mrd. der stärkste Markt. In Tschechien wurden 2016 EUR 3,8 Mrd. in Immobilien investiert. Der Immobilienmarkt in Ungarn hat sich seit 2012 kontinuierlich gesteigert und weist 2016 Transaktionsvolumina von rund EUR 1,7 Mrd. auf. Die Nachfrage am Büromarkt in den Hauptstädten der CEE Region ist allerdings leicht gesunken. Das Niveau der Bürospitzenmieten ist in Warschau mit EUR 23,00/m²/Monat das höchste in der Region, wobei auch hier Budapest wieder aufgeholt hat und nur knapp hinter der polnischen Hauptstadt liegt.

1.1.2 Geschäftsausrichtung

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Sitz in Wien ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernspitze von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Die webpage der immigon lautet www.immigon.com. Neben der Veröffentlichung von Ad-Hoc-Meldungen und Berichten zum jeweiligen Geschäftsjahr findet sich auf der Webpage im Bereich Investor Relations in einem gesonderten Menüpunkt „Corporate Governance“ eine Entsprechungserklärung zum Österreichischen Corporate Governance Kodex durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der immigon vom Dezember 2016.

1.1.3 Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schon seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung zur Aufnahme des „Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion“ Teilbetriebes der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seither ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsieht.

Hinsichtlich der Angaben zu wesentlichen Entwicklungen des Geschäftsjahres wird auf die Kapitel verwiesen, in denen die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz näher erläutert werden.

Die Gesellschaft wird von Moody's Investors Service geratet, allerdings auf einer „Non-participating“ Basis. Die immigon sieht auch das seit 28. Juni 2016 hinaufgesetzte Issuer Rating von B1 als zu pessimistisch. Fitch Ratings hat das Rating bereits per 26. August 2015 entzogen.

1.1.4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Ertragslage der immigon ist aufgrund ihrer Eigenschaft als Abbaugesellschaft nicht mit der einer Bank vergleichbar. Die wesentlichsten Ergebnistreiber der immigon sind Sondereffekte aus dem Abbau, die sowohl das Ergebnis des Jahres 2015 als auch des abgelaufenen Geschäftsjahres wesentlich bestimmt haben. Unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten einzelner Posten sind aufgrund dieser Sondereffekte nur eingeschränkt zwischen den Jahren gegeben. Der Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von EUR 90,1 Mio. liegt deutlich unter dem Vergleichswert aus 2015, ist aber ebenso auf Abbaueffekte zurückzuführen, die im Folgenden erläutert werden.

Mit den fortgesetzten Abbaumaßnahmen hat sich die operative Ertragskraft aus dem Kredit- und Derivatgeschäft weiter vermindert. Dies zeigt sich deutlich im **Nettozinsertrag**, der mit einem Aufwand in Höhe von EUR -12,9 Mio. deutlich unter dem Vorjahreswert von EUR 2,1 Mio. liegt. Zu diesem negativen Ergebnis hat auch wesentlich die Veranlagung der Liquidität zu Negativzinssätzen beigetragen.

Bei den **Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen** wurde ein Ergebnis von EUR 206,1 Mio. erzielt. Der deutliche Anstieg gegenüber 2015 mit einem Vergleichswert von EUR 81,2 Mio. ist ebenfalls mit den Abbauaktivitäten zu erklären. Mit EUR 205,8 Mio. entstammt im Wesentlichen der gesamte Ertrag aus Ausschüttungen von Beteiligungen, denen allerdings als Gegenposition – wie in den Vorjahren – Abschreibungen auf die Beteiligungsansätze in Höhe von EUR 177,3 Mio. in der Position **Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** gegenüberstehen.

Die **Provisionserträge** resultieren im Wesentlichen aus Garantiprovisionen aus dem noch verbliebenen Kreditgeschäft. Sie haben sich abbaubedingt von EUR 3,4 Mio. auf EUR 2,3 Mio. vermindert. Die **Provisionsaufwendungen** entwickelten sich ebenfalls rückläufig und verringerten sich von EUR 14,3 Mio. auf EUR 10,4 Mio. Der Großteil der Provisionsaufwendungen 2016 ist auf die Entgeltzahlungen für die per Ende August 2016 gekündigte Asset Garantie der Republik Österreich zurückzuführen.

Die Position **Ergebnis aus Finanzgeschäften** ist im Wesentlichen durch die im vierten Quartal 2016 umgesetzte Auflösung des Handelsbuchs bestimmt. Die Bestände des Handelsbuchs der ÖVAG wurden nach der Spaltung 2015 in der immigon weitergeführt. Da die Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr entfaltet, wurden diese Bestände nunmehr in das Bankbuch übertragen. Diese Übertragung belastete das Ergebnis aus Finanzgeschäften im abgelaufenen Geschäftsjahr signifikant. Diesen Belastungen werden in den Folgejahren wahrscheinlich aber entsprechende sonstige betriebliche Erträge gegenüberstehen. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften weist daher einen negativen Saldo in Höhe von EUR 30,8 Mio. auf und hat sich damit gegenüber dem negativen Vorjahreswert von EUR 6,3 Mio. noch weiter verschlechtert.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** haben sich von EUR 472,3 Mio. im Vorjahr auf EUR 204,6 Mio. vermindert. Die Erträge aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen sowie aus der Auflösung von Zinsswaps, die im Vorjahr noch EUR 442,8 Mio. ausgemacht hatten, konnten im Jahr 2016 nicht annähernd erreicht werden. Der Ertrag aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen sowie Derivaten beträgt EUR 70,0 Mio. Wesentlich war in dieser Position im Jahr 2016 auch die Auflösung der Rückstellung für den Rückzahlungsanspruch des Bundes aus der Asset Garantie der Republik Österreich. Durch diese Auflösung ist ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von EUR 100 Mio. entstanden, dem jedoch eine äquivalente Gegenposition im **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** entgegensteht. Weitere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 21,3 Mio. sowie Kostenweiterverrechnungen in Höhe von EUR 7,6 Mio. haben ebenfalls das Ergebnis der **sonstigen betrieblichen Erträge** beeinflusst.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** betragen EUR 32,8 Mio. gegenüber EUR 65,0 Mio. im Vorjahr. Darin spiegelt sich der weiter voranschreitende deutliche Personalabbau ebenso wider, wie ein dem geringeren Geschäftsumfang entsprechender niedrigerer Sachaufwand. Der Personalaufwand beläuft sich auf EUR 4,3 Mio. und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 19,5 Mio. Diese Reduktion basiert im Wesentlichen auf dem umgesetzten Personalabbau und der damit einhergehenden Verminderung der im Personalaufwand enthaltenen Gehälter inkl. der Auflösung von Personalrückstellungen. Innerhalb des Sachaufwandes in Höhe von EUR 28,5 Mio. (2015: EUR 41,2 Mio.) sind Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, insbesondere für den Verkauf von Assets, sowie der EDV-Aufwand mit zusammen EUR 19,5 Mio. dominierend. Im Vorjahr betragen die Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen sowie der EDV-Aufwand allerdings noch EUR 29,5 Mio.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von EUR 92,0 Mio. sind ebenfalls stark von der weiteren Reduktion von Verbindlichkeiten und Derivaten geprägt. Im Jahr 2016 entstanden Verluste aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 27,2 Mio. sowie aus der Auflösung von Derivaten in Höhe von EUR 11,3 Mio. Weiters wurden Rückstellungen für Rechtsrisiken erhöht.

Damit liegt das **Betriebsergebnis** 2016 mit EUR 234,1 Mio. um EUR 126,6 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert von EUR 360,7 Mio.

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf EUR -141,4 Mio. und ist damit deutlich schlechter als der Vergleichswert des Vorjahres von EUR -44,2 Mio.

Der wesentliche Grund für diese Verschlechterung resultiert aus dem **Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft und den Wertpapieren des Umlaufvermögens**. Hier war der Haupttreiber die Auflösung der Asset Garantie der Republik Österreich. Dem hier enthaltenen Aufwand aus der Wertberichtigung von Forderungen in Höhe von EUR 100 Mio. stehen allerdings, wie erwähnt, EUR 100 Mio. **sonstige betriebliche Erträge** aus der Auflösung der Rückstellung für den Rückzahlungsanspruch entgegen. Insgesamt bleibt die Auflösung der Asset Garantie im Jahr 2016 somit erfolgsneutral. Bereinigt um diesen Sondereffekt sind die weiteren Aufwendungen für Neubildungen von Wertberichtigungen für das Kreditgeschäft sowie Abschreibungen und Veräußerungsverluste von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Summe mit EUR 25,0 Mio. geringer ausgefallen als die Erträge aus der Auflösung derartiger Risikovorsorgen sowie Veräußerungsgewinnen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von EUR 116,4 Mio. Kreditrückführungen bzw. Verkäufe über Buchwert haben in 2016 zu teilweisen Auflösungen von zuvor gebildeten Einzelwertberichtigungen sowie auch zu einer teilweisen Auflösung einer pauschalen Risikovorsorge geführt.

Beim **Bewertungsergebnis für Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** hat sich ein negativer Saldo in Höhe von EUR 132,8 Mio. ergeben. Im Ausmaß von EUR 177,3 Mio. ist dieser auf die oben erwähnten – grossteils ausschüttungsbedingten – Teilwertabschreibungen für verbundene Unternehmen zurückzuführen, denen entsprechende Ausschüttungen in der Position **Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen** entgegenstehen. Weiters enthalten sind Zuschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von EUR 1,4 Mio. Auch aus der pauschalen Abbauvorsorge für Beteiligungen konnten Auflösungen in Höhe von EUR 44,4 Mio. vorgenommen werden. Erträge entstanden in Höhe von EUR 1,2 Mio. aus der Veräußerung der Anteile an den Österreichischen Lotterien über die RSV Beteiligungs GmbH.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von EUR 92,6 Mio. liegt damit deutlich unter dem Vorjahresvergleichswert von EUR 316,4 Mio.

Die immigon ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Der Aufwand für **Steuern vom Einkommen** in Höhe von EUR 2,6 Mio. setzt sich daher aus dem laufenden Aufwand der immigon in Höhe von EUR 0,0 Mio., aus einem Aufwand aus Vorperioden in Höhe von EUR 2,7 Mio. und einem Ertrag aus der Gruppenverrechnung in Höhe von EUR 0,1 Mio. zusammen. In den **sonstigen Steuern** wurde im Vorjahr noch die Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz erfasst, im Jahr 2016 konnten nur geringfügige Steuerrückerstattungen vereinnahmt werden.

Der **Jahresüberschuss** beträgt somit EUR 90,1 Mio. Wie im Vorjahr wird dieser, aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf unerwartete Risiken im Rahmen der Abwicklung der immigon, im größtmöglichen Ausmaß zur Rücklagenbildung verwendet, sodass der Jahres- und Bilanzgewinn EUR 0,00 beträgt.

1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Abbaumaßnahmen

Entsprechend der Abbauziele der immigon konnte das Geschäftsvolumen im Jahr 2016 weiter signifikant reduziert werden. Die **Bilanzsumme** verringerte sich um EUR 1,4 Mrd. oder rd. 42 % auf knapp unter EUR 2,0 Mrd.

Den mittlerweile größten Teil der Aktiva bilden **Guthaben bei Zentralnotenbanken**, bei der Oesterreichischen Nationalbank werden EUR 1,1 Mrd. gehalten. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um veranlagte Erlöse aus den aktivseitigen Abbaumaßnahmen. Diese Position hat sich gegenüber dem Vorjahr, trotz intensiver Rückkäufe von diversen Emissionen der immigon, nicht wesentlich verändert.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Jahresanfang von EUR 476,4 Mio. auf EUR 192,2 Mio. gesunken. Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte ebenso vermindert werden wie – bedingt durch den Abbau von Derivaten – die diesbezüglichen Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit anderen Banken.

Unter den **Forderungen an Kunden** haben die fortgesetzten Abbaumaßnahmen den Bestand mehr als halbiert. Das Volumen beträgt EUR 248,6 Mio. nach EUR 597,1 Mio. im Jahr zuvor. Mit den Abbautransaktionen wurden 75 Kreditengagements und damit ein Volumen von EUR 286,8 Mio. abgebaut. Wesentliche Transaktionen umfassten Immobilienfinanzierungen in Ungarn, ein Hotelprojekt in Kroatien, den Verkauf des zweiten Teils eines Portfolios von Windkraftfinanzierungen sowie den Verkauf von

rumänischen Büroimmobilien, die über Tochtergesellschaften von immigon finanziert worden waren. Das noch vorhandene Kreditvolumen (vor Wertberichtigungen) von EUR 424,4 Mio. besteht aus dem Eigenbestand nicht börsennotierter Wertpapiere, Finanzierungen an Tochtergesellschaften sowie Finanzierungen an Unternehmenskunden und von gewerblichen Immobilienprojekten. Die Konzentration dieses Portfolios liegt in Österreich, CEE und SEE.

Auch die **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** konnten um EUR 92,1 Mio. auf EUR 137,5 Mio. verringert werden. Das Portfolio umfasst im Wesentlichen noch Anleihen, größtenteils von internationalen Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität. Zum überwiegenden Teil dienen diese hochliquiden Wertpapiere mit Fälligkeiten 2017 und 2018 der Liquiditätsreserve, welche die kurzfristig veräußerbaren Mittel darstellt. Innerhalb dieser Position entstand auch ein Zugang an Wertpapieren durch ein Ankaufsprogramm für eine Emission der Tochtergesellschaft Investkredit Funding Ltd.: Die Inhaber der noch ausstehenden Stücke der von der Investkredit Funding Ltd. ausgegebenen Hybridkapitalanleihe wurden eingeladen, diese der immigon zum Kauf gegen Barzahlung eines Preises von 75 % des Nennbetrags der Hybridkapitalanleihe anzubieten. Der Vorstand der immigon hat nach Evaluierung der Angebote am 23. Dezember 2016 beschlossen, die eingelangten Angebote zu einem Gesamtnominale in Höhe von rund EUR 2 Mio. anzunehmen. Weiters wurde das bereits vorliegende Kaufanbot von zwei (miteinander verbundenen) Inhabern angenommen und ein Nominale in Höhe von rund EUR 13 Mio. gekauft.

Die **Beteiligungen** und **Anteile an verbundenen Unternehmen** haben sich insgesamt um EUR 135,0 Mio. von EUR 323,7 Mio. auf EUR 188,7 Mio. vermindert. Dies ist im Ausmaß von EUR 177,3 Mio. auf die oben erwähnten – größtenteils ausschüttungsbedingten – Teilwertabschreibungen für verbundene Unternehmen zurückzuführen. Die Abbaumaßnahmen in Tochtergesellschaften haben derartige Ausschüttungen ermöglicht. Direkt von der immigon verkauft wurde die VB Factoring Bank Aktiengesellschaft sowie diverse kleinere Beteiligungen. Daraus entstand ein Abgang von Beteiligungen in Höhe von EUR 3,6 Mio., demgegenüber haben Zuschreibungen zu Wertansätzen anderer Beteiligungen bzw. Teilaufösungen der pauschalen Abbauvorsorge das Volumen um rund EUR 45,8 Mio. erhöht.

Der stärkste Rückgang auf der Aktivseite ergab sich bei den **Sonstigen Aktiva**. Die Verminderung um EUR 572,3 Mio. auf EUR 109,7 Mio. ist hauptsächlich durch den Abbau von Derivaten sowie die Auflösung des Handelsbuchs im vierten Quartal dieses Jahres begründet. Aufgrund der Kündigung der Asset Garantie wurde die sonstige Forderung gegenüber der Republik Österreich in Höhe von EUR 100 Mio. ausgebucht, wodurch sich ebenfalls ein Rückgang in diesem Posten ergibt.

Auf der Passivseite konnten die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um EUR 161,5 Mio. auf EUR 66,2 Mio. reduziert werden. Auch hier hat der Abbau von Derivaten zu einer Verminderung der Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit anderen Banken geführt.

Zum Abbau der Passivseite hat die immigon auch 2016 Angebote für den vorzeitigen Rückkauf ihrer Verbindlichkeiten an die Investoren gelegt.

Die immigon hat ab dem 9.11.2015 für **nicht-nachrangige Verbindlichkeiten** Rückkaufkurse auf ihrer Website <http://www.immigon.com> veröffentlicht. Solange die Rückkaufkurse veröffentlicht waren, waren private und institutionelle Anleger eingeladen, der immigon diese Instrumente zu den jeweiligen Rückkaufkursen zum Rückkauf anzudienen, und die immigon war berechtigt, solche Angebote in ihrem alleinigen Ermessen anzunehmen. Dies wurde mit einer Ad-hoc-Meldung gemäß BörseG am 30.10.2015 veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Rückkaufkurse wurde nach zuletzt geringerem Interesse am 23. Juni 2016 eingestellt. Im Geschäftsjahr 2016 waren davon Nominalwerte von EUR 187 Mio. (Rückkaufsprogramm 3) betroffen.

Am 30.3.2016 wurde ein weiteres Rückkaufsprogramm für **nachrangige Verbindlichkeiten** in Form einer Reverse Modified Dutch Auction veröffentlicht. Private und institutionelle Anleger wurden eingeladen, der immigon die Instrumente zum Rückkauf anzudienen, und die immigon war berechtigt, solche Angebote in ihrem alleinigen Ermessen anzunehmen. Bei den Schuldverschreibungen handelt es sich insgesamt um 14 Emissionen von nachrangigen Verbindlichkeiten in Form von Anleihen. Die eingelangten Angebote der Anleger haben Nominalvolumina der Schuldverschreibungen von rund EUR 195 Mio. umfasst. Der Vorstand der immigon hat nach Evaluierung der Angebote und deren Preise am 20.5.2016 beschlossen, diese mit einem Nominalvolumen in Höhe von rund EUR 139 Mio. anzunehmen (Rückkaufsprogramm 4).

In der Folge wurde am 6.7.2016 veröffentlicht, dass auch Rückkaufkurse für alle 16 ausstehenden **nachrangigen Verbindlichkeiten** (Senior Subordinated) mit Laufzeitende nach 31.12.2016 auf der Website der immigon veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Rückkaufkurse erfolgte von 11.07.2016 bis 11.08.2016. Es wurden damit Nominalvolumina von rund EUR 9 Mio. angekauft (Rückkaufsprogramm 5).

Am 7.10.2016 startete ein Rückkaufprogramm für neun **Ergänzungskapitalanleihen** unter einer weiteren Reverse Modified Dutch Auction mit Mindestannahmepreisen. Die Inhaber bestimmter ausstehender Ergänzungskapitalanleihen wurden eingeladen, unter gewissen Bedingungen diese der immigon zum Rückkauf gegen Barzahlung anzubieten. Die Angebotsfrist endete am 28. Oktober 2016. Der Vorstand der immigon hat am 2. November 2016 beschlossen, diese mit einem Nominalvolumen von rund EUR 59 Mio. anzunehmen (Rückkaufprogramm 6).

Weiters hat die immigon 5 Zertifikate (Indexzertifikat auf ATX AT0000436100, Indexzertifikat auf CECE AT0000436118, Indexzertifikat auf Hang Seng AT0000436134, Indexzertifikat auf Hang Seng China AT0000436142, Indexzertifikat auf RDX USD Index AT0000436167) zum 23. Februar 2016 vorzeitig gekündigt. Auch die Nachranganleihe 2006 – 2016 mit der ISIN XS0275528627 in Höhe von EUR 81 Mio. wurde vorzeitig gekündigt.

Das Volumen der entsprechenden Verbindlichkeiten konnte damit – neben den planmäßigen Fälligkeiten – deutlich vermindert werden.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** kam es zu einem Rückgang in Höhe von EUR 96,9 Mio. auf EUR 230,4 Mio. Maßgeblich dafür waren die angekauften Schuldscheindarlehen gegenüber diversen Versicherern.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** verminderten sich um EUR 432,4 Mio. auf EUR 821,4 Mio.

Die **nachrangigen Verbindlichkeiten** verminderten sich um EUR 319,3 Mio. auf EUR 125,3 Mio. und das **Ergänzungskapital** um EUR 59,9 Mio. auf EUR 71,3 Mio.

Das **Eigenkapital** in Höhe von EUR 420,2 Mio. hat sich infolge des Jahresüberschuss für 2016 um EUR 90,1 Mio. verbessert.

1.2 Bericht über Zweigniederlassungen

Die immigon verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Auch wenn die immigon für ihren Jahresabschluss das Bilanzierungsschema für Banken zu verwenden hat, sind für eine Abbaugesellschaft, die auf aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln oder auf dem Einlagengeschäft basierenden finanziellen Leistungsindikatoren, wie sie typischerweise für die Beurteilung von Banken herangezogen werden, nicht anwendbar. Im Fokus steht nunmehr die Abbauleistung unter Schonung des Eigenkapitals.

Die Eigenkapitalquote der immigon beträgt 21,1 % (2015: 9,7 %). Die Eigenkapitalquote errechnet sich als Quotient von Eigenkapital und Bilanzsumme. Der Return on Equity (ROE) vor Steuern der immigon für das Jahr 2016 beträgt 24,7 % (2015: 178,5 %). Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres. Der ROE nach Steuern beträgt 24,0 % (2015: 172,2 %). Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio der immigon liegt in der Berichtsperiode bei 63,9 % (2015: 205,1 %). Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient der Betriebsaufwendungen und der Summe aus Nettoinsertrag, Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Provisionserträgen berechnet.

Für die immigon als Abbaugesellschaft ist auch die verfügbare Liquidität von besonderer Bedeutung, da neue Mittelaufnahmen am Geld- oder Kapitalmarkt nicht vorgesehen sind. Es errechnen sich nach den Methoden der Liquiditätsdeckungsanforderung für Kreditinstitute (LCR) aus dem Guthaben bei der Oesterreichische Nationalbank und entsprechend geeigneten Wertpapieren erstklassige liquide Aktiva in Höhe von EUR 1.185 Mio. Bestimmt man über die Differenz zur Bilanzsumme die nicht erstklassigen liquiden Aktiva, so ergibt sich ein Betrag von EUR 806 Mio., in Relation zum Eigenkapital der immigon sind dies 192 %.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Bereich **Human Resources** stand auch 2016 der geordnete Abbau von MitarbeiterInnen im Fokus der Anstrengungen. Der notwendige rapide Personalabbau wird, wo immer das geht, von gelebter sozialer Verantwortung begleitet. Ein mit den

Belegschaftsvertretern verhandelter Sozialplan ist dabei ein wesentlicher Baustein. Die massive Verringerung des Personalstandes wird größtenteils durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan erreicht. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. Auch natürliche Abgänge tragen zur Personalreduktion bei. Die Erhaltung einer funktionsfähigen Organisationsstruktur trotz der laufenden Personalreduktion war für die immigon auch im Jahr 2016 eine besondere Herausforderung.

Zum Ultimo 2016 waren bei der immigon 78 MitarbeiterInnen (Vollzeitäquivalente) beschäftigt. Das sind um 48 Vollzeitäquivalente weniger als zum Jahresende 2015 (2015: 126 Vollzeitäquivalente). Personen, die per Ultimo aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, werden in den angegebenen Werten nicht mehr mitgezählt. Von den 78 Vollzeitäquivalenten im Angestelltenverhältnis waren 24 zum Jahresultimo 2016 nicht mehr aktiv, weil sie mit Auflösungsvereinbarungen gemäß Sozialplan bereits dienstfrei gestellt waren. Damit kann die immigon per Jahresultimo 2016 noch auf aktive MitarbeiterInnen im Ausmaß von 54 Vollzeitäquivalenten zurückgreifen.

Das Durchschnittsalter lag im abgelaufenen Jahr bei 49,6 Jahren und hat sich damit gegenüber dem Vorjahresvergleichswert von 47,7 weiter erhöht. Die Akademikerquote von 44 % zeigt das hohe Qualifikationsniveau der MitarbeiterInnen. Der Frauenanteil beträgt 64 % (2015: 64 %). Aus dem gesetzlichen Anspruch auf Elternteilzeit ergibt sich ein Anteil an Teilzeitbeschäftigten von 32,3 % (2015: 31,4 %).

Aufgrund des vorhersehbaren Endes der Beschäftigungsmöglichkeiten in der immigon kommt der Erhaltung der Motivation der MitarbeiterInnen besondere Bedeutung zu. Die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches sind zentrale Anliegen in der Personalentwicklung. Situationsbedingt liegt daher ein besonderer Schwerpunkt des Personalmanagements in der Erhöhung der Vermittelbarkeit der MitarbeiterInnen, um sie für die Anforderungen am Arbeitsmarkt nach ihrer Beschäftigung in der immigon optimal vorzubereiten. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklung von neuen beruflichen Perspektiven für die Erhaltung der Motivation und Leistungsfähigkeit ein wesentlicher Faktor ist.

Die Abbaugesellschaft stellt sich auch den Herausforderungen hinsichtlich der **Nachhaltigkeit** ihrer Handlungen. Dies betrifft – neben den Bestrebungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, Motivation und Gesundheit im Personalbereich auch Aspekte des Umweltschutzes, wo Druckerpools als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben haben. Es wird auch seit vielen Jahren Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Der Standort der immigon ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Die Nachhaltigkeit der Aktivitäten in der Abbaugesellschaft dokumentieren sich auch an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Compliance Bestimmungen. Insbesondere beim Verkauf von Vermögenswerten muss auf die Standards der Bietersuche, der Preisfindung sowie der sorgfältigen und sparsamen Abwicklung besondere Aufmerksamkeit gesetzt werden. Die Förderung von Kunst-, Kultur oder Sportaktivitäten sowie Sponsoring aus der Bankenvergangenheit werden hingegen nicht mehr fortgesetzt.

1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Hinsichtlich der Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag verweisen wir auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang.

2 Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens

2.1 Wirtschaftliches Umfeld 2017

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,5 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2017 auf 1,7 % gesetzt, die EU-Kommission ging in ihrer Herbstprognose noch von einer Jahreswachstumsrate von 1,5 % aus. Das Wachstum Österreichs sollte damit jenem der Eurozone entsprechen, während die zentral- und südosteuropäischen Länder dieses zum Teil übertreffen sollten. Die Prognose für Ungarn und die Tschechische Republik lautet jeweils 2,6 %, für Polen 3,4 %, für Rumänien 3,9 %, für Kroatien 2,5 %, für Slowenien 2,6 % und für Serbien 3,0 %. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Bosnien-Herzegowina für 2017 eine Wachstumsrate von 3,2 %.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate in 2017 beträgt im Mittel 1,3 %. Damit sollte die Teuerungsrate also im Jahr 2017 noch nicht ganz an das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % heranreichen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank spricht für ein weiterhin niedriges

Zinsniveau, obwohl von der sich bereits im Gange befindlichen geldpolitischen Straffung in den USA ein leichter Aufwärtstrend ausgehen kann. Diese könnte die Währungen belasten, die früher vielfach von einer positiven Zinsdifferenz unterstützt waren. Diese dürfte angesichts der in den meisten Ländern anhaltend niedrigen Inflation 2017 tendenziell schrumpfen.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA. Insbesondere die Länder mit hohen Wertschöpfungsanteilen des Automobilsektors (insbesondere Tschechien und Ungarn) könnten von Handelsbeschränkungen negativ betroffen sein. Auch potenzielle Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den ab dem zweiten Quartal zu erwartenden Austrittsverhandlungen mit Großbritannien und/oder möglichen Regierungswechseln in einigen Mitgliedsländern stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Auch die noch immer unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung einiger großer Schwellenländer wie China, Brasilien und Russland, die zu erhöhter Finanzmarktvolatilität und negativen Auswirkungen auf die internationale Nachfrage führen könnten, gehören zu den Risikofaktoren.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die immigon wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nützen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben. Dies erfolgt laut Pouvoirordnung im 4-Augen-Prinzip, d.h. eine second-opinion durch das Risikomanagement ist verpflichtend. Unverändert ist geplant, dass der Abbau der Aktiva im Wesentlichen bis Ende 2017 abgeschlossen sein soll. Der Vorstand geht davon aus, dass die wesentlichsten Kredite und Wertpapiere mit vertraglichem Laufzeitende nach diesem Datum durch aktive Abbaumaßnahmen aus dem Portfolio entfernt werden können. Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt im Kreditgeschäft einerseits durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer, andererseits den Verkauf von Einzelengagements oder den Verkauf von Portfolios. Im Bereich der Tochtergesellschaften sind Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Hierunter fallen insbesondere die indirekt über die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehaltene RZB-Beteiligung und die indirekt über die Investkredit-IC Holding alpha GmbH gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn.

Im Einklang mit der Reduktion der Vermögenswerte sind für die Zukunft seitens immigon auch weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, um auch die Passivseite zu reduzieren und damit den hohen Liquiditätsbestand abzubauen. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität kann dabei nur insofern erfolgen, als der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer (für den Fall eines verzögerten Abbaus der Aktivseite) nicht unterschritten wird.

Im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2017 steht die Fortführung des Abbaus unter weitgehender Schonung der bilanziellen Abbauvorsorgen ebenso wie die Personalreduzierung, aber auch die Vorbereitung auf die Phase der Liquidation der immigon. Ein entsprechendes Projekt mit dem Ziel der Erstellung eines Stufenplans für die Liquidation der immigon unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebs des Unternehmens wurde aufgesetzt.

Der Beginn der formalen Liquidation erfordert eine weitere Komplexitätsreduktion der immigon und wird voraussichtlich nicht unmittelbar mit Ende 2017 erfolgen können. Die aktuelle Arbeitshypothese geht von einem Termin aus, der mindestens ein Jahr später sein wird. Der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma wird mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen.

2.3 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Im Rahmen der Abbaugesellschaft ergeben sich wesentliche Risiken aus der Umsetzung des Abbaufauftrags, insbesondere im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögensgegenstände. Das Risikomanagement orientiert sich daher an den spezifischen Anforderungen einer Abbaugesellschaft hinsichtlich der Bonitäts- und Marktrisiken, allfälliger Bewertungsabschläge bei Verkaufsprozessen und der Liquiditätssteuerung. Auch wenn der bisherige Abbau der immigon plankonform gelungen ist, zeigt die nationale und internationale Erfahrung, dass Abbauprozesse mitunter mit höheren Aufwendungen verbunden sind, als dies ex-ante erkennbar war.

Ein weiteres Risiko liegt im aktuellen Zinsniveau, welches derzeit eine kurz- und mittelfristige Veranlagung nur unter Inkaufnahme von Negativzinsen zulässt. Ein anhaltend niedriges Zinsniveau stellt daher aufgrund der eingeschränkten Veranlagungsmöglichkeiten ein Profitabilitätsrisiko dar.

Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung von anderen Vermögensgegenständen bzw. dem Schließen von Derivaten Abschlüsse erforderlich sein könnten.

Darüber hinaus bestehen allgemeine branchen- bzw. geschäftstypische Gewährleistungsrisiken aus den bereits erfolgten und noch geplanten Beteiligungsverkäufen und Abbaumaßnahmen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden und drohenden Passivprozessen.

Ein weiteres Risiko entsteht aus der notwendigen Personalreduktion der Abbaugesellschaft und den dadurch bedingten Prozessanpassungen, den zunehmenden Outsourcinganforderungen sowie den Anforderungen an das Wissensmanagement. Aus dem deutlich kleiner werdenden Personalstand ist die immigon verstärkt auch den allgemeinen Personalrisiken wie Fluktuation oder Krankheit, sowie mit diesen einhergehenden operationellen Risiken ausgesetzt.

2.3.1 Risikopolitische Grundsätze

Die immigon steuert und überwacht ihre Risiken mit dem Ziel einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung ihrer Vermögensgegenstände. Dabei gelten folgende risikopolitischen Grundsätze:

- Es bestehen klare Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich alle Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ausrichten lassen.
- Die Vorgaben zum Risikomanagement sind unter Berücksichtigung aller Risikoarten in einem Risikohandbuch festgelegt.
- Für alle Risikoarten werden adäquate Systeme und Methoden zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung eingesetzt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.
- Alle mess- und steuerbaren Risiken unterliegen einer Limitstruktur, die einer regelmäßigen operativen Überwachung unterliegt.
- Ein zeitnahes, regelmäßiges und alle Risikoarten umfassendes Risikoreporting ist implementiert. Der Risikobericht informiert den Vorstand und Aufsichtsrat periodisch über die Entwicklung der Risikosituation und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

2.3.2 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden in der immigon folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Die Dokumentation der internen Verfahren und Kontrollsysteme, welche die laufende Abwicklung der Kredit- und Leasinggeschäfte gewährleisten, gehört u.a. zum Aufgabenbereich einer internen Organisationseinheit der Abbaugesellschaft. Abbauentscheidungen werden entlang einer Pouvoirordnung getroffen, die sicherstellt, dass die Inkaufnahme von Verlusten nur innerhalb festgelegter Grenzen stattfindet. Die Pouvoirordnung der immigon enthält Limite zur Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und auch von Klumpenrisiken.

Die Abbaugesellschaft unterliegt hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit weitgehenden gesetzlichen Einschränkungen. Es werden keine Einlagen oder anderen rückzahlbaren Gelder des Publikums entgegengenommen und es wird diesbezüglich kein Neugeschäft mehr betrieben. Prolongationen zu Kreditgeschäften werden in Ausnahmefällen nur getätigt, falls es eine realistische und mit Fakten untermauerte sowie plausible Aussicht gibt, dass die künftige Bedienbarkeit oder die künftige Verwertbarkeit der Finanzierung durch eine Prolongation verbessert wird. Bei der Steuerung der Risikopositionen wird generell darauf abgezielt, die bestehenden Transaktionen bzw. Geschäfte zu verringern. Es ist daher bei einer Veränderung der Risikopositionen durch Abbau (z.B. vorzeitiger Verkauf von Aktiva oder Rückkauf von Passiva) auch gleichzeitig eine Auflösung bzw. ein Verkauf von zugehörigen Absicherungsinstrumenten vorzunehmen. Sollte der Abschluss von Sicherungsgeschäften für die Reduktion von Zins- oder Währungsrisiken im Rahmen der Abbautätigkeit notwendig werden, so erfolgen diese ausschließlich mittels Transaktionen, die bereits in der ÖVAG in Verwendung waren und entsprechende Produkteinführungsprozesse durchlaufen hatten.

Entsprechende pauschale Vorsorgen für die Risiken aus der Verwertung des Kreditportfolios wurden gebildet.

2.3.3 Marktrisiko

Als Marktrisiko wird in der immigon das Risiko finanzieller Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z.B. Aktienkursen, Zinsen, Wechselkursen oder Rohstoffen) bezeichnet. Die Marktrisiken der immigon resultieren aus dem abzubauenen Kredit- und Wertpapierportfolio, dem zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken notwendigen Derivateportfolio und aus dem Aktiv-Passiv-Management der Abbaugesellschaft. Die Steuerung, Überwachung und Limitierung aller Marktrisiken wird vom marktunabhängigen Risikomanagement wahrgenommen. Als wesentliche Risiken sind das Zinsänderungsrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Credit-Spread Risiko zu nennen.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen **Zinsänderungsrisiken** aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuchs zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien zu analysieren. Das Zinsänderungsrisiko wird gemessen und analysiert auf Basis der Zinsrisikostatistik gem. OeNB sowie auf weiterführenden Sensitivitätsanalysen. Das Risiko wird durch Zinssensitivitätslimite beschränkt. Die Limithöhen werden zumindest jährlich oder bei Bedarf evaluiert und vom Vorstand beschlossen.

Das **Fremdwährungsrisiko** ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen / Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern. Das Fremdwährungsrisiko wird mit Fremdwährungsderivaten angesteuert.

Das **Credit-Spread-Risiko** der immigon resultiert im Wesentlichen aus dem gehaltenen Wertpapierportfolio, das in den Geschäftsjahren 2015 und 2016 bereits großteils abgebaut wurde. Der rasche und wertschonende Abbau der verbliebenen Wertpapiere, die nicht der Liquiditätsreserve dienen, wird konsequent fortgesetzt werden.

2.3.4 Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wird mittels eines Planungstools erstellt. Neben einem Real Case Szenario wird die Risikomessung durch ein Stressszenario ergänzt.

Die aus der Laufzeiteninkongruenz zwischen der Aktiv- und Passivseite bzw. durch die vorzeitige Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Überliquidität stellt bei der Veranlagung ein mögliches Risikopotential bzw. einen Kostenfaktor für die Abbaugesellschaft dar. Daher erfolgt die Veranlagung von Liquidität unter der Maßgabe einer möglichst risikofreien Veranlagung, um den Abbaufolg nicht durch das Eingehen von neuen Kreditrisiken zu gefährden. Durch den eingeschränkten Anlagehorizont bzw. eine restriktive Veranlagungspolitik beschränkt sich das Anlageuniversum auf die kurzfristige Veranlagung der Überschussliquidität bei Banken guter Bonität bzw. auf die Möglichkeit des Kaufes von hochliquiden Aktiva von Staaten bzw. staatsgarantierten Emittenten mit gutem Rating. Darüber hinaus besteht eine Veranlagungsmöglichkeit bei der Österreichischen Nationalbank, die vorrangig genutzt wird.

2.3.5 Operationelles Risiko

Die immigon definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

In der immigon gelten folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Daher werden operationelle Ereignisse in einheitlicher Form zentral erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Angemessenheit der Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich im Rahmen einer OpRisk-Klausur, neu bewertet. Die Ergebnisse werden an das Linienmanagement, das Risikomanagement sowie den Vorstand berichtet. An dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des Vier-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Die internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen (IKS) stellen den angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sicher.

- Operationelle (Rest-) Risiken, die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, werden formal und nachweislich durch den Risikoverantwortlichen (Risk Owner) akzeptiert.
- Die Implementierung zusätzlicher Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird überwacht und die Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der periodischen Revisionsprüfung bewertet. Des Weiteren wird die Effizienz des operationellen Risikomanagements durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen evaluiert.

2.3.6 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht die immigon das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung teilweise ausfällt, gänzlich an Wert verliert oder nur unter Realisierung eines Verlusts verkauft werden kann.

Das Beteiligungsvolumen nach Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 188,7 Mio., wovon ein überwiegender Anteil auf verbundene Unternehmen entfällt. Als wesentlichste noch verbliebene Beteiligung im Konzern hält die immigon (durchgerechnet über ein verbundenes Unternehmen) eine 4,64 %ige Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, welche gemäß dem Restrukturierungsplan 2015 der immigon bis Ende des Jahres 2017 verkauft werden muss. Die RZB soll im Jahr 2017 mit der Raiffeisen Bank International AG verschmolzen werden, sodass der Konzern der immigon voraussichtlich börsennotierte Aktien erhalten wird, was zu einer Erleichterung hinsichtlich der Verwertbarkeit des Anteils führen sollte. Unabhängig von den im Jänner 2017 erfolgten Hauptversammlungsbeschlüssen ist die Firmenbucheintragung noch nicht erfolgt und bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der Kursentwicklung. Eine weitere wesentliche Beteiligung besteht an der VB Leasing International Gruppe. Nachdem der 2013 gestartete Verkaufsprozess der gesamten VB Leasing International Gruppe nicht für alle Landesgesellschaften erfolgreich umgesetzt werden konnte, wurde im September 2015 für die verbleibenden vier Gesellschaften in Slowenien, Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina sowie die österreichische VB-Leasing International Holding GmbH die Einstellung des Neugeschäftes und der Run Down der Gesellschaften beschlossen.

Entsprechende pauschale Vorsorgen für die Risiken aus der Verwertung des Beteiligungsportfolios wurden gebildet.

2.3.7 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die immigon dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Geschäftsrisiko gegenüber.

Das **strategische Risiko** ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das **Reputationsrisiko** ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Betriebsergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter **Eigenkapitalrisiko** versteht die immigon die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Abbaugesellschaft oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das **Geschäftsrisiko** (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können. Dieser Situation sieht sich die Abbaugesellschaft nach Verlust ihrer operativen Ertragskraft ausgesetzt.

Bis auf das letztgenannte Ertragsrisiko besitzen die sonstigen Risiken zwar keine wesentliche Bedeutung für die immigon, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

2.4 Verwendung von Finanzinstrumenten

In der immigon sind zins-, währungs- und kreditbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Hinsichtlich der Volumina (Derivatespiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 238 UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) verwiesen. Im Bankbuch werden Finanzinstrumente in erster Linie zur Absicherung von Liquiditäts-, Fremdwährungs-, Credit-Spread- und Zinsänderungsrisiken sowie von Risiken in Substanzwerten verwendet.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom Dezember 2015 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Zinsrisiken durch Kreditinstitute werden

angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2016 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt.

Da die Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr entfaltet, wurde das Handelsbuch im vierten Quartal aufgelöst, diese Bestände in das Bankbuch übertragen und interne Derivate aufgelöst. Somit entfällt im Vergleich zum Vorjahr die Notwendigkeit der Berücksichtigung des Kontrahentenrisikos für positive Marktwerte aus unbesicherten Derivaten des Handelsbuchs mittels Credit Value Adjustments („CVA“) als Näherungsfunktion des potentiellen zukünftigen Verlustes. Die entsprechenden Rückstellungen wurden aufgelöst.

3 Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Eigene Stammaktien	50.947,90	498,24
Eigene Partizipationsscheine	13.359,56	7.318,40
Summe	64.307,46	7.816,64

Die Eigenen Aktien oder Anteile sind ab 2016 gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 nicht mehr aktivseitig auszuweisen, sondern mit dem Gezeichneten Kapital zu saldieren.

Entwicklung der eigenen Aktien:

	Anzahl	Nennwert	Buchwert
	Stk.	EUR	EUR
Stand am 31.12.2015	49.819	50.947,30	498,24
Aufwertung gemäß RÄG			50.449,66
Stand am 31.12.2016	49.819	50.947,30	50.947,90

Centdifferenzen im Rahmen der Aufwertung entstehen systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem.

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der immigon stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl	Nennwert	Buchwert
	Stk.	EUR	EUR
Stand am 31.12.2015	18.296	13.359,55	7.318,40
Aufwertung gemäß RÄG			6.041,16
Stand am 31.12.2016	18.296	13.359,55	13.359,56

Centdifferenzen im Rahmen der Aufwertung entstehen systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem.

Zu- und Abgänge eigener Aktien

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine Zu- und Abgänge eigener Aktien. Als Spitzenausgleich im Rahmen der Kapitalherabsetzung im Geschäftsjahr 2015 entfielen auf die eigenen Aktien 5 Bruchteile im Nominale von insgesamt EUR 0,36.

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2016 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

4 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die immigon betreibt keine Forschung und Entwicklung.

5 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

5.1 Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). In der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) wird ein konzernweiter Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vorgegeben. Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt. So existieren u.a. Richtlinien im Bereich der laufenden Buchhaltung, der Verwaltung der offenen Posten, der Risikovorsorge und der Bilanzierung. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat.

Jedes Hauptbuchkonto hat einen klar definierten Verantwortlichen. Zweimal jährlich wird der Saldo der Verrechnungskonten gemäß einer im internen Regelwerk (Richtlinie: Bestands- und Verrechnungskonten, Inventuraufnahme) definierten Vorgangsweise überprüft. Diese Überprüfung ist schriftlich zu dokumentieren. Die Kontrolle und Ablage der ordnungsgemäßen Dokumentation dient sowohl für die interne Revision als auch für den Wirtschaftsprüfer im Zuge der Jahresabschlussprüfung als Prüfungsunterlage.

5.2 Risikobeurteilung

Das wesentliche Risiko im Rechnungslegungsprozess besteht in einer unrichtigen Abbildung von Sachverhalten in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage. Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungsprozesse und -abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken der Abwicklung des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

5.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und zeitnahe korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Managementkontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die Kontrolldokumentation erfolgt automationsunterstützt durch das Risikomanagement.

5.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert. Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können. Die Erstellung von Berichten wie Tages- und Monatsbilanz oder Risikobericht erfolgt automationsunterstützt mit Schnittstellen zu Vorsystemen.

Ein Managementreport über interne Kontrollen wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Das Management erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. monatliche Berichte über die Entwicklung der immigon, den Abbaufortschritt und die wichtigsten Finanzkennzahlen. Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Der Informationsfluss beinhaltet neben der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auch das Budget sowie Kommentierungen der wesentlichen Entwicklungen, einen quartalsweisen Risikobericht sowie die Darstellung der Liquiditätssituation. An den Aufsichtsrat berichten darüber hinaus die interne Revision sowie der Compliance Officer.

5.5 Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Abteilungsleitung und dem Vorstand vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden. Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Die interne Revision überprüft unabhängig und gemäß einem jährlich zu erstellenden und vom Vorstand genehmigten Revisionsplan und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet, die Leistungserbringung wurde aufgrund der vorgenommenen Personalabbaumaßnahmen im Jahre 2016 zur Gänze outgesourct. Die zuständige Leitung des Dienstleisters berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Wien, am 31. Jänner 2017

Der Vorstand



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 31. Jänner 2017



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal + Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

immigon portfolioabbau ag, Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Rahmen der Prüfung haben wir folgende derartige Sachverhalte identifiziert:

1. Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden
2. Werthaltigkeit des Anteils an der Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung
3. Ansatz und Bewertung der Rückstellungen für Rechtsrisiken

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Der Vorstand beschreibt die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Anhang zum Jahresabschluss im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“.

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert dieser Forderungen beträgt zum 31. Dezember 2016 248,6 Mio. EUR. Es bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe von 114,4 Mio. EUR und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 61,4 Mio. EUR. Das noch bestehende Kreditportfolio umfasst im Wesentlichen Unternehmens- und Immobilienfinanzierungen sowie Finanzierungen an Tochtergesellschaften in Österreich, CEE und SEE.

Die Überwachung der Werthaltigkeit der Kundenforderungen und die damit verbundene Überprüfung hinsichtlich des Vorliegens von Ausfallsindikatoren erfolgt durch das Risikomanagement. Im Falle des Vorliegens von Ausfallsindikatoren wird die Werthaltigkeit mittels der Discounted Cash Flow Methode überprüft. Hierbei werden Höhe und Zeitpunkte von Rückflüssen, die von Kunden geleistet werden oder aus der Verwertung von Sicherheiten resultieren, individuell eingeschätzt. Diese Analyse ist wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung von Kreditsicherheiten vor dem Hintergrund einer kurzfristigen Realisierbarkeit sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ausschließlich auf den Abbau von Vermögensgegenständen und Schulden beschränkt und somit kein Neugeschäft getätigt wird, verfolgt der Vorstand die Strategie, dass all jene Forderungen die ein vertragliches Laufzeitende nach dem geplanten Abbauperioden aufweisen, durch den Kunden vorzeitig rückgeführt oder umgeschuldet werden.

Darüber hinaus werden zur Erreichung der Abbauziele innerhalb der zeitlichen Vorgaben des Abbauplans einzelne Kreditverkäufe oder Portfolioverkaufstransaktionen durchgeführt. In Abhängigkeit von den Zins- und Bonitätsparametern, den bis zum Verkauf erwarteten Rückzahlungen vom Kunden sowie den Verhandlungen mit den Käufern, können sich Bewertungsverluste ergeben. Für diese Risiken werden in den Fällen, in denen noch keine konkreten Verkaufsergebnisse vorliegen, Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung von Forderungen an Kunden sowohl bei den Einzelwertberichtigungen als auch bei den Pauschalwertberichtigungen in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen sowie länderspezifischen Besonderheiten beeinflusst ist. Hierzu zählen insbesondere die individuelle kundenspezifische Einschätzung der zukünftigen Cash Flows unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Kunden, der Wertansatz von Kreditsicherheiten im Verwertungsfall und die Schätzung von Verwertungsdauer und -kosten, sowie Annahmen zu markt- oder bonitätsbedingten Abschlägen für Kredit- und Portfolioverkäufe.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Überwachung und Risikovor-sorgebildung für Kundenforderungen analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Kreditausfälle zu identifizieren und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Darüber hinaus haben wir anhand von Stichproben die wesentlichen internen Kontrollen in Bezug auf die Bewertung der Kundenforderungen auf deren Ausgestaltung und Implementierung, sowie auf deren Effektivität getestet.

Im Rahmen der Kreditprüfung haben wir auf Basis einer Stichprobe an Krediten untersucht, ob Indikatoren für Kreditausfälle bestehen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovor-sorgen gebildet wurden. Bei Feststellung von Ausfallsindikatoren wurden die von der Gesellschaft getroffenen Annahmen zur Ermittlung der Risikovor-sorgen über ein DCF-Modell hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit untersucht sowie mit Detailinformationen aus der Kundenkorrespondenz verglichen. Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen nachvollzogen. Für die Beurteilung von Höhe und Zeitpunkt von Rückflüssen, welche aus der Verwertung von Immobiliensicherheiten angenommen wurden, haben wir zudem unsere Immobilien-Bewertungsspezialisten einbezogen, um die aus den vorgelegten Bewertungsgutachten oder bankinternen Berechnungen abgeleiteten Rückflüsse anhand von Marktvergleichen und externen Informationsquellen zu überprüfen.

Die Berechnungsmethode der Pauschalwertberichtigungen sowie die dabei getroffenen Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Ermittlung von Marktwerten für die Kredite und Kreditportfolien sowie potenzieller markt- oder bonitätsbedingter Verkaufsabschläge, wurden von uns auf Grundlage der Gespräche mit dem Vorstand und der Leitung des Bereichs „Non Core Business“ analysiert. Darüber hinaus haben wir die Angemessenheit der Höhe der ermittelten Pauschalwertberichtigungen durch Vergleich mit tatsächlichen Verwertungsergebnissen im Rahmen des bereits bisher erfolgten Abbaus untersucht.

Weiters haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Bewertung der Forderungen an Kunden im Anhang angemessen sind.

Werthaltigkeit des Anteils an der Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Das Risiko für den Abschluss

Wir verweisen auf die Ausführungen des Vorstands zu den Beteiligungen in Kapitel „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie zum Bewertungs- und Veräußerungsergebnis in Kapitel „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ im Anhang.

Die immigon portfolioabbau ag ist indirekt über ihre Tochtergesellschaft Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung („UBG“) im Ausmaß von 4,64 % an der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Wien („RZB“) beteiligt. Aufgrund der mit der Republik Österreich abgeschlossenen Restrukturierungsvereinbarung sowie der in 2015 erfolgten Änderungen des Geschäftsmodells in eine Abbaugesellschaft, hat der Vorstand der immigon bis spätestens zum Ende des Geschäftsjahres 2017 eine rasche und bestmögliche Verwertung dieses Minderheitenanteils zu erwirken.

Für die Bewertung des Minderheitenanteils an der RZB sowie in der Folge auch des direkten Buchwerts an der UBG hat die Gesellschaft – da keine ausreichenden Informationen über die Unternehmensplanung zur Anwendung eines DCF-Verfahrens vorlagen – wie in Vorjahren ein Bewertungsmodell angewendet, welches über ein Multiple-Verfahren sowohl Substanzwert- als auch Ertragswertkomponenten berücksichtigt. Diesem Modell liegen veröffentlichte Informationen der RZB und Schätzung von aus Marktdaten abgeleitete Multiples zu Grunde, aus denen sich Unsicherheiten und Ermessensspielräume ergeben. Hierzu zählen insbesondere die erwartete Entwicklung von Marktparametern, die Auswirkung der beabsichtigten Verschmelzung von RZB und Raiffeisen Bank International AG („RBI“), die Wahl einer angemessenen Peer Group zur Ermittlung der Multiples für die Bewertung sowie die Schätzung möglicher Verluste aus einer erschwerten Verwertbarkeit des Minderheitenanteils vor dem Hintergrund der zeitlichen Vorgaben aus dem Abbauplan, welche durch Abschläge für Illiquidität und Modellrisiken berücksichtigt werden.

Ferner hat die UBG mögliche Risiken aus bereits erfolgten Beteiligungsveräußerungen eingeschätzt und dafür Vorsorgen getroffen, die in der Bewertung des Anteils berücksichtigt wurden.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass der Wertansatz für die UBG in hohem Maße von der Einschätzung der oben angeführten Faktoren und Schätzungen, insbesondere für das Bewertungsmodell und die Verwertbarkeit des Minderheitenanteils, beeinflusst ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Angemessenheit des Bewertungsmodells und die darin enthaltenen, wesentlichen Annahmen und Ermessensentscheidungen hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit beurteilt und als Teil des Prüfungsteams unsere eigenen Bewertungsspezialisten zur Analyse des zugrunde liegenden Bewertungsmodells hinzugezogen. Hierbei haben wir die Bewertungsmethodik hinsichtlich ihrer Angemessenheit untersucht sowie die Parameter und Annahmen anhand von markt- und branchenspezifischen Richtwerten und öffentlich verfügbaren Informationen daraufhin analysiert, ob diese nachvollziehbar sind und in einer angemessenen Bandbreite liegen.

Aufgrund von Gesprächen mit dem Vorstand sowie Befragungen der für die Beteiligungsbewertung verantwortlichen Personen haben wir die angesetzten Abschläge für Modellrisiken sowie die Verwertbarkeit des Minderheitenanteils und die Annahmen betreffend die Vorsorgen für bereits erfolgte Beteiligungsveräußerungen analysiert.

Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit des Bewertungsergebnisses für die UBG und insbesondere den Minderheitenanteil an der RZB nachvollzogen sowie den von der immigon portfolioabbau ag ermittelten Marktwert für die RZB durch eine alternative Berechnung basierend auf öffentlich zugängliche Informationen verifiziert.

Hinsichtlich der bei der Bewertung des Anteils an der UBG ebenso berücksichtigten Risikovorsorge für mögliche Risiken aus bereits erfolgten Beteiligungsveräußerungen haben wir die Einschätzung des Vorstandes und des Vertreters der Rechtsabteilung zum Ansatz dieser Risikovorsorge sowie zu den bewertungsrelevanten Faktoren, insbesondere zu Eintrittswahrscheinlichkeit und möglicher Schadenshöhe, durch Einsichtnahme in Verträge und Dokumentationen analysiert.

Abschließend haben wir die im Anhang offengelegten Informationen betreffend die Abbauvorgaben, die Bewertung und die Ereignisse nach dem Stichtag in Zusammenhang mit dem Minderheitenanteil an der RZB nachvollzogen und hinsichtlich ihrer Angemessenheit beurteilt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen für Rechtsrisiken

Das Risiko für den Abschluss

Die zum Bilanzstichtag bilanzierten Rückstellungen für Rechtsrisiken betragen 77,8 Mio. EUR. Wir verweisen auf die Ausführung zu den sonstigen Rückstellungen in Kapitel „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie in Kapitel „Erläuterungen zu Bilanzposten“ im Anhang.

Die immigon ist als Abbaugesellschaft Unsicherheiten und Risiken, die sich aus der Umstellung in eine Abbaugesellschaft ergeben, ausgesetzt. Daraus resultieren insbesondere Rechtsrisiken aus laufenden oder drohenden Prozessen und Gewährleistungen, deren Ursprung in der Verwertung von Vermögenswerten und dem Abbau von Schulden liegt.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Rechtsrisiken werden vom Vorstand Annahmen und Schätzungen getroffen. Diese betreffen insbesondere die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos, die Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, Verfahrens- und

Verhandlungsdauer, die Erfolgsaussichten sowie sich daraus ergebende Kosten.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Rückstellungen für Rechtsrisiken in hohem Ausmaß von Schätzunsicherheiten und Ermessensspielräumen beeinflusst sind, welche sowohl die Ermittlung der Höhe als auch die Vollständigkeit der gebildeten Vorsorge betreffen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Identifikation und Bewertung von Rechtsrisiken analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Risiken zu identifizieren und angemessen abzubilden. Wir haben hierbei die Einschätzung des Vorstandes zum Ansatz einer Rückstellung sowie zu den bewertungsrelevanten Faktoren durch Einsichtnahme in Verträge und Dokumentationen sowie aufgrund der Befragung der mit der Beurteilung der Rechtsrisiken befassten Mitarbeitern analysiert. Dabei haben wir überprüft, ob diese Einschätzung konsistent mit den Informationen aus den identifizierten, drohenden Ansprüchen sowie aus bereits laufenden Verfahren ist.

Die Angemessenheit der Rückstellungen für Rechtsrisiken und damit im Zusammenhang stehenden Prozess- und Anwaltskosten haben wir aufgrund der Befragung des Vorstands und des Vertreters der Rechtsabteilung sowie durch Einholung und Durchsicht von Auskunftsschreiben der betrauten Rechtsanwälte beurteilt.

Für im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossene wesentliche Verkäufe von Vermögenswerten, erfolgte eine Durchsicht der Vertragsunterlagen hinsichtlich möglicher Gewährleistungsverpflichtungen. In Fällen, in denen Gewährleistungsverpflichtungen identifiziert wurden, haben wir die Einschätzungen und Annahmen für den Ansatz einer Rückstellung anhand von Gesprächen mit den verantwortlichen Personen analysiert.

Wir haben die rechnerische Richtigkeit der auf Basis der getroffenen Annahmen und Schätzungen ermittelten Rückstellungen für Rechtsrisiken nachvollzogen. Ferner haben wir beurteilt, ob die Angaben im Anhang und Lagebericht zu Rechtsrisiken, bestehenden Unsicherheiten und dafür gebildete Vorsorgen angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben, und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw. Konzernabschluss, den Lage- bzw. Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Jahresabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr DDr. Martin Wagner.

Wien, am 31. Jänner 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

PERSONEN UND ADRESSEN

186 immigon portfolioabbau ag

187 Tochtergesellschaften

188 Impressum

immigon portfolioabbau ag

immigon portfolioabbau ag
A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-0
Telefax: +43 (1) 31340-3683
e-mail: info@immigon.com
Internet: www.immigon.com

ANSPRECHPARTNER

Gremialbetreuung und Beteiligungen

Dr. Brigitte Braun
Telefon: +43 (1) 31340-3245
e-mail: brigitte.braun@immigon.com

Kommunikation

Mag. Thomas Heimhofer, MsC
Telefon: +43 (676) 7907890
e-mail: thomas.heimhofer@outlook.com

Legal & Credit Services

Dr. Stefan Süssenbach
Telefon: +43 (1) 31340-4470
e-mail: stefan.suessenbach@immigon.com

Organisation & IT

Ingomar Truhetz
Telefon: +43 (1) 31340-4321
e-mail: ingomar.truhetz@immigon.com

Finanzen

Mag. (FH) Tamara Seifert
Telefon: +43 (1) 31340-3116
e-mail: tamara.seifert@immigon.com

Non Core Business

DI Dr. Julius Gaugusch
Telefon: +43 (1) 31340-3615
e-mail: julius.gaugusch@immigon.com

Treasury

Manfred Wiebogen
Telefon: +43 (1) 31340-3668
e-mail: manfred.wiebogen@immigon.com

AUSGEWÄHLTE TOCHTERGESELLSCHAFTEN UND BETEILIGUNGEN

VB Real Estate Services GmbH

A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-3636
Telefax: +43 (1) 31340-3639
e-mail: mail@vb-real-estate.com
Internet: www.vb-real-estate.com

DI Dr. Julius Gaugusch

Telefon: +43 (1) 31340-3615
e-mail: julius.gaugusch@immigon.com

Mag. Hubert Prosegger, MRICS

Telefon: +43 (1) 31340-3298
e-mail: hubert.prosegger@vb-real-estate.com

Mag. (FH) Tamara Seifert

Telefon: +43 (1) 31340-3116
e-mail: tamara.seifert@vb-real-estate.com

VB-Leasing International Holding GmbH

A-1090 Wien, Kolingasse 12 / Top 8
Telefon: +43 (50) 4004-7136
Telefax: +43 (50) 4004-7121
e-mail: office@vbleasing.com
Internet: www.vbleasing.com

Mag. Manfred Wolf

Telefon: +43 (50) 4004-7122
e-mail: manfred.wolf@vbleasing.at

Werner Zimmermann

Telefon: +43 (50) 4004-7128
e-mail: werner.zimmermann@vbleasing.com

Impressum:

immigon portfolioabbau ag
A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-0
Telefax: +43 (1) 31340-3683
e-mail: info@immigon.com
Internet: www.immigon.com

Konzernberichtsteam:

Mag. Monika Bäumel, Mag. Gudrun Zillich,
Mag. (FH) Tamara Seifert

Redaktion:

Konzernberichtsteam, Mag. Thomas Heimhofer

Gestaltung und Produktion:

Heidemarie Schalk

Fotos:

Robert Polster

Redaktionsschluss:

April 2017

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Alle Bezeichnungen in diesem Bericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.